Das ist Trump S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 9 – 4. März 2016 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Nur die Vorhut eines epochalen Ansturms? Versuch eines Durchbruchs an der griechisch-mazedonischen Grenze Bild: action press

Ein Tsunami schwillt an

Die Szenen in Griechenland sind nur ein Vorgeschmack auf das, was heranrollt

Hinter dem laufenden Asylstrom baut sich eine Völkerwanderung auf, welche Europa ins Chaos stürzen könnte.

Die Menschen rufen: „Merkel, wo bist du? Merkel, hilf uns!“ An der griechisch-mazedonischen Grenze braut sich eine Katastrophe zusammen. Die deutsche Kanzlerin beharrt weiter darauf, nicht mitschuldig zu sein an dem Drama, denn sie habe niemanden „eingeladen“. Doch offenbar wurden ihre Worte vom vergangenen September so verstanden. Deshalb fokussieren die Menschen ihre ganze Hoffnung auf Deutschland und dessen Regierungschefin.

Merkel hat es derzeit leicht. Sie kann die deutschen Grenzen weiter offenhalten und so ihre Humanität ins Licht stellen, weil sie es anderen überlässt, die Asylströme weit vor Deutschland zu stoppen. Damit aber hat die Kanzlerin die Einheit der EU weiter beschädigt. Schuldzuweisungen und eine Politik des „Rette sich wer kann“ treten an die Stelle von Zusammenarbeit.

Dabei wird sich die Einigkeit der Europäer in der Zuwanderungsfrage bald als überlebenswichtig erweisen. Denn hinter dem, was sich in Griechenland dieser Tage abspielt, baut sich eine Völkerwanderung auf, welche Europa ins Chaos stürzen könnte.

> Afrika droht an seiner Bevölkerungsexplosion zu ersticken

Im Libanon ist die Lage hochexplosiv. Dort harren zwei Millionen Flüchtlinge unter prekären Bedingungen aus. Fällt das Land zurück in den Bürgerkrieg, werden sich die zwei Millionen wohl nach Europa aufmachen. Am anderen Ende des Mittelmeers steht Algerien mit seinen 40 Millionen Einwohnern, drei Viertel davon unter 30 Jahre, am Rande des Kollapses.

Zwei Drittel der Staatseinnahmen stammten bislang aus Öl- und Gas-Exporten. Der Ölpreisverfall hat die Erlöse weggerafft. Infolgedessen stehen teure Sozialprogramme auf der Kippe, welche das Volk bislang ruhig hielten. Eine fortschreitende Islamisierung im Volk und ein erbitterter Machtkampf zwischen dem Präsidenten-Klan und dem Militär sind die weiteren Beigaben, die einen offenen Bürgerkrieg mit Millionen von Flüchtlingen immer näher heranrücken lassen.

Auch Ägypten mit seinen 90 Millionen Einwohnern ist alles andere als stabil, und südlich der Sahara schwillt ein demographischer Tsunami an. Allein Nigeria hat seine Bevölkerungszahl in nur 20 Jahren auf 180 Millionen verdoppelt. Dies ist das Kernproblem: Die vielbeschworene „Bekämpfung von Fluchtursachen“ muss an einer solchen Bevölkerungsexplosion nahezu zwangsläufig scheitern. Die bittere Wahrheit lautet vielmehr: Afrika droht an seinem Bevölkerungswachstum zu ersticken, ohne dass von außen viel daran geändert werden könnte.

Europa muss sich stattdessen auf Anstürme ganz neuen Ausmaßes gefasst machen, denn die Bevölkerungsexplosion wird einen nie gesehenen Abwanderungsdruck erzeugen. Die Millionen weitgehend hereinzulassen hieße, Europa dem Schicksal Afrikas auszuliefern. Eine Politik, die das zulässt, ist nicht humanitär, sie ist selbstzerstörerisch. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Keine Einzelfälle

Immer mehr muslimische Asylbewerber konvertieren zum christlichen Glauben. Das hat jedoch nichts mit Bekehrung zu tun, sondern schlicht und einfach damit, dass der Glaubenswechsel die Chance auf Anerkennung als Verfolgter – nunmehr aus religiösen Gründen – deutlich erhöht. Allerdings drohen auch dem, der hierbleiben darf, Übergriffe durch gewalttätige Muslime. Anfeindungen, Schikanen sowie körperliche Attacken bis hin zu Mord und Totschlag sind an der Tagesordnung. Erst vergangene Woche berichtete ein Bewohner einer Berliner Asylunterkunft der Polizei, dass er ein Mordkomplott belauscht habe. Demnach planten einige muslimische Männer, die iranischen Christen im Lager zu verbrennen. Mittlerweile konnte die Polizei einen Verdächtigen ermitteln.

Politiker, Behörden und Medien wollen keine gefährliche Häufung solcher Taten erkennen und sprechen unverdrossen von Einzelfällen. Laut „Duden“ ist ein Einzelfall etwas, „was eine Ausnahme darstellt, was nicht die Regel ist“. Da drängt sich die Frage auf, ab welcher Häufung es unzulässig ist, weiter von Einzelfällen zu sprechen. Hier hilft „Wikipedia“: „Als Einzelfall wird ein konkretes Vorkommnis, in der Regel von Verantwortlichen, bewertet, wenn dieses Vorkommnis besser nicht vorgekommen wäre. ... Damit ist auch Verantwortung für dieses Vorkommnis ebenso abzulehnen wie Gegenmaßnahmen für zukünftige solche Vorkommnisse.“ Schwierig werde es indes, „wenn eine gehäufte Zahl von ‚Einzelfällen‘ auftritt, da diese ja gerade durch die Seltenheit ihres Vorkommens definiert sind“. Von Seltenheit kann im Falle muslimischer Gewalt längst keine Rede mehr sein. Und damit auch nicht von Einzelfällen.

Heimatliebe statt Forderung

Sudetendeutsche beschließen Satzungsänderung

Seit dem vergangenen Wochenende steht es fest: Die Sudetendeutschen halten nicht länger am Ziel einer „Wiedergewinnung“ ihrer Heimat fest. Das hat die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf ihrer Sitzung in München mit großer Mehrheit beschlossen. Eigentlich war die entsprechende Satzungsänderung bereits vor einem Jahr verabschiedet worden, allerdings gab es Zweifel an der Rechtswirksamkeit. Nach Angaben der Landsmannschaft hat das Landgericht München I den damaligen Beschluss auf Antrag der Kritiker gerügt, inhaltlich die neue Satzung hingegen bestätigt. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft stellte den alten Antrag daher bei der Versammlung am vergangenen Wochenende erneut und diesmal fristgerecht zur Abstimmung.

> Brückenschlag nach Tschechien als Aufgabe

Bernd Posselt, mit 88 von 100 gültigen Stimmen wiedergewählter Sprecher der Volksgruppe, verteidigt den Reformkurs, bezeichnet Meldungen, die Sudetendeutschen leisteten „Verzicht auf die Heimat“, jedoch als irreführend. Es seien lediglich „völlig veraltete Formulierungen“ aus der Satzung gestrichen worden, die den Eindruck erweckten, die Sudetendeutschen würden Gebietsansprüche gegenüber der Tschechischen Republik erheben. Dies tue niemand, „der noch ganz bei Trost ist“, so Posselt. Vielmehr werde die Arbeit der Landsmannschaft vom „Bekenntnis zu den elementaren Menschenrechten und zur Heimatliebe getragen“. Die Priorität im 21. Jahrhundert landsmannschaftlicher Arbeit seien „die Gewinnung der nächsten Generation bei gleichzeitigem Respekt vor dem Schicksal der Älteren“, der Brückenschlag zum tschechischen Volk sowie die Pflege des kulturellen Erbes. Kritiker werfen den Reformern vor, die „Rechte der Sudetendeutschen preiszugeben“. *J.H*

Inkompetenter Experte

Merkel lädt israelischen Minister ein, um »bei Integration zu lernen«

Deutschland wolle von Israel bei der Integration von Flüchtlingen lernen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, um die Teilnahme des israelischen „Absorptionsministers“ Zeev Elkin an den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen zu begründen. Was sie allerdings verschwieg, ist, dass Israel in punkto Zuwanderung eine zweigleisige Politik fährt. Asylbewerber gelten hier nämlich überwiegend als „Eindringlinge“. Auch wenn fast alle der sechs Millionen jüdischen Bewohner Israels Nachkommen von Einwanderern sind, gibt es nicht nur Sympathien für die Zuwanderer von heute. Dies hat einen sozialen Hintergrund, denn die nichtjüdischen Neubürger, deren Anzahl mittlerweile auf fast eine halbe Million geschätzt wird, kämpfen mit den etwa 1,5 Millionen aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Juden um Arbeitsplätze im Billiglohnbereich. Viele Israelis beklagen zudem eine höhere Kriminalitätsrate und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensqualität. Von 2008 bis 2013 hat Israel etwa 70 000 afrikanische Flüchtlinge aufgenommen, aber nur 0,15 Prozent der Asylgesuche bewilligt – das ist der geringste Prozentsatz in der gesamten westlichen Welt. Nur einige hundert Asylbewerber, zumeist aus Darfur, haben einen legalen Flüchtlingsstatus erhalten.

Um den Zustrom zu begrenzen, hat Israel einen Zaun an der Grenze zu Ägypten errichtet. Außerdem wurde 2012 das Anti-Infiltrationsgesetz angepasst, wonach alle irregulären Grenzübergänger offiziell als „Eindringlinge“ bezeichnet und damit klar kriminalisiert werden.

Eine ausdrückliche „Willkommenskultur“ gibt es in Israel nur für Juden, die mit ihrer Ankunft automatisch die israelische Staatsangehörigkeit und ein Integrationspaket erhalten. Anstatt „Integration“ benutzt man hier jedoch lieber das Wort „Absorption“, für die im Kabinett ein eigener Minister zuständig ist. Der wurde jetzt als „Flüchtlingsexperte“ nach Deutschland eingeladen, obwohl er für die Asylbewerber gar nicht zuständig ist. Auch das hat Merkel verschwiegen. *B.B.*

MELDUNGEN

Kosten eines Schengen-Endes

Paris – Nach Berechnungen, die von der regierungsnahen Denkfabrik France Stratégie vorgelegt wurden, würde das Ende des Schengen-Systems für die europäischen Länder Kosten von rund 110 Milliarden Euro verursachen. Relativiert wird die Aussagekraft der angeführten Belastungen allerdings dadurch, dass für die Untersuchung der lange Zeitraum von zehn Jahren zugrunde gelegt wurde. Berücksichtigt werden muss ebenso, dass sich die hochgerechneten Gesamtkosten auf 29 Länder verteilen, die insgesamt am Schengen-System teilnehmen. In die Berechnungen eingeflossen ist zudem die Annahme, dass die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen auch das Ende eines gemeinsamen Visums für den Schengen-Raum bedeutet und es einen Rückgang der Touristenzahlen aus nichteuropäischen Ländern geben würde. *N.H.*

Demonstranten auf Bestellung

New York – Wie aus einem Bericht des Nachrichtenkanals NBC-News hervorgeht, hat sich die US-amerikanische Firma „Crowds on demand“ darauf spezialisiert, Teilnehmer für politische Veranstaltungen oder Demonstrationen bereitzustellen. Geschildert wurde ein Fall, bei dem ein professioneller Schauspieler bei einer öffentlichen Anhörung sogar einen „betroffenen Anwohner“ darstellte. Zu den Kunden sollen dem Bericht zufolge eine Reihe von US-Politikern zählen. Bereits im Jahr 2015 war durch eine parlamentarische Anfrage im Thüringischen Landtag bekannt geworden, dass auch die dortige rot-rote Regierung finanzielle Zuschüsse für Gegendemonstrationen bei rechten Aufmärschen gezahlt hat. Aus Mitteln des „Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ sollen demzufolge seit dem Jahr 2011 in 46 Fällen Gelder für Demonstrationen geflossen sein. *N.H.*

Städte erhalten ihre alten Namen

Kiew – Der ukrainische Ort Komsomolski im Transkarpatengebiet erhält jetzt seinen alten deutschen Namen Nimezka Mokra/Deutsch Mokra zurück. Die erst seit 1945 zur Sowjetunion und später zur Ukraine gehörende Karpatoukraine, die vorher zur Tschechoslowakei gehört hatte, war das einzige Gebiet der westlichen Sowjetunion, aus der die Deutschen nicht deportiert worden waren, weil der Aufstand ukrainischer Partisanen gegen die Sowjetherrschaft weite Berggebiete der Westukraine bis 1955 von der Sowjetunion abgeschnitten hatte. Hier bestanden noch bis in die 1990er Jahre deutsche Sprachinseln, eine davon war Deutsch-Mokra. Das ukrainische Parlament setzt derzeit ein im April 2015 beschlossenes Gesetz um, das geografische Bezeichnungen und Straßennamen mit Bezug zur sowjetischen Vergangenheit verbietet. Insgesamt erweist sich das als ein sehr schwieriges Unterfangen, weil viele der jetzt umbenannten Orte erst in der Sowjetzeit infolge der Industrialisierung entstanden sind und gar keinen Vorgängernamen aufweisen. Bisher wurden mehr als 170 Ortsnamen geändert. Eigentlich sollten es 940 sein, aber vielerorts wehren sich die Bewohner. *B.B.*

Die Türkei vor offenem Kriegseintritt

Ankara zieht Truppen an der Grenze zu Syrien zusammen – Moskau äußert sich besorgt

In dem Maße, in dem der sogenannte Islamische Staat (IS) in Syrien durch die russische Luftwaffe und die syrischen Regierungstruppen an Boden verliert, scheint die Türkei geneigt zu sein, aufzufangen, was ihrem Schützling verloren geht. Hat sich Ankara bislang darauf beschränkt, den IS mit Waffen und Versorgungsgütern zu beliefern und ihm Öl und geraubte Antiken abzukaufen, so greifen die Türken jetzt aktiv in das Kampfgeschehen ein.

Im Norden der syrischen Provinz Aleppo sollen örtlichen Medien zufolge türkische Streitkräfte Teile eines Gebietes besetzt halten, das für Flüchtlingslager vorgesehen war. Zudem wird berichtet, dass in einem vorgeblichen Flüchtlingslager, das die Türken ebenfalls auf syrischem Territorium errichtet haben, Familien von IS-Terroristen ein Unterkommen gefunden hätten. Der Bau solcher Lager durch Ankara wurde begonnen, als die syrischen Regierungstruppen ihre ersten strategischen Erfolge bei der Rückeroberung von Aleppo errungen und dem IS die Nachschubwege aus der Türkei abgeschnitten hatten.

Niemand geringerer als die deutsche Kanzlerin lobte anlässlich ihres vor Kurzem erfolgten Besuchs in der Türkei, dass die Türken in Syrien Lager bauen, denn durch die Angriffe der russischen Luftwaffe komme es zu humanitären Katastrophen. Deshalb begrüße sie, Merkel, den Bau türkischer Flüchtlingslager in Syrien.

Deutschland hat darüber hinaus bereits Unterstützung für allfällige Bodeneinsätze der USA in Syrien geäußert. Zunächst aber scheinen sich im Wesentlichen die Türken auf noch umfassendere militärische Vorstöße vorzubereiten. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, teilte mit, dass die Aktivitäten an der türkisch-syrischen Grenze von einer intensiven Vorbereitung der Türkei auf ein militärisches Eingreifen in Syrien zeugten. So veröffentlichten die Russen ein Video, auf dem zu sehen ist, wie türkische Selbstfahrlafetten über die gemeinsame Grenze hinweg syrische Ortschaften im Norden der Stadt Latakia mit Granatfeuer belegen.

Doch damit scheint es sein Bewenden noch lange nicht zu haben. Der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu erklärte: „Wir werden unserer historischen Pflicht nachkommen. Einst hatten unsere Brüder aus Aleppo unsere Städte Sanliufra, Gaziantep, Kahramanmaras beschützt, nun werden wir das heldenhafte Aleppo beschützen. Die Beschützer dieser Stadt haben die ganze Türkei hinter sich.“

Das ist die offenkundige Drohung, das türkische Militär werde in Aleppo eingreifen, jetzt, da es so gut wie von der Regierungsarmee zurückerobert und unter deren Kontrolle ist. Und es gibt niemanden außer der syrischen Regierung, der diese Drohung auf sich beziehen könnte.

Die Türkei zieht immer mehr Truppen an der Grenze zu Syrien zusammen, worauf auch Russlands EU-Botschafter Wladimir Tschischow hinweist. Gleichzeitig zweifelt der Diplomat daran, dass die türkische Armee die Grenze für IS-Terroristen schließen will. „Es wäre naiv zu glauben, dass die Türkei ihre Truppen an der syrischen Grenze konzentriert, um diese dicht zu machen. Manche mögen das glauben. Aber ich habe diesbezüglich großes Bedenken“, sagte Tschischow.

Ihre Kriegsvorbereitungen und die anhaltende Versorgung des IS durch türkische Stellen, so in großem Umfang über den Kontrollpunkt an der türkisch-syrischen Grenze in der Nähe von Reyhanlı-Sarmada, haben die türkische Regierung zum Bruch eines multilateralen völkerrechtlichen Vertrages veranlasst. Es geht um das Abkommen über den „offenen Himmel“, in dessen Rahmen Kontrollflüge von Ländern des Nordatlantikund des ehemaligen Warschauer Paktes über dem Territorium des jeweils anderen Vertragspartners geregelt sind.

Nun hat Ankara Moskau die jetzt fälligen Kontrollflüge über der Türkei verboten. „Mit der Verweigerung der Beobachtungsflüge durch Russland versucht die Türkei, ihre rechtswidrige militärische Tätigkeit an der Grenze zu Syrien zu verbergen“, so Konaschenkow. „Derartige Schritte eines Landes, das ein Nato-Mitglied ist, tragen zur Stärkung des Vertrauens und der Sicherheit in Europa nicht bei. Wir bewerten diese Entscheidung der Türkei als einen gefährlichen Präzedenzfall und als Versuch, ihre rechtswidrige militärische Tätigkeit an der Grenze zu Syrien zu verheimlichen“, so Moskaus offizielle Stellungnahme.

Ihre Zündeleien an der syrischen Grenze und in Syrien selbst lassen indes der Türkei noch Potenzial genug, auch die Souveränität des Irak gröblich zu verletzen. Russlands Vizepremier Dmitri Rogosin erwähnte bei einem Besuch in Bagdad, dass sich im Irak mindestens 1500 türkische Soldaten und einige Panzer-Einheiten aufhalten. „Die in den Irak eingedrungenen türkischen Militärs haben vorläufig nicht vor, auf gütlichem Wege das Land zu verlassen“, so Rogosin in seinem Twitter-Account. Der Gast aus Moskau unterstützte dabei ausdrücklich die Haltung des Irak, wonach sich die Türken illegal im Lande aufhalten.

Außen- und das Verteidigungsministerium des Irak bezeichnen die Präsenz der türkischen Soldaten als „feindliche Handlung“, die mit den Behörden nicht vereinbart worden sei, und sprechen von einer Verletzung der Souveränität des Landes. Schon 2014 und dann im vergangenen Dezember war türkisches Militär im Irak einmarschiert und hatte sich in der Nähe von Mossul festgesetzt.

Bis heute weigert sich die Türkei, ihr Militär abzuziehen, obwohl eine Klage vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anhängig ist, die von Russland unterstützt wird. Inzwischen droht dem Irak weiteres Ungemach: Gerüchten zufolge erwägen die Saudis, 150 000 Mann durch den Irak nach Syrien zu schicken.

Florian Stumfall



Beschießung syrischer Ziele: Türkische Panzerhaubitzen nahe dem südostanatolischen Ort Kilis Bild: Getty

»Der Anfang vom Ende des Durchwinkens«

Westbalkan-Konferenz in Wien einigte sich auf verstärkte Grenzkontrollen auf der Balkan-Route

Die Weichen für ein Ende des unbegrenzten Flüchtlingsstromes scheinen vorerst gestellt. Bei der Westbalkan-Konferenz in Wien vergangenen Mittwoch haben sich die Innen- und Außenminister von Österreich und neun weiteren Teilnehmerstaaten darauf verständigt, den Andrang der Flüchtlinge auf der Balkanroute reduzieren zu wollen. Im Vorfeld des EU-Innenministerrates am Donnerstag stimmten die Minister unter dem Titel „Managing Migration together“ ihre Politik ab. Zu dem Treffen angereist waren die Innen- und Außenminister von Slowenien, Kroatien und Bulgarien sowie der sechs Westbalkan-Länder Albanien, Bosnien, Kosovo, Serbien, Mazedonien und Montenegro.

„Es ist wichtig, den Flüchtlingsstrom entlang der Balkanroute zu stoppen“, sagte die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner in ihrer Eröffnungsrede. Derzeit seien die Länder an der westlichen Balkanroute zu nationalen Maßnahmen an ihren Grenzen gezwungen, erklärte Mikl-Leitner.

Entsprechend einem gemeinsamen Maßnahmenpaket sollen die Voraussetzungen für den Grenzübertritt in den Ländern abgestimmt und soll nur noch „offenkundig schutzbedürftigen Personen“ die Einreise erlaubt werden. Welche Personen zu dieser Gruppe gehören, soll von den einzelnen Ländern entschieden werden. Zudem einigten sich die beteiligten Länder auf gemeinsame Standards zur Registrierung der Flüchtlinge. Die Kriterien für die Zurückweisung von Flüchtlingen und ihre Registrierung werden vereinheitlicht. Menschen mit gefälschten Dokumenten sollen direkt an der Grenze abgewiesen werden. Darüber hinaus werden Polizisten in besonders betroffene Grenzgebiete entsandt. Besondere Unterstützung wurde Mazedonien zugesichert. Mikl-Leitner kündigte an, das österreichische Kontingent von Polizisten an der mazedonischen Grenze aufzustocken.

Die Länder bevorzugten zwar „eine europäische Lösung“, diese, stellte Mikl-Leitner klar, sei jedoch nicht durch Abwarten, sondern nur durch „Druckmachen“ zu erreichen. „Es ist in unserem Interesse, wenn wir nicht das erste Land sind, das die Menschen an der Grenze stoppen muss, sondern, wenn es entlang der Route schon andere Staaten gibt, die uns helfen, den Zustrom zu reduzieren“, erklärte der österreichische Außenminister Sebastian Kurz nach der Konferenz gegenüber dem Radiosender Ö1. „Diejenigen, die für offene Grenzen eingetreten sind, haben die Flüchtlingskrise nicht ausgelöst, aber sie haben sie definitiv verschärft.“ Damit spiele Kurz nicht nur auf die deutsche Bundesregierung an, sondern schließe auch sein eigenes Land ein.

Obgleich die Bundesrepublik den Endpunkt der Balkanroute bildet, war es – ebenso wie Griechenland – nicht zu der Westbalkan-Konferenz eingeladen. Athen zeigte sich empört und sprach von einer „feindseligen“ Konferenz. Griechenlands Premier Alexis Tsipras bezeichnete das Treffen der Balkanstaaten in Wien als eine „Schande“. Die EU-Kommission hatte die Konferenz in Wien bereits am Dienstag kritisiert und „alle Staaten“ entlang der Westbalkan-Route aufgefordert, Notfallpläne gegen eine humanitäre Krise vorzubereiten. „Ich glaube nicht, dass es uns in Europa an gemeinsamen Veranstaltungen mangelt, sondern es fehlt der Wille, den Flüchtlingsstrom deutlich zu reduzieren“, wies Kurz vor Beginn des Treffens die Kritik zurück. Griechenland habe bisher keine Bereitschaft gezeigt, den Flüchtlingsstrom zu reduzieren, sondern nur „ein Interesse, dass die Flüchtlinge möglichst schnell weiter transportiert werden“.

Schon in den vergangenen Wochen hatten Österreich und die Westbalkan-Staaten konkrete Maßnahmen gegen den aus Griechenland kommenden Flüchtlingsstrom gesetzt. Unmittelbar vor dem EU-Gipfel am 18. und 19. Februar hatte Österreich eine Obergrenze von 80 Flüchtlingen pro Tag angekündigt. Täglich sollen höchstens 3200 Flüchtlinge in die Bundesrepublik durchreisen.

Von den vereinbarten Maßnahmen erhoffte sich Außenministerin Mikl-Leitner auch Druck beim EU-Innenministerrat vergangenen Donnerstag. Dort verteidigte sie die Initiative Österreichs und der Balkanstaaten in der Flüchtlingskrise zu einem strikteren Grenzmanagement. Die Konferenz sei „der Anfang vom Ende des Durchwinkens“, betonte Mikl-Leitner. „Wir wollen eine Kettenreaktion der Vernunft. Die Flüchtlingsfrage kann zu einer Überlebensfrage der Europäischen Union werden.“

Michael Link

Die beiden Gastgeber während der Pressekonferenz nach der Westbalkan-Konferenz in Wien: Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Außenminister Sebastian Kurz

Bild: action press

Kritik von links am Armutsbericht

Leugnung bedürftiger Deutscher gefordert – damit die »Willkommenskultur« nicht leidet

Links der Mitte galt Kritik am sogenannten Armutsbericht bislang als Sakrileg und Ausdruck sozialer Kälte. Unter dem Eindruck der anhaltenden Massenzuwanderung scheint sich dies nun zu ändern.

Unter der Überschrift „Sozialverband: Der gefährliche Blues vom bitterarmen Deutschland“ präsentierte etwa der „Spiegel“ unlängst seinen Lesern relativ ungewohnte Töne. In dem als Kommentar gekennzeichneten Beitrag wurde der überwiegend linksliberalen Leserschaft starker Tobak serviert. Dem Paritätischen Wohlfahrtsverband wurde nicht weniger vorgeworfen, als mit dem Armutsbericht „gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise“ eine gefährliche Schwarzmalerei zu betreiben. Weiter hieß es da „wer dem Paritätischen Wohlfahrtsverband seine Botschaft einfach so abkauft, den kann schnell die Wut packen – auf ein System, das die eigenen Bürger angeblich in Armut vegetieren lässt“. Der Gipfel war schließlich der Vorwurf, der Armutsbericht trage „weitere Unruhe in jene Teile der Bevölkerung, die wegen der Flüchtlingskrise ohnehin schon verunsichert sind, und treibt denjenigen Wähler und Unterstützer zu, die einfache Antworten liefern“.

Die „Welt“ hingegen übte unter der Überschrift „Das Märchen von der Kluft zwischen Arm und Reich“ eher konventionelle Kritik am Armutsbericht. Die wirtschaftspolitisch rechts des „Spiegel“ stehende „Welt“ kritisierte nämlich die Verwendung des relativen statt des absoluten Armutsbegriffs. Gemäß dem Armutsbericht gilt jemand als arm, der weniger als 60 Prozent des deutschen Medianeinkommens (mittleren Einkommens) hat. Logische Konsequenz dieser Armutsdefinition ist, dass es eigentlich immer einen großen Bevölkerungsanteil geben wird, der als arm gilt – egal wie hoch das Wohlstandsniveau und die Bedürftigkeit tatsächlich sind. Als Armutsschwelle für Alleinstehende ohne Kinder wurde für 2014 ein verfügbares Einkommen von monatlich 917 Euro zugrunde gelegt, für ein kinderloses Paar lag die Grenze bei 1376 Euro. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren lag die Armutsschwelle bei 1192 Euro, für Paare mit einem Kind bei 1651 Euro.

Bereits vor einem Jahr kritisierte Georg Cremer vom Deutschen Caritas-Verband, dass der Paritätische Gesamtverband in seiner Studie die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt. In der Tat macht es einen Unterschied, ob man in einer Metropole wie München von knapp 900 Euro im Monat leben muss oder aber in einer Kleinstadt Mecklenburg-Vorpommerns.

Aktuell ist es das Ruhrgebiet mit einer durchschnittlichen Armutsquote von 20 Prozent, das aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbandes als „Problemregion Nummer eins“ in Deutschland gilt. Für Deutschland insgesamt wird das Fazit gezogen, dass trotz guter Wirtschaftsentwicklung die Gefahr, in die Armut abzurutschen, so groß sei wie seit Jahrzehnten nicht.

> Die Deutschen sollen sich reich genug wähnen, um sich Angela Merkels Einladungspolitik leisten zu können

„Wir haben abnehmende Arbeitslosenquoten, aber gleichzeitig zunehmende Armut“, so Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider.





Steht auch im Internet: „Sozialverband: Der gefährliche Blues vom bitterarmen Deutschland“

Bild: Screenshot Spiegel Online

Besonders betroffen von der Armutsgefahr seien neben Arbeitslosen und Alleinerziehenden inzwischen auch immer mehr Rentner. So ist dem Bericht zufolge die Altersarmut in Deutschland deutlich gestiegen. Erstmals liege der Anteil einkommensarmer Rentnerhaushalte mit 15,6 Prozent über dem Durchschnitt. Gegenüber dem Jahr 2005 ist der Anteil der von Armut betroffenen Ruheständler laut Armutsbericht um 46 Prozent gestiegen. Ablesbar sei diese Entwicklung an der Zahl der Personen, die im Alter eine Grundsicherung in Anspruch nehmen: Im Jahr 2003 habe die Zahl dieser Rentner bei knapp 258 000 gelegen, bis 2014 sei diese Zahl auf über 512 000 angestiegen.

Von den Arbeitslosen bekämen 84 Prozent weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens. Umgekehrt seien 57,6 Prozent derjenigen, die sich mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens begnügen müssen, arbeitslos.

Bei den Alleinerziehenden habe die Armutsquote im Jahr 2014 bei 41,9 Prozent gelegen. Unter den Elternpaaren mit einem oder zwei Kindern sei hingegen nur jeder zehnte Haushalt von Einkommensarmut betroffen. Unerwähnt bleibt in der Diskussion, dass anders als Rentner oder Arbeitslose Alleinerziehende ihr Schicksal nicht selten selbst gewählt haben. Bei Weitem nicht alle Alleinerziehenden wurden von ihrem Partner im Stich gelassen oder haben ihn durch einen Schicksalsschlag verloren. Vielmehr ist ein nicht geringer Teil einen selbstgewählten Weg gegangen und hat sich bewusst gegen eine Ehe entschieden. Die Kosten dieses Lebensstils trägt nicht selten die Allgemeinheit in Form von Transferleistungen. Aber daran Kritik zu üben ist ungefähr so politisch korrekt wie die Kosten der Asylpolitik zu kritisieren. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Rente ohne deutschen Pass

Berlin – Der Anteil ausländischer aktiv Versicherter an allen aktiv Versicherten in der Deutschen Rentenversicherung lag nach Angaben der Bundesregierung im Jahr 2014 bei rund 12 Prozent. Von den 36,5 Millionen aktiv Versicherten hatten 2014 demnach 4,4 Millionen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Darunter befinden sich auch Menschen, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren wurden. Insofern könne, so die Bundesregierung, „das von der Rentenversicherung gespeicherte Merkmal der Staatsangehörigkeit nicht ohne Einschränkung als Zuwanderung, beispielsweise als Flüchtling, interpretiert werden“. Allerdings ist die Zahl der aktiv versicherten Syrer von 14 683 im Jahr 2010 auf 42 212 im Jahr 2014 gestiegen. *J.H.*

Deutschland größter Zahler

Berlin – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will insgesamt 428 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe in der Türkei zur Verfügung stellen. Damit darf das Auswärtige Amt eine außerplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 127 Millionen Euro für dieses Jahr tätigen und hat darüber hinaus eine „außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung“ bis zur Höhe von 301 Millionen Euro zur Beteiligung Deutschlands an der „Europäisch-Türkischen Flüchtlingsfacilität“. Die Syrienkrise breite sich weiter aus und überfordere zunehmend auch den Nachbarstaat Türkei, der bereits mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe, heißt es zur Begründung. Es liege im Interesse der EU, Projekte in der Türkei zu unterstützen, die der Versorgung von Flüchtlingen dienen. Insgesamt wollen die EU-Mitgliedstaaten drei Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung für die Türkei bereitstellen, wovon Deutschland 21 Prozent tragt. *J.H.*

»Zwischen CDU und AfD«

Alfa hofft auf die Zukunft – Die Gegenwart sieht wenig rosig aus

Bernd Lucke gibt nicht auf. Egal, ob in einer stickigen Dorfkneipe in der Pfalz oder auf einem winterkalten Marktplatz im Schwabenland: Der Bundesvorsitzende der Allianz für Aufbruch und Fortschritt (Alfa) wirft sich mit allem, was er hat, in die Landtagswahlkämpfe. Doch es ist ein aussichtsloser Kampf, in den Meinungsumfragen spielt die neue Partei des Wirtschaftsprofessors keine Rolle. Zu dominant ist die Alternative für Deutschland, jene Kraft, deren Gründungsmotor er war und die er mit vielen Mitstreitern nach seiner Niederlage im Parteivorsitz im vergangenen Juli verließ. „Keiner von uns weint der heutigen AfD hinterher, aber wir weinen der AfD des Jahres 2013 hinterher“, räumt Lucke ein. Damals tingelte er von Diskussionssendung zu Diskussionssendung und wurde zum Gesicht der Eurokritiker in Deutschland. Doch das ist lange her, die Währungskrise spielt derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle, zu dominant ist das Flüchtlingsthema. Und das besetzt die AfD mit steilen Thesen besser als Lucke, der moderat im Auftreten ist und davon spricht, dass „man nicht alle Moslems über einen Kamm scheren“ dürfe.

Der Europaabgeordnete ist ein fleißiger Mann, seine Präsenzzeiten in Straßburg sind hoch. Zudem absolviert er ein beeindruckendes Wahlkampfpensum. Doch während ehemalige Parteifreunde wie Jörg Meuthen, Alexander Gauland oder Frauke Petry die Säle füllen, spricht Lucke vor meist weniger als 30 Leuten irgendwo im Hinterzimmer. Am vergangenen Wochenende fand in Ludwigshafen ein Programmparteitag statt, von dem die Öffentlichkeit kaum Notiz nahm. Alfa plädiert dafür, die Erbschaftsteuer abzuschaffen und ein Familiensplitting einzuführen. Die Partei kämpft außerdem für die Schaffung eines aus Budgetüberschüssen finanzierten staatlichen Rentensicherungsfonds. In der Flüchtlingspolitik sieht Lucke Alfa „zwischen der CDU, als der Partei, die sagt, wir nehmen alle, die kommen, und Asyl oder Flüchtlingsstatus beantragen“, und der AfD, „die sagt, wir nehmen überhaupt gar keinen“. Doch diese Thesen werden mittlerweile vor allem von der CSU, aber auch von der FDP geteilt. „In der Mitte ist viel Platz“, sagt Lucke trotzig und sein engster Mitstreiter, der früheren IBM-Manager Hans-Olaf Henkel, fügt hinzu: „Unsere Zeit wird noch kommen. Nach den Landtagswahlen vielleicht. Die AfD ist viel zu extrem, sie wird sich erledigen. Und zwischen der Union und dieser NPD light ist noch viel Platz.“

> Bernd Lucke: »Wir haben einen langen Atem«

Polit-Experten sehen dies allerdings ganz anders. „Im Zweifel wählen die Menschen lieber das Original. Und dies ist die AfD“, analysiert die Tageszeitung „Die Welt“. Nicht einmal 3000 Mitglieder hat Alfa derzeit. Lucke betont, man habe aus den Fehlern der AfD-Gründung gelernt und nehme nur noch Leute nach sorgfältiger Prüfung auf. Kritiker werfen ihm vor, er dulde keine anderen Meinungen und umgebe sich nur mit Leuten, die ihm zustimmen. „Eine tragische Figur“, nennt ihn der AfD-Vize Alexander Gauland und äußert fast schon Mitleid: „Er engagiert sich sehr. Aber er sieht eine Partei immer als sein Privatvergnügen. Das kann nicht funktionieren.“ Ans Aufgeben denkt Bernd Lucke aber noch lange nicht. „Irgendwann stehen auch wieder andere Themen auf der Agenda. Wir haben eine langen Atem.“ *Peter Entinger*

Immer wieder Sachsen

Bundesweite Kampagne gegen den CDU-geführten Freistaat

Immer wieder Sachsen“, titelte Spiegel Online kürzlich. Nirgendwo in der Republik gebe es eine solche Häufung von fremdenfeindlichen Übergriffen wie im Freistaat, hieß es weiter. Und die „Bild“-Zeitung sprach sogar von einer „Spur der braunen Terrors“. Nach den Protesten gegen einen Flüchtlingsbus in Clausnitz sowie dem Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Bautzen hat es harte Kritik an den Zuständen in Sachsen gegeben. Obwohl zumindest die Hintergründe über den Brand noch völlig im Unklaren liegen, forderten Vertreter von SPD, Grünen und Linkspartei im Bundestag harte Konsequenzen und kritisierten die Polizei sowie die Landesregierung. „Es ist kein Zufall, dass die Vorfälle in Sachsen stattfinden. Das ist das Ergebnis von verhängnisvoller Politik der CDU im Land“, sagte Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch. Dass die fremdenfeindlichen Übergriffe in Sachsen stattgefunden haben, sei kein Zufall.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter nannte die Vorfälle eine „Schande für unser Land“. Er kritisierte besonders das Verhalten der Polizei in Clausnitz: „Die Polizisten haben die Menschen nicht ausreichend vor dem Mob geschützt. Das dürfe sich nicht wiederholen.“ Es handele sich hier um einen „Fall von institutionellem Rassismus“. Martin Schulz, der Präsident des EU-Parlaments, schaltete sich ebenfalls in die Debatte ein und machte sächsischen Politikern schwere Vorwürfe. „Es gibt Teile unseres Landes, in dem die Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft so lange verklemmt geschwiegen haben, dass sich die Feinde der Demokratie ermutigt fühlten – dafür zahlen wir nun einen Preis.“

> Von Sachsen ging die friedliche Revolution in der DDR aus

In der Kritik steht der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich. Und dieses ist kein Zufall, gilt doch der sächsische Verband als eine der letzten konservativen Bastionen in der CDU. Der Regierungschef nannte die Vorfälle „menschenverachtend und verbrecherisch“ und legte nach: „Das sind keine Menschen, die sowas tun. Das sind Verbrecher.“ Als die Kritik an seiner Person und vor allem seinen Landsleuten allerdings überhandnahm, stellte er klar, dass er sich gegen pauschale Verurteilungen des Freistaates wehre. Das helfe nicht weiter und sei zudem ungerecht. „Ich werde es nicht zulassen, dass dieser Freistaat Sachsen durch einige wenige Personen, die sich außerhalb unserer Rechtsordnung stellen, in Misskredit gebracht wird.“ Die Landesregierung werde diejenigen unterstützen, die für Demokratie eintreten und sich im Kampf gegen Extremismus engagieren, sagte Tillich. Dies könnte bedeuten, dass die Landesregierung weitere Millionen im Kampf „gegen rechts“ bereitstellen wird.

Die Bundesregierung möchte hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) betonte die Wichtigkeit der Prävention von Rechtsextremismus. Ihr Ministerium habe schon Ende vergangenen Jahres die Forderung nach einer Verdoppelung der dafür vorgesehenen Mittel von 50 Millionen Euro für 2016 auf 100 Millionen Euro pro Jahr in die Haushaltsverhandlungen eingebracht

Ministerpräsident Tillich erklärte, dass die Landesregierung das Problem der Fremdenfeindlichkeit über Jahre nicht unterschätzt habe. Es habe in Sachsen bereits viele Anstrengungen gegeben, um rechtsextremes Gedankengut zurückzudrängen: „Da werden wir nicht nachlassen.“ *P.E.*

Zeitzeugen



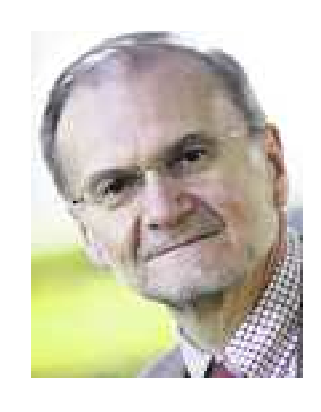
Ali Al-Naimi – Der saudi-arabische Ölminister hatte noch vor einem Treffen der ölexportierenden Länder einen Rückgang der Fördermengen ausgeschlossen und die Preise abermals auf Talfahrt geschickt. Gegenwärtig werden täglich bis zu zwei Millionen Barrel mehr produziert als verbraucht werden.

Mehdi Assali – Nach einem Ende der Sanktionen wolle der Iran seinen Exportanteil zunächst wieder an die Zeit vor den Sanktionen annähern, so der Botschafter des Iran beim Ölkartell Opec. Da den Iran am Preisverfall keine Schuld treffe, sollten die Staaten, die mit einem Produktionsüberschuss für den Verfall der Ölpreise gesorgt hätten, erst ihren Anteil halbieren, um die Preise zu stabilisieren. Der Iran sei aber ansonsten zur Kooperation bereit.



Nicolas Maduro – Der linksgerichtete Präsident Venzuelas wirft den USA vor, den Markt mit billigem Schieferöl zu überfluten. Darin sieht er einen bewusst herbeigeführten Ölkrieg, der es zum Ziel habe, die Revolution seines Landes zu zerstören und einen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeizuführen. Außerdem wollten die USA Russland in den Ruin treiben. Doch die venezolanische Wirtschaft schwächelte bereits vor dem seit Längerem anhaltenden Ölpreisverfall.

Fatih Birol – Laut dem IEA-Chef ist erst in fünf Jahren mit einem Anstieg des Ölpreise zu rechnen. Voraussetzung dafür sei jedoch eine brummende Weltwirtschaft und dass die Fördermengen nicht zu stark steigen. Dennoch glaubt Birol, dass bereits im kommenden Jahr die Talfahrt des Ölpreisverfalls beendet sei. „Dann sollte der Markt beginnen, sich wieder auszubalancieren."



Knut Anton Mork – Seiner Ansicht nach ist das Wirtschaftswachstum in Norwegen zum Stillstand gekommen. Der Chefökonom der norwegischen Handelsbank hält die aktuelle Ölkrise für schlimmer als die Weltfinanzkrise von 2008. Dies spiegele sich in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit wider. Seit Anfang 2015 bis heute sei sie in Norwegen von 3,8 auf 4,6 Prozent gestiegen. „Sie ist jetzt deutlich höher als während der globalen Finanzkrise."

Der Kampf der Giganten

Konkurrenz der Erdöl-Förderländer sorgt für drastischen Preisverfall am Weltmarkt

Mit ihrem Kampf um Marktanteile haben die großen Erdölförderländer USA, Saudi-Arabien und Russland ein Überangebot erzeugt, das nicht nur kleinere Konkurrenten wie Venezuela in die Knie zwingt, sondern sie selbst aufgrund des anhaltenden Ölpreisverfalls unter Druck bringt.

Seit Mitte 2014 ist der Ölpreis um fast 75 Prozent gesunken. Kostete ein Barrel der Sorte Brent damals noch etwa 100 US-Dollar, so liegt er aktuell bei um die 36 Dollar. Preisschwankungen sind völlig normal, doch im Augenblick könnten die Preise noch weiter sinken. Grund ist ein Überangebot an Rohöl auf dem Weltmarkt. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) rechnet laut ihrem kürzlich bei einem Treffen der Ölgranden in Houston vorgestellten Jahresbericht erst ab dem Jahr 2017 mit einer Stabilisierung des Ölmarkts.

Seit die USA massiv in die sogenannte Fracking-Methode, bei der Erdöl aus Schiefergestein gelöst wird, investiert haben, stiegen sie zum weltgrößten Ölförderer auf. Sie legten riesige Ölvorräte an und setzen auf den Export der Überschüsse. Da die bisherigen großen Exporteure Saudi-Arabien und Russland ihre Marktanteile nicht verlieren wollten, erhöhten sie ihrerseits die Fördermengen. Infolge des Produktionsüberschusses fielen die Ölpreise. Wie sich jetzt herausstellt, mit negativen Folgen für alle Beteiligten.

Die Rechnung der Saudis, den USA mit niedrigen Preisen den Wind aus den Segeln zu nehmen, scheint aufzugehen. Laut Experten wird der Anteil der amerikanischen Fracking-Technik unter dem Druck des Preiskampfes 2016 und 2017 weiter sinken. Erst 2021 sei wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Fracking ist deutlich teurer als die herkömmliche Rohölförderung.

Doch auch für die herkömmlichen Förderer wird es immer schwieriger, bei ständigem Preisverfall kostendeckend zu produzieren. Nicht nur Russlands rohstofflastiger Wirtschaft geht angesichts der Sanktionen sowie von Ölpreis- und Rubelabsturz die Puste aus. Besonders schwierig ist die Lage in Venezuela. Die Staatseinnahmen des Opec-Mitglieds stammen zu 96 Prozent aus dem Ölexport. Laut Präsident Nicolas Maduro ging der Preis für venezolanisches Öl im zweiten Halbjahr 2015 um die Hälfte zurück. Der Marktpreis für Öl aus Venezuela liegt ohnehin unter dem Preis für Richt-sorten wie Brent und WTO wegen des höheren Anteils an Schweröl. Dem Land droht in wenigen Monaten der Bankrott.

Neben Russland und Venezuela leidet auch Norwegen

Daneben ist auch das als reich geltende Norwegen von der Ölpreiskrise betroffen, dessen Rohstoffindustrie ein Fünftel der Wirtschaftsleistung ausmacht. Über 200 000 Arbeitsplätze hängen von der Branche ab. Ein Absturz des Ölpreises ist für Zehntausende Norweger existenzbedrohend. Geplante Investitionen in Öl und Gas sind bereits dramatisch gesunken. Der Ölmulti Statoil, zu 67 Prozent in Staatsbesitz, hat inzwischen 30 000 Stellen gestrichen, weil seine Einnahmen 2015 nur halb so hoch waren wie im Vorjahr. Von diesen Einschnitten ist nicht nur die Ölindustrie betroffen, sondern sind es auch die Zulieferer: Von Bohrinseln über Maschinenhersteller, bis hin zu Hotels und Restaurants bekommen alle die Krise zu spüren. Die Regierung in Oslo versucht, mit niedrigen Steuern dem Rückgriff auf den Pensionsfonds sowie der Abwertung der norwegischen Krone gegenzusteuern.

Doch selbst die USA bekommen die Folgen des Kampfs der Giganten zu spüren. Zwar konnten sie ihre Abhängigkeit von den Opec-Exporteuren durch die eigene Produktion beenden, ihre großen Lagerbestände dürften die Erholung des Ölpreises jedoch bremsen. Zudem stellen alle Länder Investitionen in die Ölförderung als Reaktion auf den Preisverfall zurück. Laut IEA sanken die Investitionen bereits um 24 Prozent. Dies sei das erste Mal seit 1986, dass diese Ausgaben zwei Jahre hintereinander fallen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Kein Geld für neue Investitionen: Öl-Förderländer leiden unter einem drastischen Preisverfall

Bild: Colourbox

Ölproduzenten uneins über Begrenzung

Venezuela ist besonders an einer Begrenzung der Ölförderung interessiert und hat zu einem Opec-Treffen für Mitte März aufgerufen. Bislang hatten Russland und Venezuela vergeblich zu Produktionskürzungen des Kartells aufgerufen. Ob die Länder sich bei einem Treffen jedoch darauf einigen können, scheint mehr als ungewiss. Bislang hatten sich Saudi-Arabien, Katar und Venezuela gemeinsam mit dem Nicht-Opec-Staat Russland darauf verständigen können, die Produktion auf die Menge zum Jahresbeginn stabil zu halten, um den weiteren Preisverfall zu verhindern. Das hat auch zu einer kurzfristigen Stabilisierung des Preises geführt. Über eine generelle Begrenzung der Fördermenge besteht allerdings Uneinigkeit.

Nach dem Wegfall der Sanktionen ist nun auch der Iran zurück auf dem Ölmarkt. Weil der Nachholbedarf groß ist, besteht in Teheran keine Bereitschaft, sich an einer Drosselung der Produktion zu beteiligen, zumal der Iran in den letzten Jahren nicht zum Preisverfall beigetragen habe.

Iran drängt wieder auf den Markt

Obwohl selbst Saudi-Arabien unter einem Rückgang des Preises von 100 US-Dollar pro Barrel auf nahezu 36 Dollar leidet, wollen die Scheichs im knallharten Wettbewerb mit den neuen Konkurrenten aus den USA nicht nachgeben. Sie setzen weiterhin auf hohe Fördermengen und Dumpingpreise, um den Gegner aus dem Markt zu drängen.

Ein Preisanstieg durch Produktionskürzungen wäre gut möglich. Viele Schieferölfirmen in den USA mussten bereits schließen, da ihre Firmen wegen der billigen Ölpreise unrentabel geworden sind.. Laut Experten kann eine Drosselung der Produktion nur eine kurzfristige Erholung bringen. Der Preis werde sich endgültig erst dann erholen, wenn die Nachfrage wieder steigt. Nachdem in China der Boom endet, sei vor allem aus dem aufstrebenden Indien mit verstärkter Nachfrage zu rechnen. *MRK*

Vom Boom in die Pleite

Droht wegen des US-Frackings eine neue Welt-Finanzkrise?

In immer schnellerem Tempo rutschen amerikanische Firmen der Öl- und Gasindustrie in die Pleite, Massenentlassungen sind die Folge Schlumberger beispielsweise, einer der Fracking-Marktführer, baute 2015 jeden fünften Arbeitsplatz ab, insgesamt 25 000 Stellen wurden gestrichen.

Fracking galt für lange Zeit in Amerika als rentabel. Damals lag der Ölpreis pro Barrel bei 100 Dollar. Das ließ selbst kleine Fracking-Firmen wie Pilze aus dem Boden schießen. Die USA stiegen vor Saudi-Arabien und Russland zum größten Ölproduzenten der Welt auf. Der Fracking-Boom in den USA trug erheblich zum Überangebot an Öl auf dem Weltmarkt bei und drückte den Fasspreis zeitweise auf unter 30 Dollar. Zu diesem Preis rentiert Fracking sich nicht mehr. 67 US-Ölfirmen haben Insolvenz angemeldet. Einem Drittel der etwa 175 US-Firmen droht in diesem Jahr die Pleite. Regionen wie North Dakota oder Texas, wo ganze Arbeitersiedlungen in Folge des Booms entstanden, droht eine Schuldenkrise. Die Immobilienpreise fallen, Geisterstädte entstehen.

Investoren fürchten Blase wie bei Immobilienkrise 2008

Diese Entwicklung lässt Investoren um ihr Geld bangen. An der Wallstreet werden Banken nervös. Die Furcht vor einem Crash wächst, da Firmen aus der Ölbranche bereits seit Mitte 2014 über eine Billion Dollar verloren haben. Das weckt Erinnerungen an 2008, als die Blase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt die Weltfinanzkrise auslöste.

Seit Ende 2014 gingen 86 000 Arbeitsplätze im Ölsektor verloren, für 2016 wird mit weiteren Entlassungen gerechnet. Da der Fracking-Markt eng mit der Finanzwelt verbunden ist, sorgen sich viele, dass die Krise jetzt auf sie überspringt. Amerikanische Banken haben 277 Milliarden Dollar an Fracking-Firmen verliehen, 34 Milliarden davon sind hoch verzinste Unternehmensanleihen mit hohem Risiko, sogenannte Schrottpapiere. Die größten Wall-Street-Banken beeilen sich, ihre Rücklagen als Sicherung gegen ausfallende Kredite zu erhöhen. Im Dezember mussten bereits erste auf Hochzinsen spezialisierte Fonds schließen, weil Investoren ihr Geld zurückverlangten. Die Angst wächst, dass sich das Drama der Lehman-Krise von 2008 wiederholen könnte. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Wie heiße Kartoffeln

Asyllager? Ja, aber nicht bei mir: Berliner »Willkommenskultur« nach dem St.-Florians-Prinzip



Kommen doch die gefürchteten Großlager? Bürgerprotest Ende Januar im ehemaligen Flughafengebäude gegen eine Massenunterkunft auf dem Tempelhofer Feld

Bild: action press

Asylbewerberunterkünfte kommen bald in jede Berliner Nachbarschaft. Manche Politiker, die das jetzt beschließen, wollten aber ausgerechnet in ihrem Wahlkreis oder Wohnviertel keine solchen Lager sehen – ein verlogenes Schachern beginnt.

Die Liste mit den Standorten der vom SPD-CDU-Senat in Berlin neu zu errichtenden 90 Zuwandererheime ist heraus. Die Politik verspricht Platz für weitere 34 000 Menschen und eine gerechte, im Klartext: flächendeckende Verteilung. Mindestens fünf und maximal neun neue Unterkünfte sollen pro Bezirk entstehen.

Das Papier mit der Überschrift „Übersicht tempohome und MUF“ ist mehrfach brisant. Nach entlarvenden Briefen und Eingriffen mancher Politiker, die in „ihrem“ Berliner Bezirk oder dem enger Parteifreunde keine Unterkunft haben wollten, es aber bisher nicht laut sagten, steht nun die große öffentliche Protestwelle an. Bürger werden vor Gericht gegen die Pläne vorgehen. Bezirke und Politiker müssen bald allerorten Farbe bekennen, ob sie die vom Senat vorgegebenen Standorte gutheißen.

Bisher übten einige politische Akteure nur hinter den Kulissen Druck aus. Der Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak (CDU) wollte in seinem Wahlkreis keine Heime entstehen sehen. Er verteidigte sich, es sei ihm nur um die „gerechte Verteilung“ gegangen. Mario Czaja (CDU), Berlins Sozialsenator, griff ebenfalls in die Verteilungspläne ein. Unter anderem lassen ehemalige Mitarbeiter des Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales) Politiker auffliegen, die zur Entlastung bestimmter Bezirke vorgeschlagene Unterkünfte gezielt abgelehnt hätten. Seit Monaten schachern Berlins Politiker hinter den Kulissen mit den Bezirken und dem Lageso um die Streuung neuer Unterkünfte in der Stadt.

Während das Lageso wegen neuester Korruptionsvorwürfe nicht aus den Schlagzeilen kommt, ist die Frage der Sicherheit in und um die Heime längst ein Tabuthema, an dem Politiker wie Medien so wenig wie möglich rühren mögen. Am Freitag gingen laut Zeugen in Asylunterkünften in Adlershof und Lichtenberg rund 150 Menschen teils mit Holzlatten aufeinander und auf die Sicherheitskräfte los. In Adlershof hatten die Sicherheitsleute die Ankunft neuer Asylbewerber gegen Protest aus dem Heim sicherstellen wollen und wurden selbst zum Ziel.

Ex-Lageso-Mitarbeiter stellen Politiker öffentlich bloß

Die Gewalt in beengten Heimen liefert einen Vorgeschmack auf das, was bei mehr Asylbewerbern und Großunterkünften zu erwarten ist. Durch stark angestiegenen Taschendiebstahl ist nach jüngsten Zahlen die gesamte Kriminalitätsstatistik an der Spree in Schieflage. Auch wenn zum Anteil der ganz zuletzt eingereisten Personen kaum verlässliche Zahlen vorliegen, so ist der allgemeine Asylbewerberanteil an den Tatverdächtigen doch unverhältnismäßig hoch.

Der Senat weiß also, welche Sprengkraft seine am 23. Februar von der Finanzverwaltung herausgegebene Liste enthält und handelt schnell. Zwei Drittel der neuen Unterkünfte sind bereits auf einen genauen Standort festgelegt. Für 90 Grundstücke sind Gemeinschaftsunterkünfte vorgesehen – entweder in modularer Betonbauweise oder in Form von Wohncontainern. Auf diesem Weg sollen Notquartiere und Turnhallen freigemacht werden, argumentiert die Politik. Um den Charakter von Massenunterkünften zu vermeiden, sollen maximal 500 Asylbewerber pro Grundstück unterkommen. Die Gesamtkosten der Liste beziffert der Senat auf 700 Millionen Euro. Davon entfallen 600 Millionen Euro auf die Modul- oder Containerbauten.

Die meisten Plätze entstehen nach dem Willen der Landesregierung in den Bezirken Lichtenberg, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick. Die bereits festgelegten Standorte seien mit den Bezirken abgesprochen, beteuert der Senat. Ein Blick auf die Liste zeigt: Etwas über 50 Zustimmungen der Bezirke sind verzeichnet, viele davon aber unter Auflagen oder „nur mündlich“. Die Verteilung auf alle Bezirke wird dadurch erschwert, dass Berlin mancherorts nur noch wenige Grundstücke besitzt, auf denen sich bauen ließe. In manchen Bezirken bildet sich zudem Widerstand: Reinickendorf stellt sich bei der Zuweisung stur. Widerstand will der Senat jedoch nicht hinnehmen. Man bekräftigt, notfalls gegen die Bezirke neue Standorte durchsetzen zu wollen.

So manche politische Zusicherung zur Garnierung der Liste soll beruhigend wirken, verdeckt aber weitere bittere Pillen. Der Senat verspricht: Wo viele Notquartiere stünden, sollten keine neuen Standorte hinzukommen. In Tempelhof-Schöneberg will Rot-Schwarz aber einfach weitere Containerblöcke beim ehemaligen Flughafen Tempelhof abstellen, denn auf das bisher größte Quartier für Asylbewerber in der Stadt mit über 2000 Bewohnern glaubt die Politik noch lange nicht verzichten zu können.

Zur Adresse „Platz der Luftbrücke“ vermerkt die Liste „möglicherweise auch mehr als zwei Standorte möglich“. Faktisch entstehen also vielerorts neue Massenunterkünfte oder werden verstetigt. Die dezentrale Unterbringung ist kein Konzept mehr, sie funktioniert angesichts der Zahlen schlicht nicht. Der kommende Sommer droht politisch heiß zu werden, denn dann will der Senat das letzte Drittel seiner Asylheime festlegen, zumindest, wenn eine vorher geplante Prognose noch Bedarf zeigt. *Sverre Gutschmidt*

RB Leipzig läuft sich warm

Von Theo Maass

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. In der DDR wurde noch eine letzte Fußballmeisterschaft ausgespielt. In der Saison 1991/92 wurde die Bundesliga dann um zwei Vereine auf 20 aufgestockt, um die beiden besten Ex-DDR-Vereine dort spielen lassen zu können.

Das waren Dynamo Dresden und Hansa Rostock. Rostock stieg gleich ab, Dresden konnte sich bis 1994/95 halten. 1995/96 stieg Hansa Rostock wieder auf und verließ dann 2004/05 als letzter Verein aus den Neuen Bundesländern die höchste deutsche Spielklasse. In der Zwischenzeit gaben der VfB Leipzig (nur eine Saison) und Energie Cottbus in der Bundesliga ihre Visitenkarte ab. Cottbus und Rostock verfügten aber nicht über die Wirtschaftskraft, um sich dauerhaft in der Bundesliga zu etablieren. Bei Leipzig und Dresden ist das allerdings anders. Es sind zwei wirtschaftsstarke Metropolen, die Substanz wäre also vorhanden.

Seither ist die Bundesliga ein „Westklub“. So sehr sich andere auch bemühten, Erfolg hatten sie nicht. Nachschub ist auch nicht in Sicht, denn in der aktuellen Spielzeit gibt es auch in der 2. Liga nur zwei „Ostvereine“, den traditionsreichen 1. FC Union Berlin und RB Leipzig.

RB Leipzig indes gilt als „Retortenverein“ und ist bei den Gästefans – um es freundlich auszudrücken – nicht sonderlich beliebt. Das liegt daran, dass der Getränkehersteller „Red Bull“ RB Leipzig sehr großzügig finanziert. Es ist aber nicht mit Hoffenheim zu vergleichen. Red Bulls Engagement in Leipzig ist „nachhaltiger“ angelegt.

Der Konzern kauft nicht nur gestandene Profis ein, sondern investiert auch in Nachwuchsstrukturen. Die B-Junioren der Leipziger U17 und die U19 sind schon jetzt ausgesprochen erfolgreich. Zurzeit entsteht im Norden Leipzigs ein Gebäudekomplex für 35 Millionen Euro, wo Talente aus der Region gefördert werden sollen. So ist zu erwarten, dass RB Leipzig nach dem Aufstieg in die Bundesliga sich dort nicht als „Fahrstuhlmannschaft“ erweisen wird. Eine Umfrage der Leipziger Volkszeitung ergab, dass 70 Prozent der Leipziger das Engagement von Red Bull begrüßen.

Matthias Sammer, aus Dresden stammender deutscher Nationalspieler, meint denn auch lapidar: „Ein paar Traditionalisten werden wieder rumschreien, wenn es Lok und Chemie Leipzig nach der Wende nicht geschafft haben, ihre Kraft im Interesse des Fußballs vor Ort zu bündeln – dann gibt es immer einen lachenden Dritten.“ Tatsächlich scheint RB Leipzig die einzige Chance für den Fußball im Beitrittsgebiet zu sein, sich in der Bundesliga neu zu etablieren.

Erfolgreich praktizierte Gruppengewalt

Ralph Ghadban erwartet noch mehr kriminelle Araberklans durch die Zuwanderung

Auf einer Podiumsdiskussion der CDU/CSU-Fraktion im Reichstagsgebäude hat der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban über die Verhaltensweisen und das Selbstverständnis krimineller Araberklans referiert. Der 1949 in Beirut geborene Ghadban forscht seit Jahren auf diesem Gebiet.

Bei den Angehörigen der Klans betrage die Arbeitslosenquote über 90 Prozent. „Sie erhalten eine staatliche Unterstützung für den Unterhalt, die Miete und die Krankenkasse, die sie als Grundgehalt betrachten. Sie versuchen durch illegale Arbeit, Diebstähle, Raub, Erpressung, Drogenhandel und Zuhälterei ihr Einkommen zu verbessern“, sagte Ghadban.

Den öffentlichen Raum betrachteten sie als Feld für ihre Raubzüge und „Feindesland, das für die Sicherung der Einkünfte kontrolliert werden muss“. Das Mittel dafür sei die Gewaltanwendung in der besonderen Form der Gruppengewalt. In etwa sechs deutschen Städten würden bereits „viele Ecken und Viertel“ von ihnen terrorisiert. In Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen hätten kriminelle Klans ihre Raubzüge auch auf das Land ausgedehnt. Der „individuell auftretende“ deutsche Bürger sei den in Gruppen agierenden Tätern ausgeliefert. Die Angehörigen der Klans hätten gemerkt, dass es in Deutschland ein „riesiger Vorteil“ sei, in Gruppen aufzutreten. Andere Migrantengruppen nähmen sich daran schon ein Beispiel. Die „pazifistisch“ erzogenen Deutschen könnten sich nicht wehren und würden verachtet.

Der öffentliche Raum als Feindesland und Feld für Raubzüge

Längst konkurrierten Klans vielerorts mit der Polizei um die Kontrolle des öffentlichen Raums. Immer wieder würden auch Polizisten und Polizeiwagen von zahlreichen, per Handy herbeigerufenen jungen arabischstämmigen Männern umzingelt, etwa bei Verkehrskontrollen. Die überforderte Polizei werde an ihrer Arbeit gehindert und eingeschüchtert.

Von der auch durch Personalmangel überforderten Polizei würden viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten nicht mehr verfolgt. Ghadban nannte das Versperren von Wegen, Rempeleien auf Bürgersteigen, das Behindern von Notärzten, das Beschimpfen nichtmuslimischer Mädchen als „Huren“, das Anspukken von Streifenwagen. Die Justiz erschwere oft die Arbeit der Polizei durch Freilassung von Tätern, Einstellung von Verfahren und Bewährungsstrafen. Opfer und Zeugen von Straftaten würden eingeschüchtert. Araber stellen die meisten Intensivtäter in Berlin. „Dass welche mit 80 Straftaten noch frei herumlaufen, müssen Sie dem einfachen Bürger erklären“, sagte Ghadban. Nicht alle Klanmitglieder würden kriminell, aber alle seien zum Schweigen verpflichtet.

Entscheidend für den Zusammenhalt der Klans sei die Heirat untereinander. Längst hätten sie große Vermögen angehäuft und investierten in Immobilien. Auch in Brandenburg hätten sie ganze Straßenzüge gekauft. Sie könnten sich die besten Anwälte leisten. Woher sie das viele Geld hätten, danach frage der deutsche Staat nicht. Behörden könnten wegen Datenschutz noch nicht einmal unter sich Informationen austauschen. Den im internationalen Drogenhandel tätigen und gut vernetzten Klans habe die deutsche Polizei nichts entgegen zu setzen. Nach seiner Ansicht sei eine Integration krimineller Klanangehöriger nicht mehr möglich. Bei noch einer Million Zuwanderer aus dem arabischen Raum erst recht nicht. *Michael Leh*

Streit um Gewalt

Eklat bei der Linkspartei in Magdeburg

Marcel Guderjahn und Roland Zander saßen bislang mit den Genossen der Linken im Magdeburger Stadtrat. Beide haben die Fraktion nun verlassen. Als Grund geben die beiden linksextreme Aktivitäten der Partei an, welche sie nicht mehr mittragen wollten.

Zander sagt, er sei von seinen Genossen wegen seiner Facebook-Aktivitäten überwacht und bespitzelt worden. Er beklagt sich, weil er „angezählt“ worden sei. Derartige Vorfälle will auch Guderjahn erlebt haben: „Ich musste mehrmals zum Rapport, weil denen unsere Twitter-meldungen nicht gefielen.“

Zwei Ratsmitglieder verlassen die Fraktion

Am 15. Januar nahmen die beiden Linkspartei-Politiker an einem Aufmarsch unter dem Motto: „Schulter an Schulter gegen Faschismus und imperialistische Kriege“ mit 250 auch gewaltwilligen Demonstranten teil. Guderjahn berichtete: „Sie bewarfen Polizisten mit Steinen und Pyrotechnik. Vier Beamte wurden verletzt. Ich fand das unmöglich. Ich distanziere mich von den Steinewerfern und will nicht, dass das in der Fraktion der Linken auch so protokolliert wird.“ In der Fraktion sei er daraufhin belehrt worden: „Die Jugend demonstriert heute halt anders.“

Wulf Gallert, Spitzenkandidat der Linkspartei zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März, weist die Vorwürfe zurück: „Ich sage, es ist erlogen und erstunken.“ Inzwischen haben Zander und Guderjahn mit der SPD-Dissidentin Jacqueline Tybora im Magdeburger Stadtparlament eine neue Fraktion gebildet. Die Linkspartei muss sich bei den kommenden Landtagswahlen laut Umfragen auf herbe Stimmenverluste einstellen. *Hans Lody*

MELDUNGEN

Bürgermeister für Brexit

London – Das Lager der Befürworter eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union hat einen neuen, prominenten Unterstützer erhalten. Knapp vier Monate vor dem Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Union hat sich Londons Bürgermeister Boris Johnson von den Konservativen für einen sogenannten Brexit ausgesprochen. Johnson gilt momentan als der beliebteste Politiker Großbritanniens. Sein öffentliches Eintreten für einen EU-Austritt wird daher als herber Schlag für den Premierminister, seinen Parteifreund David Cameron gewertet, der an einer britischen EU-Mitgliedschaft festhalten will. Wie aus einer Umfrage im Auftrag der britischen Tageszeitung „The Independent“ hervorgeht, befürworten inzwischen 52 Prozent der Briten einen Austritt aus der EU. *N.H.*

»Respekt« für Kinderehe?

Kopenhagen – Der Imam Oussama el-Saadi aus Aarhus fordert „Respekt“ vor den im islamischen Raum nicht unüblichen Kinderehen auch in Dänemark. Die jüngste Ehefrau dort ist 14 Jahre alt. Inger Stojberg, Integrationsministerin von Dänemark, hat hingegen angekündigt, dass Asylbewerber, die derartige Kinderehen eingegangen sind oder eingehen, unverzüglich aus dem Königreich ausgewiesen werden. Die betreffenden Mädchen hingegen würden ein Aufenthaltsrecht in Dänemark erhalten. Oussama el- Saadi findet hingegen, dass die dänische Regierung unterschiedliche Kulturen akzeptieren solle und „Familien“ nicht zerstören dürfe. Die meisten zwangsverheirateten Mädchen in Dänemark kommen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. *H.L.*

Staatslenker mit Augenmaß?

Putin-Versteher, Klimawandelskeptiker und TTIP-Gegner – So wäre Donald Trump als US-Präsident

Donald Trump scheint nicht zu stoppen zu sein und eilt in den Vorwahlen der Republikaner für die Präsidentenwahl von Sieg zu Sieg. Kann er am Ende sogar über den Kandidaten der Demokraten – höchstwahrscheinlich Hillary Clinton – triumphieren, zieht ein Mann ins Weiße Haus ein, den viele für das personifizierte Böse halten. Warum eigentlich?

Schwer liegt die linke Hand auf der 200 Jahre alten traditionellen King-James-Bibel. Wie es der Brauch verlangt, hält Ehefrau und Ex-Model Melania (46) ihrem 69-jährigen Gatten das heilige Buch hin. Es ist der 20. Januar 2017. Man steht am westlichen Säulengang des Capitols in Washington. Mit getragener Stimme spricht der Immobilienunternehmer, Bestseller-Autor („Wie man reich wird“) und Reality-TV-Star den Amtseid nach, den ihm John Glover Roberts, der oberste Bundesrichter vorspricht: „Ich, Donald John Trump, schwöre feierlich, dass ich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten getreulich ausführen und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften wahren, schützen und verteidigen werde.“

Rund 30 Sekunden dauert die Zeremonie und noch ist sie nicht mehr als ein Zukunftsszenario. Ein Alptraum für jene, die Trump für den „gefährlichsten Mann der Welt“ halten. „Jemand, der alle Merkmale eines Faschisten aufweist“, wie kürzlich in einer Titelgeschichte des „Spiegel“ zu lesen war. „Ruch- und Skrupellosigkeit“ wurden ihm dort unterstellt ebenso ein „Hang zur Grausamkeit“. Für Trumps wachsende Anhängerschar wäre die Szene am Capitol dagegen ein verheißungsvoller Wunschtraum. Der neue Mr. Präsident würde die USA zu alter Größe zurückführen, sind sie überzeugt, getreu seinem Wahlkampfmotto „make america great again“.

Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Vielleicht aber auch ganz woanders. Wer sich mit „the Donald“ auseinandersetzt, stößt auf eine Person, bei der wenig zusammenpassen will. Das gilt vor allem für das Bild, das einerseits die allermeisten Medien von ihm zeichnen, und andererseits den Fakten im Schatten der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dort lassen sich sogar ganz neue Facetten des schillernden Umfragekönigs und „Fönfrisur-Prinzen“ ausmachen. Sein Wahlprogramm ist jedenfalls keineswegs so dürftig, wie es vielfach dargestellt wird. Manches scheint durchaus vernünftig zu sein und zeigt Augenmaß. Trump hat angekündigt, das US-amerikanische Steuersystem zu vereinfachen. Er will Reiche – sich selbst eingeschlossen – stärker besteuer und die Mittelschicht entlasten. Amerikaner mit einem Jahreseinkommen von weniger als 25 000 US-Dollar sollen komplett von der Einkommensteuer auf Bundesebene befreit werden.

> Die Mittelschicht entlasten, Reiche stärker besteuern

Steuersenkungen hat er auch für die Wirtschaft in Aussicht gestellt. Sie sollen das Wachstum ankurbeln und somit Arbeitsplätze schaffen. Klimaschutzauflagen für amerikanische Firmen hält er für falsch. Trump glaubt nicht an eine vom Menschen gemachte globale Erwärmung.

Er befürwortet den freien Markt, vertritt jedoch den Standpunkt, dass US-Unternehmen ihre ausländischen Produktionsstätten in die Vereinigten Staaten zurückverlagern sollen. Waren, die von US-Firmen im Ausland produziert und dann ins Land importiert werden, will er mit hohen Strafzöllen belegen.

Wie sämtliche republikanische Präsidentschaftskandidaten fordert er, dass die von Barack Obama eingeführten Gesundheitsreform („Obamacare“) zurückgenommen wird. Im Gegensatz zu den Mitbewerbern lehnt er Kürzungen im Bereich des öffentlichen Rentensystems „Social Security“ und bei den Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge „Medicare“ und „Medicaid“ aber strikt ab. Die rechtliche Gleichstellung homosexueller Ehen sieht Trump kritisch, hält es aber für besser, die Entscheidung den einzelnen Bundesstaaten zu überlassen. Das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (Seite 7) würde es mit Trump nicht geben. Seine Sicht der Dinge: „Das Abkommen ist ein Angriff auf Amerikas Business. Das ist ein schlechtes Geschäft.“ Er glaubt, dass der Deal amerikanischen Unternehmen und dem dortigen Arbeitsmarkt schaden würde.

Auch anderen Vorstellungen seiner Außenpolitik lässt sich aus hiesiger Sicht durchaus etwas abgewinnen: Trump mag sich zwar damit brüsten, amerikanische Interessen wenn nötig mit brutalen Methoden durchzusetzen. Aber gleichzeitig ist er viel isolationistischer eingestellt als das politische Establishment, von seinen republikanischen Konkurrenten bis hin zu Hillary Clinton. Den Weltpolizisten will er anders als George W. Bush nicht spielen. Und statt auf militärische Interventionen zu setzen, verspricht Trump, Probleme durch Verhandlungsgeschick zu lösen. Teure militärische Abenteuer in Syrien oder anderen Teilen des Nahen Osten lehnt er ab. Möglicherweise würde er dort eng mit Wladimir Putin zusammenarbeiten. Immerhin überschütten sich die beiden Alpha-Männer gegenseitig mit Lob. Trump über den russischen Präsidenten: „Ich denke gut von ihm.“ Putin über Trump: „Er ist brillant und talentiert“.

Ob Talent und Brillanz ausreichen, um am 20. Januar 2017 die magischen Worten aussprechen zu können, ist auch nach dem „Super-Tuesday“ mit seinen Vorwahlentscheidungen in 14 Bundesstaaten offen. Die Wettmärkte geben Donald John Trump momentan eine Chance von 25 Prozent, die Präsidentschaftswahlen am 8. November zu gewinnen. „The Donald“ ist schon aus schlechterer Ausgangsposition durchgestartet, um am Ende als Sieger dazustehen. *Frank Horns*



Der 45. Präsident der Vereinigten Staaten? Noch sitzt Donald Trump nicht in der Air Force One, der Boeing des US-amerikanischen Staatschefs Bild: pa

Pause vom Sozialismus

Lateinamerikas Linke wurde massiv in die Defensive gedrängt

Die spanischsprachige Welt hat den Irrwegen des Sozialismus bis auf Weiteres abgeschworen. Am 21. Februar verlor der seit 2006 amtierende Präsident Boliviens, der 55-jährige ehemalige Gewerkschaftsführer Evo Morales, ein Referendum über eine dritte Amtszeit knapp mit 51,3 zu 48,7 Prozent Er kann sich damit 2019 nicht mehr zur Wahl stellen.

Dass er nicht schon verfassungsgemäß nach der zweiten Amtszeit hatte abtreten müssen, verdankte er dem obersten Gerichtshof. Dieser hatte 2013 entschieden, dass die ersten drei Jahre seiner Herrschaft nicht zählen würden, weil sich Bolivien 2009 als „plurinationaler Staat“ neu definiert habe.

In über zehn Jahren ist der verlorene Volksentscheid der erste Rückschlag für Morales, der enge Beziehungen zu anderen geistesverwandten Regimen wie Kuba und Venezuela pflegt. Der Referendumsausgang ist symptomatisch dafür, dass linke Gesellschaftsexperimente in Lateinamerika langsam ihre Anziehungskraft verlieren. Immerhin hatten Morales 2014 noch 64 Prozent der Bolivianer ihr Vertrauen ausgesprochen.

Im benachbarten Brasilien ist vor Kurzem der wichtigste Wahlkampstratege der Staatspräsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei wegen gravierender Korruptionsvorwürfe verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte im Zuge der größten Antikorruptionskampagne in der Geschichte des Landes. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise mit einer Wirtschaftsschrumpfung um 3,5 Prozent im letzten Jahr und keiner Besserung in Sicht nimmt die politische Instabilität immer größere Ausmaße an. Für den 13. März hat die Opposition eine Demonstration angekündigt, um die Amtsenthebung von Rousseff und ihrem Stellvertreter zu fordern. Dass es dazu kommt, wird immer wahrhscheinlicher. Damit verbunden wären Neuwahlen innerhalb von 90 Tagen.

> Boliviens Präsident Evo Morales verlor Referendum

Bereits im Oktober vergangenen Jahres war in Argentinien nach zwölf Jahren der Kirchnerismus auf der Strecke geblieben. Inflation, ein enormes Haushaltsdefizit, mangelnde Devisenreserven sowie wirtschaftliche Stagnation sind ein schweres Erbe für die konservativen Nachfolger.

Selbst das konservative Paraguay hatte noch vor einigen Jahren mit „fortschrittlichen Ideen“ geliebäugelt, doch ging ein entsprechendes Experiment unter Präsident Fernando Lugo, einem Anhänger der Befreiungstheologie, der als Bischof zwei uneheliche Kinder zeugte, nach knapp vier Jahren zu Ende, als der Staatschef im Juni 2012 vom Parlament wegen Amtsmissbrauchs abgesetzt wurde.

In Venezuela haben die Erben von Hugo Chavez im Dezember 2015 die Parlamentsmehrheit verloren. Der im Amt gebliebene Präsident Nicolás Maduro hat die Benzinpreise um bis zu das 60-Fache erhöht. Insgesamt betrug die Inflationsrate im letzten Jahr 180 Prozent. Von daher sind soziale Unruhen mehr als wahrscheinlich. Einige Experten sprechen gar von einem kommenden Bürgerkrieg.

In Kuba ist Ramón Castro, der älteste Bruder des 89-jährigen Fidel und einer der Gründer der Kommunistischen Partei Kubas, mit 91 Jahren verstorben. Die Dynastie der Castros geht dem Ende entgegen. Es war für sie alle eine Genugtuung, die Normalisierung der US-amerikanisch-kubanischen Beziehungen im Juli 2015 noch miterleben. Doch das System, das sie geschaffen und ihr Leben lang verteidigt haben, dürfte die historischen Umwälzungen mittelfristig nicht überleben. *Markus Matthes*

Der doppelte Schuldner

Hellas schuldet Deutschland auch aus der Weltkriegszeit Geld

Griechenland fordert von Deutschland Reparationen, doch eine Studie legt nahe: Auch aus dem Zweiten Weltkrieg schulden die Griechen eher den Deutschen Geld, nicht umgekehrt. Der Griechenland drohende Austritt aus der Euro-Gemeinschaft setzt das Land unter Druck. Die Staatsfinanzen sind unklar, Privatisierungsvorgaben spülen nicht die von Athen angepeilten 22 Milliarden Euro ein, sondern nur einen Bruchteil – rund drei Milliarden seit 2010. In dieser brenzligen Lage hebt die griechische Regierung alte Reparationsforderungen an Deutschland in gesteigerter Form auf die Tagesordnung. Dieser Versuch eines Befreiungsschlages verknüpft gegenwärtige Schulden mit alten Forderungen. In Deutschland sprechen sich trotz dieser zweifelhaften Verknüpfung führende SPD- und Grünenpolitiker für weitere Entschädigungen aus. Gesine Schwan, Ralf Stegner (beide SPD) und Anton Hofreiter (Grüne) irren dabei jedoch womöglich gewaltig. Akten der Reichsbank zeigen ein ganz anderes Bild von Griechenland. Nicht die geforderten 278,7 Milliarden Euro von Deutschland stehen aus, vielmehr schuldet Athen Berlin noch Tausende Britische Goldpfund, umgerechnet Dutzende Millionen Euro, wenn übliche Zinsen berechnet werden.

Die von Griechenland empfangenen Reparationen in Folge des Zweiten Weltkriegs sind ein heikles Thema. Viel Geld hat Athen an direkten Zahlungen und reparationsähnlichen Leistungen erhalten, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Italien, das für die einstige Besatzung mitverantwortlich war. Kaum weniger haben griechische Politiker veruntreut. Das legen jüngste Nachforschungen des Mannheimer Historikers Heinz A. Richter nahe.

> Neue Studie wertet Reichsbankbericht zu Griechenland aus

Von 115 Millionen D-Mark bundesdeutscher direkter Entschädigungen aufgrund eines Abkommens von 1960 wurden drei Viertel „zweckentfremdet und landeten in den Taschen von Politikern“, so Richter jetzt. Hinzu kamen demnach 200 Millionen D-Mark, welche die Bundesrepublik offiziell als „Investitionskredite“ listete. Italien zahlte 1950 bis 1952 rund 76 Millionen US-Dollar an Athen – damals immerhin 5,7 Prozent des italienischen Außenhandels, wie die erste gesamteuropäische Reparationsstudie von Jörg Fisch bereits 1992 zeigte.

Richter findet die grundlegend falschen Berechnungen Athens „einfach erstaunlich“. Er hat den Reichsbankbericht zu Griechenland studiert – von einem in der Politik oft als real angenommenen „Zwangskredit“ von 476 Millionen Reichsmark, den Griechenland an deutsche Besatzer habe leisten müssen, könne keine Rede sein. Den habe es nachweislich nicht gegeben. Vielmehr gehe es um „einen Rechnungsbetrag bezüglich der Besatzungskosten“. Die Berechnung der Besatzungskosten war gemäß der Haager Landkriegsordnung rechtens. Richter forschte weiter nach und stellte fest, dass die Besatzer seinerzeit die griechische Wirtschaft stützten, Waren ins Land importierten und die an Wert verlierende Drachme stützten. Eine Gegenrechnung beidseitiger Verbindlichkeiten ergibt demnach eine Zahlschuld für Athen. Forderungen aus der Besatzung 1941 bis 1944 könne das Land jedenfalls keine stellen. Auch habe Griechenland indirekt dem Zwei-plus-Vier-Abkommen 1990 zugestimmt und damit dem Ende alter Kriegsforderungen. Die Studie zeigt des Weiteren, dass die eigentlich betroffenen Hellenen vom bereits Gezahlten viel zu wenig erhalten haben. *SG*

Nafta sollte der EU eine Lehre sein

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen von 1994 lässt erahnen, was Europa mit TTIP blüht

Die sachliche Auseinandersetzung um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) leidet in Deutschland darunter, dass deutsche Politiker in die Unterlagen nur unter von den USA diktierten Bedingungen kurzen Einblick nehmen dürfen, die nicht nur keine Erkenntnis bringen, sondern schlichtweg beleidigend sind. Abhilfe könnte ein Vergleich mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (Nafta) schaffen.

Nafta ist ganz nach demselben Muster gestrickt wie TTIP oder andere Abkommen dieser Art, welche die USA mit mittlerweile 20 Ländern geschlossen haben. Mit dem Abkommen Nafta wurden Kanada, die USA und Mexiko zu einem großen Freihandelsgebiet zusammengeschlossen. Das war vor 22 Jahren, einem Zeitraum, der es erlaubt, aus den Erfahrungen Schlüsse zu ziehen, auch wenn die politische Klasse das meidet wie der Teufel das Weihwasser.

Bei Nafta wie bei TTIP und auch bei dem entsprechenden Vertrag zwischen der EU und Kanada namens Ceta bildet die Sondergerichtsbarkeit den strategischen Motor der gesamten Idee. Das mittlerweile berühmt gewordene Beispiel der Ambassador Bridge in Detroit erlaubt es, das Problem ohne juristische Vorkenntnisse zu erfassen.

Detroit liegt an der nördlichen Grenze der USA am Detroit River, drüben ist Kanada, genauer gesagt die Stadt Windsor. Im Jahre 1929 wurde die „Detroit Windsor Ambassador Bridge“ erbaut, anno 1979 kamen Aktien der Brückengesellschaft an die Börse. Der Investor Matty Maroun kaufte die Firma auf und kassiert seither im Jahr gut 60 Millionen US-Dollar an Maut. Immerhin geht über die Ambassador Bridge ein Viertel des gesamten Handels zwischen den USA und Kanada. Trotz der mehr als guten Geschäfte ist die Brücke marode, weil der Besitzer sie verkommen lässt; er war deswegen sogar schon in Haft. Ebenso weigert er sich, eine mit Detroit vereinbarte Autobahnanbindung zu bauen. Da beschlossen die USA und Kanada, ein paar Kilometer südlich der Ambassador Bridge eine eigene, mautfreie Brücke zu bauen, und das war für Maroun der Kriegsgrund. Er verklagte vor fünf Jahren Kanada auf Schadenersatz in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar. Seither stritten die Rechtsanwälte, kassierten jährlich mindestens 16 Millionen Dollar und einigten sich dann darauf, dass das Schiedsgericht sich für nicht zuständig erklären sollte. Die Rechtsgrundlage für diesen Handel, der damit noch nicht entschieden ist, bildet das Abkommen Nafta, die Blaupause für TTIP.



Ein Fall für die Nafta-Schiedsgerichtsbarkeit? Die Ambassador Bridge zwischen den USA und Kanada Bild: Patricia Drury

> Bei Nafta wie bei TTIP und Ceta bildet die Sondergerichtsbarkeit den strategischen Motor der gesamten Idee

Ein anderes, hochaktuelles Beispiel aus dem Januar 2016: US-Präsident Barack Obama beugte sich heftigen Bürgerprotesten und unterband die Weiterführung einer kanadischen Pipeline auf US-Territorium. Jetzt verklagt der Konzern TransCanada die USA auf 15 Milliarden US-Dollar Schadenersatz. Rechtsgrundlage für den eigenartigen Handel: das Abkommen Nafta, die Blaupause für das, was auch die EU erwartet. Die wegen Nafta und ähnlichen Knebelverträgen anhängigen Prozesse gegen etliche Staaten belaufen sich auf einen Streitwert von zig Milliarden US-Dollar. Peru beispielsweise wurde von Doe Run Perù, dem Betreiber einer Mine in der Andenstadt La Oroya, auf 800 Millionen Dollar verklagt, weil die Regierung per Gesetz die skandalösen Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter verbessert hat. Besitzer der Mine ist ein US-Konsortium. So ließe sich die die Liste sonderbarer Schiedsgerichtsprozesse fortsetzen. Keine Privatisierung hat je zu einer solchen Anhäufung von so viel Geld bei so wenigen Menschen geführt wie die Privatisierung der Gerichtsbarkeit.

Doch Kanada und die großen Konzerne sind die eine Seite von Nafta, die andere sind Mexiko und seine Landwirtschaft. Das Abkommen verbietet es, die Bauern zu subventionieren, aber dies ist nur den mexikanischen Behörden verboten. Die US-Farmer werden nach wie vor vom Staat unterstützt. Hector Carlos Salazar vom Dachverband der mexikanischen Maisproduzenten sagt: „An Subventionen bekommt ein mexikanischer Bauer 700 Dollar pro Jahr, einer in den USA 21 000.“

Mais, die heilige Pflanze der Azteken, ist das mexikanische Grundnahrungsmittel seit Jahrtausenden. Bis zu Nafta konnte sich Mexiko nicht nur mit Mais, sondern mit allen wesentlichen Nahrungsmitteln selbst versorgen. Heute muss das Land 40 Prozent seines Bedarfs aus den USA einführen. Dabei handelt es sich um gentechnisch veränderten Mais, obwohl der Anbau transgener Pflanzen in Mexiko verboten ist. Die Bauern fürchten um ihr Saatgut, denn was importiert wird, ist zur Saat ungeeignet. Kein Wunder, dass der Agrarmoloch Monsanto zu den entschiedensten Befürwortern der Handelsabkommen gehört.

Zudem verkaufen die USA ihren Mais nach Mexiko zu 75 Prozent unter dem Produktionspreis, die Subventionen machen es möglich. US-Fleisch wird mit 20 Prozent unter den Produktionskosten angeboten. Dabei musste Mexiko seine Schutzzölle abbauen, während die USA weiterhin Zölle erheben. Was die Bauern vor Nafta für drei Pesos verkaufen konnten, dafür bekommen sie heute noch 50 Centavos. Kein Wunder, dass drei Millionen von ihnen ruiniert sind und ihr Land verlassen haben. Im Jahr 2007 erlebte Mexiko den ersten Hungeraufstand seiner Geschichte, als der Preis für Tortillas von einem Tag auf den anderen verdoppelt wurde. Lebensmittelgiganten wie Monsanto hatten die Ware zurückgehalten, um damit zu spekulieren.

Ob Milliardenklagen vor privaten Schiedsgerichten in Kanada oder hungernde Bauern in Mexiko – Nafta und die anderen bereits bestehenden Handels-Abkommen der USA oder Kanadas mit weiteren Ländern geben ein erschreckendes Beispiel. Es wäre dankenswert, wenn europäische Politiker das zur Kenntnis nehmen wollten. *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Terror schadet Reisebranche

Berlin – Die Tourismuswirtschaft sieht nach den Worten von Dirk Inger, Geschäftsführer des Deutschen Reiseverbandes (DRV), wegen der weltweiten Terrorgefahr einem „sehr, sehr schwierigen Jahr“ entgegen. Inger befürchtet „dramatische wirtschaftliche Konsequenzen bis hin zu wachsender politischer Instabilität für bisherige Zielländer deutscher Urlauber in Krisenregionen“. Die Anschläge im vergangenen Jahr hätten in Deutschland die Stimmung verändert. Die Branche beobachte seither eine „sehr, sehr große Zurückhaltung“ der Urlauber. Früher beliebte Ferienländer erlebten dramatische Buchungseinbrüche. *J.H.*

Liquidität durch die EIB

Luxemburg – Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat im vergangenen Jahr 85 Milliarden Euro an Krediten an die Wirtschaft vergeben, davon 7,8 Milliarden nach Deutschland. Dabei handelt es sich nicht um Steuergelder, denn alles Geld, das sie verleiht, muss sich die EIB vorher selbst leihen. Knapp die Hälfte ihres Finanzbedarfs beschafft sie sich außerhalb Europas, vor allem in Japan. Sie sieht sich ausdrücklich nicht als Teil der EU-Geldpolitik. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.028.379.453.774 €
Vorwoche: 2.028.310.960.839 €

Verschuldung pro Kopf:
24.949 €
Vorwoche: 24.948 €

(Dienstag, 1. März 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Verschleißbarometer«

»Bröckel-Index« quantifiziert den Wertverlust der Infrastruktur

Die „Schulden-Uhr“ bekommt eine Ergänzung: Ein neuer Gradmesser für den Wertverlust öffentlicher Infrastruktur in Deutschland macht deutlich, wo die Politik über Jahre zu wenig investierte. Das „Verschleißbarometer“ wird von der Infrastrukturinitiative „Damit Deutschland vorne bleibt“ betrieben. Dahinter steht die Infra Dialog Deutschland GmbH. Unter deren Geschäftsführer Oliver Wolff ist ein Instrument entstanden, das den Schaden an öffentlichen Straßen, Bahnen und Brücken bezifferbar macht. Er sagt: „Deutschland fährt seit Jahren auf Verschleiß.“ Der neue Index zeigt zu seinem Start, abgestimmt auf die jüngste Sonder-Verkehrsministerkonferenz im Bundesrat, ein Minus von 51 Milliarden Euro. So viel habe Deutschlands Verkehrsinfrastruktur seit 2005 an Wert verloren, „da ihre Instandhaltung seit Jahren drastisch unterfinanziert ist“, schreiben die Urheber. Die Infrastruktur ist in öffentlicher Hand, der Wertverlust betrifft daher das Volksvermögen.

Die von den Machern auch „Bröckel-Index“ genannte Zahl beruft sich praktischerweise auf eine von der Politik selbst angeregte Untersuchung, auf die 2013 von den Bundesländern eingerichtete „Kommission für nachhaltige (Verkehrs-)Infrastrukturfinanzierung“. Der einstige Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) war ihr Vorsitzender, daher heißt sie auch Bodewig-Kommission. Sie sprach ihre Empfehlungen bereits 2013 aus. Ausgehend von diesen Daten errechnet der „Bröckel-Index“ jetzt einen täglichen Wertverlust von 12 500 000 Euro. Rund 520 000 Euro jede Stunde und 8680 Euro pro Minute „gehen dem Volksvermögen verloren“. Der Nahverkehr in den Städten sei besonders betroffen, sagt die Initiative.

> Instandhaltung ist drastisch unterfinanziert

Schon die im April 2013 eingesetzte Bodewig-Kommission sollte konkrete Handlungsempfehlungen für die (Bundes-)Politik formulieren – bisher mit wenig Erfolg. Die Länderverkehrsminister hatten deren im Oktober 2013 gegebene Empfehlungen praktisch ohne Änderungen übernommen. Der Verschleiß schreitet indes weiter voran. Eine zentrale Empfehlung lautete damals, mehr Nutzerbeiträge, sprich Maut, zu erheben. Vor allem Lastwagen sollten zur Kasse gebeten werden, auch auf Bundes- und Landesstraßen. Die Pkw-Fahrer hingegen wollte die Kommission aus Sorge um rechtliche EU-Konflikte schonen. Inzwischen gibt es eine Bodewig-II-Kommission.

Die Verkehrsminister der Bundesländer haben aber weitere Probleme, den Bund zu überzeugen, bald in sein Straßennetz zu investieren. Das ergab das jüngste Treffen der Länderminister. Bund und Länder streiten um die Nachfolge bisheriger Finanzierung.

Der „Bröckel-Index“ macht das abstrakte Thema nun konkret sichtbar, verstärkt den Handlungsdruck auf die Bundespolitik beziehungsweise drängt auf Einigung mit den Ländern. Der mit einer PR-Aktion vor dem Tagungsort der Länderminister gestartete Index legt im Großen offen, wie viel vom Bund abhängt: Am Verhandlungstisch zwischen Bund und Ländern entscheidet sich, wie viel die Gemeinden für ihre Infrastruktur bekommen, und hier sinken die Investitionen erheblich, das zeigen auch andere Studien. *SG*

Erster »failed state« der EU?

In Griechenland fallen derzeit gleich mehrere Krisen zusammen

Erheblich gestiegen ist die Gefahr, dass Griechenland als erster sogenannter gescheiterter Staat (failed state) innerhalb der Europäischen Union in die Geschichtsbücher eingeht. Bereits seit Jahresanfang läuft in Hellas eine Entwicklung ab, die mittlerweile quasi die Züge eines Volksaufstandes angenommen hat. Blokkaden wichtiger Fernstraßen durch protestierende Landwirte, haben das Land faktisch auch noch dreigeteilt. Wegen eines Streiks von Anwälten und Notaren sind seit Wochen die Gerichte Griechenlands geschlossen. Anlass zahlreicher Protestaktionen sind das Vorhaben der Regierung, die Renten zu kürzen, die Ankündigung, die Rentenbeiträge von sieben auf 20 Prozent des Einkommens heraufzusetzen sowie Steuerhöhungen.

Für die Syriza-geführte Regierung von Alexis Tsipras kommen die Massenproteste und Streiks einem politischen Desaster gleich. Es ist nur ein gutes Jahr her, dass der jetzige Regierungschef den Griechen versprochen hatte, er werde das sogenannte Spardiktat der Geldgeber beenden und die Vertreter der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) aus dem Land werfen. Die Realität sieht dagegen anders aus. In der durch Streiks und Proteste ohnehin aufgeheizten Stimmung, fordern die EU-Kommission und der Währungsfonds, dass Griechenland weitere 1,8 Milliarden Euro einsparen soll.

Dabei dürfte auch in Brüssel klar sein, dass viele der an Griechenland gestellten Forderungen momentan nicht erfüllbar sind. So kursiert in Brüssel mittlerweile sogar die Einschätzung, dass das Thema „Grexit“, ein Austritt der Griechen aus der Euro-Zone, im Juni wieder aktuell werden könnte. Beim Internationalen Währungsfonds soll es Befürchtungen geben, dass Griechenland schon Ende März Probleme haben wird, seine Schulden zu bedienen. Fällig sind bis dahin 5,5 Milliarden Euro.

> Die Proteste haben aufstandartige Züge angenommen

Ins desaströse Bild passt, dass sich auch die Lage der griechischen Banken erneut zuspitzt. Die steigende Steuer- und Abgabenlast zwingt viele Griechen dazu, nun letzte Finanzreserven anzugreifen. Das Zurückgreifen auf Konten lässt wiederum die Einlagen der Banken dahin schmelzen. Obendrein bekommen die Banken eine Folgewirkung der anhaltenden wirtschaftlichen Talfahrt des Landes zu spüren. Wie die Agentur Reuters bereits Ende vergangenen Jahres berichtete, sitzen die griechischen Banken mittlerweile auf einem Berg von über 100 Milliarden Euro an Krediten, die nicht mehr bedient werden.

Zusätzlich zu diesen Problemen kommt Griechenland auch noch eine Schlüsselrolle bei der europäischen Immigrationskrise zu. Weil Mazedonien und weiter nördlichen gelegene Länder entlang der Balkanroute nach und nach Grenzkontrollen eingeführt haben, scheint die bisherige griechische Praxis des „Durchwinkens“ von Immigranten nun an ihr Ende gekommen. In einem Interview warnte der griechische Migrationsminister Giannis Mouzalas inzwischen davor, dass in Griechenland im März bis zu 70 000 Immigranten „festsitzen werden“ und sich eine humanitäre Katastrophe anbahne. *Norman Hanert*

Freiheit von innen

Von Hans Heckel

Das politische Monatsmagazin „Compact“ klagt, dass nun auch die „Rewe“-Gruppe das Blatt aus dem Sortiment verbannt habe. Zuvor schon hatten „Edeka“ und „Thalia“ das Magazin aus dem Angebot entfernt – mit ausdrücklich politischer Begründung.

„Compact“-Verleger Kai Homilius sieht in dem Vorgang einen Angriff auf die Pressefreiheit. Man mag ihm entgegnen, dass zur Pressefreiheit auch gehöre, dass Anbieter wie die genannten selbst entscheiden dürften, welche Presse-Erzeugnisse sie anbieten. Und dass die formale Pressefreiheit dadurch nicht berührt würde und auch für „Compact“ weiterhin in vollem Umfang gesetzlich garantiert bleibe, solange nicht der Gesetzgeber selbst diese zentrale Freiheit antaste.

Doch so einfach ist es nicht: Recht und Freiheit können noch so strikt vom Gesetz garantiert sein. Um im wirklichen Leben anzukommen, müssen sie auch von den Bürgern und einflussreichen Elementen der Gesellschaft wie Parteien, Verbänden oder Unternehmen verinnerlicht sein und verteidigt werden. Sonst kann die Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen zwar in der Verfassung stehen. Wenn jedoch im Volk von Toleranz keine Spur ist, findet sie in der Praxis trotzdem nicht statt.

Die Theorie spricht hier vom äußeren („exogenen“) und dem verinnerlichten („endogenen“) Recht. Das äußere Recht ist das, was wir in den Gesetzen finden. Jenes Recht also, dass von außen, vom Staat stammt. Daneben existiert in den Bürgern selbst ihr verinnerlichtes Rechtsverständnis, das ihnen, ohne dass es dazu eines Gesetzes bedürfte, verdeutlicht, was sich gehört und was nicht.

Beides kann sehr wohl weit auseinander klaffen. So gab und gibt es Staaten, in denen Presse- und Meinungsfreiheit von Staats wegen überhaupt nicht existieren, in denen alle vom Regime abweichenden Meinungsäußerungen verboten sind. Dennoch kann es in solchen Systemen sehr wohl Räume der Meinungsfreiheit geben, weil sich die (trotz allem freiheitlich gesinnten) Bürger nicht an das Verbot halten und Verstöße freimütig tolerieren: „Moskau ist fern“ lautete die Devise jener Freiheitshaltung in der Sowjetunion.

> Der Fall »Compact«: Wie Intoleranz das Recht erstickt

Doch es kann auch umgekehrt kommen. Die Intoleranz von Bürgern oder, wie hinsichtlich „Compact“, von Konzernen kann die gesetzlich garantierte Presse- und Meinungsfreiheit zur Makulatur degradieren. Dann existieren diese fundamentalen Rechte zwar formal weiter, in der Wirklichkeit aber werden sie erstickt.

Daher ist der Fall „Compact“ ein Alarmsignal. Er markiert einen Verfall der freiheitlichen Grundgesinnung in Deutschland, auf welche diese Republik nach der Überwindung zweier Diktaturen einst so stolz war. Ohne diese Gesinnung und den von innen heraus empfundenen Drang, die Freiheit zu leben, zu verteidigen und notfalls täglich neu zu erkämpfen, aber nützen alle guten Gesetze nichts.

Das wahre Pressefoto des Jahres

Von Frank Horns

Alljährlich wählt die niederländische Stiftung World Press Photo das „Pressefoto des Jahres“. Es gilt als begehrteste Auszeichnung im Bildjournalismus. Die preisgekrönte Aufnahme soll „die fotojournalistische Verkörperung des Jahres“ darstellen. Der australische Fotograf Warren Richardson erhielt die Auszeichnung für 2015. Sein Motiv: Ein Asylsuchender reicht sein Baby beim nächtlichen Grenzübertritt durch den Stacheldraht des ungarischen Grenzzauns. Die Jury befand: „In seiner Einfachheit, vor allem durch das Symbol des Stacheldrahtes, entfaltet es eine solche Kraft.“

Nur: Auch wenn das Foto eine berührende Momentaufnahme ist, eine fotojournalistische Verkörperung des Jahres kann es nicht sein. Wer dies behauptet, verfälscht die Ereignisse rund um die Asylkrise. Er betreibt keine objektive Berichterstattung, sondern bloße Meinungsmache. Dank weitgehend offener Grenzen brauchte sich nur ein winziger Bruchteil der Zuwanderer durch Stacheldrahtverhaue zu winden. Hunderttausende marschierten ungehindert und im Widerspruch zu jeder Staatsräson gen Deutschland. Ein Bild der Agentur „action press“, aufgenommen in Slowenien, drückt dies aus (unten). Für die *PAZ* ist es das wahre Pressefoto des Jahres 2015.



Oben: Preisgekröntes Foto, aber verkörpert es wirklich 2015? Bild: Warren Richardson



Bild: action press

Frei gedacht



Ein Plan aus der Nazizeit

Von Eva Herman

Viele üble politische Pläne kennzeichnen sich seit Urzeiten durch anfängliche Geheimhaltung der Herrschenden, damit die ins Auge gefassten Ziele notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden können. Meist wissen die Menschen nur wenig über die finsteren Vorhaben, da diese von den Propaganda-Medien erst dann erwähnt werden, wenn es keine Rückkehr mehr gibt. Derzeit wird Europa systematisch verändert, am härtesten trifft es Deutschland.

Überraschend dürfte für viele sein, dass die Umsetzung eines „geeinten Zentralstaates Europa“ einst in den Amtsstuben der Nazis entstand. Es war Adolf Hitler selbst, der sich zur Verfügung gestellt hatte, die Weichen für das menschenverachtende Chaos zu stellen, welches das Abendland jetzt in die Auflösung bringt. Europa, zuvörderst Deutschland, steht nun vor unerwarteten Herausforderungen: Das Land wird in gigantischem Tempo überflutet mit Einwanderern aus fremden Ländern. Kultur und Traditionen werden in atemberaubendem Tempo vernichtet. Einstige Rechte des Nationalstaates, mit denen man sich hätte wehren können, wurden abgeschafft. Längst liegt das Zepter sämtlicher Entscheidungen in Brüssel, wo man die Uniformierung aller Menschen beschloss und seitdem über eine halbe Milliarde Bürger einer gigantischen Umerziehung unterzieht. Brüssel wurde, wie einst schon Rom, mit exorbitanten Machtfunktionen ausgestattet, damit gewisse Global-Extremisten sich die Erde Untertan machen können. Ist Brüssel auch notwendig gewesen, um die heutige Immigrationsflut in Gang zu setzen? Eindeutig ja – denn zahlreiche Grenzen europäischer Staaten wurden im selben Jahr durch das Schengener Abkommen geöffnet, in dem auch die EU gegründet wurde: 1995.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Abschaffung der nationalen Identität Deutschlands begann durch die Nazis, im Jahr 1935, auch wenn wir es anders lernten. Kurzer Rückblick: *Karl der Große*, der heute als *Vater Europas* bezeichnet wird, spielt eine entscheidende Rolle. Anfang der 30er war dies mitnichten der Fall, denn da galt der einstige Römische Kaiser zu Recht noch als übler Sachsenschlächter, der mit extremer Kriegswut, geschürt durch die Römische Kirche, seinen blutigen Zwangschristianisierungs-Wahn final an den Sachsen ausgelebt hatte: An den Ufern der Aller bei Verden ließ er 772 n. Chr. fast 5000 Sachsenfürsten hinrichten, die sich erbittert gegen die Umerziehungsmaßnahmen des mächtigen Rom zur Wehr gesetzt hatten. Ihr Anführer damals, Widukind, war bis 1935 noch in aller Munde, galt er im Volk doch als Vorbild für Mut und Treue. Man begann, Anfang der 30er Jahre, an zahlreichen Orten, Widukind-Denkmäler zu errichten, um die Erinnerung an den Sachsenfürsten wach zu halten. Im Geschichtsunterricht lernte jedes Kind die Geschichte Widukinds und seines Mörders, Karls des Großen. Doch plötzlich, von einem Tag auf den anderen, kam alles anders: Die deutsche Geschichte wurde umgeschrieben.

Die an der Uni Potsdam arbeitende Geschichtsprofessorin Sabine Kuhlmann hatte sich in ihrer Magisterarbeit von 2008, die zwei Jahre später in der Reihe „Beiträge zur Geschichte und Kultur des Elbe-Weser-Raumes“ veröffentlicht wurde, mit den bedeutsamen Zusammenhängen auseinandergesetzt. Unter dem Buchtitel: „Der Streit um Karl den Großen, Widukind und den ‚Tag von Verden‘ in der NS-Zeit. Eine Kontroverse im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Forschung und ideologischer Instrumentalisierung“ nutzt sie die Gelegenheit, um aufzuzeigen, wie vor dem Zweiten Weltkrieg das Bild des „Sachsenschlächters“ Karl der Große plötzlich ummanipuliert werden musste zum angeblichen Vater Europas, während seitdem der Sachsenfürst Widukind als germanische, ideologisch verklärte Figur unmöglich gemacht wird.

Kuhlmanns Arbeit erfüllt alle politisch korrekten Anforderungen der Jetztzeit. Sie kann sich auf keiner Seite entschließen, *für* die Haltung Widukinds einzutreten, war dieser ja von den Nationalsozialisten verehrt worden, was mit der diktatorischen Veränderung durch das Nazisystem allerdings auffällig beendet wurde. Die Autorin beleuchtet die Weihestätten Widukinds, sein Denkmal in der niedersächsischen Stadt Engern gerät ins Visier: „Emotionalisierende, pseudosakrale Präsentationen der Exponate sollten in den Besuchern eine ebensolche Kampf- und Opferbereitschaft für das von Hitler ‚gegen den Willen einer feindlichen Welt‘ geschaffene ‚Großdeutsche Reich‘ erwecken. Über einer Büste … prangte der Sinnspruch: „Solange noch ein einziger Deutscher lebt, stirbt Widukind nicht“, so Kuhlmann.

Und dann präsentiert die Geschichtsforscherin die plötzliche Wende mit Beginn der Nazi-Diktatur, wo, wie durch unsichtbaren Befehl, von einem Tag zum andern von der Verehrung Widukinds abgelassen wird und man sich auf eine völlige Neuauslegung der Widukind-Karl-Geschichte geeinigt zu haben schien. So berichtet Kuhlmann noch von einem Zusammentreffen des NS-Parteifunktionärs Heinrich Himmler mit dem „NS-Chefideologen“ Alfred Rosenberg am 21. Juni 1935 zur Einweihung der Widukind-Gedächtnis-Stätte Sachsenhain. Sie zitiert Rosenberg, der bekräftigte, dass der Einfall ‚Karls des Franken‘ in Deutschland „eine furchtbare Niederlage für das deutsche Volk“ gewesen sei, seine Rede endete: „An dieser Stätte sollen sich nunmehr Jahr für Jahr die Kinder Niedersachsens, die Nachkommen jener, die hier erschlagen wurden, zusammenfinden, um erneut ein Bekenntnis für den großen Jahrtausende alten Freiheitskampf der Ahnen abzulegen. Wir wissen, dass der Kampf der Sachsen ein Freiheitskampf für ganz Deutschland war und bekennen uns zu dem Schluss des alten Niedersachsenliedes ‚Heil Herzog Wittekinds Stamm‘.“

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

An dieser Stelle wechselt die Autorin lediglich auf den nächsten Absatz, um ohne tiefere Erklärung fortzufahren mit der plötzlichen Umschreibung der deutschen Geschichte: „Die Verwirklichung von Himmlers und Rosenbergs Visionen wurde jedoch durchkreuzt vom Umschwung in der nationalsozialistischen Karl-Widukind-Deutung. Nachdem Hitler sich *für* Karl den Großen ausgesprochen hatte, schien ein Ort, der an dessen ‚schlimmstes Verbrechen‘ erinnerte, als gesamtdeutscher Wallfahrtsort nicht mehr geeignet. So fanden, als die Anlage im Jahr 1936 endlich fertiggestellt war, keinerlei Abschlussfeierlichkeiten statt. Der Sachsenhain wurde von der 1936 gegründeten, SS-eigenen *Gesellschaft für Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler e.V.* übernommen und diente in erster Linie nur noch als Schulungs-und Begegnungsstätte regionaler SS-Verbände.“

Welcher Umschwung? Was hatte die Ziele Hitlers plötzlich verändert und für die politische Kehrtwende gesorgt? In wessen Interesse hatte die jähe Abwendung deutschnationaler Interessen mitten in der Nazizeit stattgefunden? Karl der Große wurde vom einstigen Sachsenschlächter fortan zum angeblichen „Erbauer eines geeinten Europas“ aufgebaut, so Kuhlmann: „Insgesamt verschwand das öffentliche Interesse an den Sachsenkriegen weitgehend, und während Widukind seine Stellung in Schule, Wissenschaft und Literatur verlor, rückte die Gestalt Karls des Großen verstärkt in den Vordergrund … Was aber noch vor wenigen Jahren Streit und Forschungsproblem der Gelehrten war, ist für die heutige Generation längst Selbstverständlichkeit.“

Dass es Hitler selbst gewesen war, der dies in Gang setzte, bleibt bis heute unerklärlich. Seit 1950 wird der Karlspreis verliehen, vor allem an EU-Politiker für ihre „Verdienste an der europäischen Einigung“.

Gläserner Brückenschlag

Plastiken unter neuem Deckengewand – Das Duisburger Lehmbruck-Museum versucht einen Neuanfang

Das Duisburger Lehmbruck-Museum hatte in vergangenen Jahren viel zu leiden – angeblich auch wegen der „Love Parade" von 2010. Jetzt soll vieles besser werden.

Im April 1956 beschloss die Stadt Duisburg auf Initiative ihres Oberbürgermeisters August Seeling den Neubau eines Museums für moderne Kunst. Das Ziel: ein Haus für die Skulptur des 20. Jahrhunderts zu etablieren und die Sammlungen in einem attraktiven Gebäude zusammenzuführen. Der Auftrag für diesen Neubau auf dem innerstädtischen Villengelände des Immanuel-Kant-Parks erhielt der Architekt Manfred Lehmbruck (1913–1992), Sohn des Bildhauers und Namensgebers des Museums, Wilhelm Lehmbruck (1881–1919).

Wegen der unterschiedlichen Funktionen, die der neue Museumsbau zu erfüllen hatte, gestaltete Lehmbruck auch die drei Bauabschnitte des Museums sehr verschieden. Ursprünglich war die Große Glashalle, die sich auf mehreren Ebenen und Laufwegen ausdehnt, nicht nur für die Sammlungen, sondern auch noch für Wechselausstellungen gedacht. „Die Versetzung um Halbgeschosse und die Anordnung von Geschossen mit wechselnden Niveaustufen soll ein Maximum an Flexibilität und visuellen Durchblicken erlauben", berichtet Andreas Benedict, der Pressesprecher des Museums.

Im Gegensatz zu der transparenten Hallenkonstruktion der Großen Halle verarbeitete Lehmbruck für das skulpturale und malerische Lebenswerk seines Vaters auf der linken Seite der Kassenhalle einen betont nach innen gewandten Stahlbetonbau, der sich auf mehreren Galerieebenen mit langen Treppenläufen tief in die Erde eingräbt.

Um ein offenes zentrales Atrium, das als strenges Quadrat gestaltet ist, werden die Binnenräume an der Nord- und Südseite von jeweils zwei gegeneinander versetzten und gewölbten Betonschalen begrenzt. An den Nahtstellen öffnet sich das Haus mit wandhohen Fenstern jeweils zum Park.

Schon bald nach der Eröffnung des Museums im Jahre 1964 stellte sich heraus, dass die ständig anwachsenden Sammlungen und innermusealen Bedürfnisse eine Erweiterung verlangten. Der Rat der Stadt Duisburg entschied sich in Anlehnung auf die (nicht realisierte) Übernahme der Buchheim-Sammlung, der Dauerleihgabe einer expressionistischen Gemälde- und Grafiksammlung, im Mai 1983 schließlich für einen Erweiterungsbau, der erneut nach dem Entwurf von Manfred Lehmbruck und in Kooperation mit dem Dortmunder Architekten Klaus Hänsch ausgeführt wurde. Für diesen Komplex wurden drei verschieden große und fensterlose Kuben auf quadratischem Grundriss miteinander verzahnt.

Eine gläserne Brücke stellt die Verbindung zwischen der Großen Halle und den neu gewonnen Räumen für die Wechselausstellungen (750 Quadratmeter) her. Die Galerien umfassen einen großen und hohen Innenraum, in dem raumgreifende Arbeiten präsentiert werden können. Neben den neuen Sammlungs- und Ausstellungsflächen nimmt der Anbau auch zuvor fehlende Nutzräume wie Bibliothek, Verwaltungsräume, Werkstätten und Depots auf.


Wilhelm Lehmbruck, „Stehende weibliche Figur" (1910) Bild: Lehmbruck Museum

Das Museum besitzt nach eigenen Angaben fast das gesamte Lebenswerk von Wilhelm Lehmbruck, nachdem es 2009 gelang, auch den Nachlass des Bildhauers aus Familienbesitz zu sichern. „Hierdurch erhebt es den Anspruch und das Ziel, ein über Deutschland hinaus führendes Kompetenzzentrum für die internationale Plastik und Objektkunst des 20. und 21. Jahrhunderts zu sein", so Benedict.

Doch es sind nicht nur positive Nachrichten, die das Museum der Öffentlichkeit mitzuteilen hatte. So wurde beispielsweise im März 2012 die sofortige Schließung des Museums wegen akuter Baumängel verfügt – damals waren die 1964 eingebauten Deckenplatten beanstandet worden.

Auch die Zeit von Raimund Stecker als Museumsdirektor endete wenig rühmlich. Noch innerhalb der einjährigen Kündigungsfrist musste Stecker seinen Hut nehmen und seinen Posten räumen. „Hintergrund der Vertragsauflösung sind immense Defizite, die Stecker in seiner knapp dreijährigen Dienstzeit als Museumschef angehäuft hatte. Um nicht die Insolvenz des Museums zu riskieren, musste das Kuratorium sogar Stiftungskapital angreifen, um Defizite auszugleichen", berichtete die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" am 21. Mai 2013. Die Kunsthistorikerin Söke Dinkla ist seitdem seine Nachfolgerin.

In ihre Amtszeit fällt die „Totlast". So sollte ein Kunstwerk heißen, dass Gregor Jansen für das Duisburger Museum anfertigte. Das Ergebnis? Oberbürgermeister Sören Link sagte das Kunstwerk dann im Sommer 2014 quasi im Alleingang ab. Als Begründung mussten Bezüge zur Love-Parade 2010 herhalten. Mit Ruhm hat sich dabei wahrlich niemand bekleckert. *Andreas Rüdig*

Bis zum 5. Juni sind Ausstellungen der kalifornischen Künstlerin Lynn Hershman Leeson und des tschechischen Medienkünstlers Jakub Nepras zu sehen. Am 16. März startet „Johannes Brus – Probe zu: Tanzen für Brancusi". Geöffnet an der Friedrich-Wilhelm-Straße 40, 47051 Duisburg, von Dienstag bis Freitag 12 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 17 Uhr. Eintritt: 9 Euro. www.lehmbruckmuseum.de

MELDUNGEN

Mini-Kunst in Puppenstube

Wolfsburg – In der Autostadt wurde jetzt die wohl kleinste Kunsthalle der Welt eröffnet. Die Kunsthalle Marcel Duchamp auf dem Hollerplatz vis-à-vis vom Eingang des Kunstmuseums Wolfsburg ist so klein, dass sie niemand betreten kann, denn sie ist gerade einmal einen viertel Kubikmeter groß. Und trotzdem vereint sie auf zwei Geschossen neun Künstler aus fünf Ländern wie Duchamp, Meret Oppenheim, Joseph Beuys, Dieter Roth, Ed Ruscha, Aldo Walker, Robert Gober, Vik Muniz und Sonja Alhäuser. Die Puppenstube ist sieben Tage die Woche 24 Stunden durchgehend „geöffnet", zeigt im Miniaturformat einen repräsentativen Querschnitt an Meisterwerken des 20. und 21. Jahrhunderts und kostet keinen Eintritt. Zur Ausstellung ist ein Katalogbuch erschienen: „La Broyeuse de chocolat. Kunsthalle Marcel Duchamp at Mathildenhöhe Darmstadt", Verlag für Moderne Kunst, Nürnberg, 336 Seiten, 20 Euro. *tws*

Gussgeschichten von Kollwitz

Köln – Anlässlich seines 30. Jubiläums veröffentlicht das Käthe-Kollwitz-Museum das erste Werkverzeichnis der Plastik von Kollwitz. Begleitend dazu stellt die Ausstellung „Gussgeschichte(n)" das plastische Werk der Königsberger Künstlerin in Gips, Stucco, Bronze und Zink vom 4. März bis zum 5. Juni in den Mittelpunkt. Zum ersten Mal überhaupt bietet sich die Gelegenheit, im direkten Vergleich die Auflagen unterschiedlicher Güsse ein- und desselben Modells nachzuvollziehen und auch nicht autorisierte, illegale Reproduktionen zu erkennen. Info: www.kollwitz.de *tws*

Ein Name, ein Roman

Dass Harper Lee am 19. Februar gestorben ist, war vielen Feuilletons einen ähnlich großen Beitrag wert wie die zum Tod des am selben Tag verstorbenen Umberto Eco. Das ist erstaunlich. Denn während man den italienischen Semiotiker sofort mit seinem Roman „Der Name der Rose" und dessen Verfilmung aus den 80ern in Verbindung bringt, herrscht bei vielen Rätselraten, wenn der Name Harper Lee fällt. In den USA ist das genau umgekehrt. Da denken viele beim Namen Eco an billige Flugsitze (Eco – Economy-Klasse). Bei Harper Lee fällt dagegen sofort der Groschen. Es gibt kaum einen US-Bürger, der nicht ihren autobiografischen Roman „Wer die Nachtigall stört" kennt. Seit 1960 gehörte das Werk für Millionen von Schülern zur Pflichtlektüre, und nahezu jeder kennt den daraus entstandenen oscarprämierten Film mit Gregory Peck, der hierzulande kaum jemals im Fernsehen läuft. Anders als Eco holte die in den Südstaaten aufgewachsene Lee, die eine Sandkastenfreundin des US-Autors Truman Capote („Frühstück bei Tiffany") war, kurz vor ihrem Tod zu einem zweiten Paukenschlag aus. Im Sommer 2015 erschien weltweit gleichzeitig ihr zweiter, schon 1957 entstandener Roman „Gehe hin, stelle einen Wächter", eine Art Fortsetzung ihres ersten Buchs, das den Rassismus gegenüber Negern anprangert. Ja, „Neger"! Im Buch entschuldigt sich der Rowohlt Verlag beinahe, „negro" auf diese Weise zu übersetzen. *H. Tews*

Zwischen den Polen

Gründer der Künstlergruppe »Der Blaue Reiter« – Vor 100 Jahren fiel Franz Marc im Krieg

Am Morgen des 4. März 1916 schrieb Franz Marc eine Karte an seine Frau Maria. Seine Worte formulierten deutlich seine Sehnsucht nach der Heimkehr. Nachhause zu seiner Frau zog es den kriegsfreiwilligen Künstler, nach Ried, in das abgeschieden gelegene Haus im oberbayrischen Benediktbeuren. Es war die letzte Karte, die er schrieb. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde Marc bei einem Erkundungsritt nahe Verdun von Granatsplittern tödlich getroffen. Er starb im Ersten Weltkrieg, kurz nach seinem 36. Geburtstag, vor 100 Jahren.

Bei der Erwähnung des 100. Todestages wird sich der eine oder andere an diejenigen Bilder des Franz Marc erinnern, die ihn bekannt gemacht haben. Motive wie die blauen Pferde, die roten Pferde oder der Mandrill. Beliebte Postkarten. Doch der Künstler Marc ist weitaus komplexer und anspruchsvoller. Ein Herunterbrechen auf bunte Tierbilder wird ihm nicht gerecht.

Es gibt etliches über diesen Künstler zu wissen, was dem Verstehen seines Werkes und dem Begreifen seiner Person zuträglich ist. Zum Beispiel seine okkulten Neigungen, sein Hang zur Esoterik. Oder dass er seinen Vornamen Franz wohl der Freundschaft seiner Eltern mit dem Philosophen Franz von Brentano zu verdanken hat. Doch geprägt haben Marc vor allem die konträren Einflüsse der Eltern. Vater Wilhelm Marcs Faible für das Sinnieren erbte der Sohn. Er wurde schon als Kind der kleine Philosoph genannt. Der calvinistischen Erziehung der Mutter ist es wohl zuzurechnen, dass Marc das religiöse Ideal der Reinheit hochhielt, das für ihn zum maßgeblichen


Von einem Blauen Reiter gemalt: „Die großen blauen Pferde" Bild: Archiv

Impuls wurde. Nicht nur im Hinblick auf Philosophie sondern auch in seinem Werk, im Umgang mit Farbe und Form.

Die Eltern stellen zwei Pole dar: hier der Vater mit Aufgeschlossenheit zur Welt, Interesse an Bildung, Wissensdurst; dort die Mutter mit moralischer Weltsicht und Religiosität. In diesem Spannungsfeld wuchs Marc heran, in gewisser Weise als Suchender, der sich zwischen diesen so unterschiedlichen Welten hin und her bewegt. Dass er zunächst die Theologenlaufbahn, später das Philologiestudium in Betracht zog, zeigt sein Pendeln zwischen den Welten der Eltern. Seine berufliche Suche sagt viel über sein Wesen. Seine Rolle in der Gesellschaft interessierte ihn nicht. Er wollte ankommen. Er wünschte sich die Kraft, sich seinem Leben, seinem Lebenszweck zu widmen. Schließlich entwickelte er die Idee, Maler zu werden, schrieb sich 1900 an der königlichen Akademie ein und begann mit seinen künstlerischen Studien. Skizzen entstehen, Porträts und Landschaften folgen.

Die Berührung mit Nietzsche und seinem Werk hatte ebenfalls großen Einfluss auf den jungen Marc. Wieder gibt es hier den Gegensatz zwischen Religion und gedanklicher Freiheit, wie er ihn bei den Eltern bereits erlebt hat. Seine Kunst wird seine Religion, im schöpferischen Akt entdeckt er Transzendenz. Wenn er durch die Natur streifte, nur von seinem Hund begleitet, schärfte er die Sinne, ließ Wahrnehmungen auf sich einprasseln und gab dem Ausdruck, was sein Stift einzufangen vermochte. Das erste erhaltene Skizzenbuch von Marc stammt aus dem Jahr 1904, aus seiner Studienzeit ist kaum etwas belegt.

Eigensinnig und introvertiert, wie er war, fand er keinen rechten Zugang zu seinen Kollegen an der Akademie, zu denen auch Paul Klee und Wassily Kandinsky gehörten. Er blieb ein Suchender, der in seinen Briefen an die Eltern, vor allem an die Mutter, stets zahlreiche Bilder, Zeichnungen und Studien erwähnte, die jedoch nie gefunden wurden. Sein Abwarten, eine stets vorhandene Zurückhaltung, aktiv zu werden, stand offenbar einem vorzeigbaren Erfolg entgegen. Gleichzeitig verspürte er den Wunsch, den Eltern mitzuteilen, was er sich selbst so sehr ersehnt hat: Dass er seinen Platz im Leben gefunden hatte, dass er angekommen war. *Stephanie Sieckmann*

Buchtipp: Wilfried F. Schoeller: „Franz Mark. Eine Biographie", Hanser Verlag, München 2016, gebunden, 400 Seiten 26 Euro.

Kinokritik

Das kurze Leben der Anne Frank ist bereits ein gutes halbes Dutzend Mal verfilmt worden. Der bekannteste Film ist dabei der dreifach oscargekrönte Hollywoodfilm mit Shelley Winters von 1959. Nach weiteren Produktionen aus England, Holland, Tschechien und Japan war es nur eine Frage der Zeit, bis auch eine deutsche Fassung in die Kinos kommt. Regisseur Hans Steinbichler hat mit dem aktuell in den Kinos laufenden **„Das Tagebuch der Anne Frank"** pflichtschuldig eine Verfilmung abgeliefert, wohlwissend, dass dabei finanziell nicht viel schiefgehen kann. Die Schulklassen werden die Kinos schon bevölkern, auch wenn der Film sonst die wenigsten groß berührt. Es sollten ihm Ulrich Noethen und Martina Gedeck als Annes (Lea van Acken) Eltern großes Gefühlskino werden, doch es blieb nur bei der üblichen Betroffenheits-Romantik. Statt echtem Mitgefühl fürs Leiden der jüdischen Familien, die sich in einer engen Amsterdamer Hinterhofbehausung vor den Nationalsozialisten versteckt halten, hat man am Ende nur wenig mehr als Mitleid für sie übrig. Allzu aufdringlich ist die Nähe der Kamera zu den Darstellern, das Entsetzen wird in Großaufnahme gezeigt, ganz so, als wolle man den zu eigenen Urteilen unfähigen Zuschauern das Leid mit der Faust aufs Auge drücken. Fazit: ein handwerklich gelungener Film, der so aber weit übers Ziel hinausschießt. *tws*

Gefesselte Ritter der Tiefe

Vor 100 Jahren erreichte der Disput um den U-Boot-Krieg seinen vorläufigen Höhepunkt – Rücktritt des Großadmirals von Tirpitz

Die Ereignisse des Jahres 1915 bestätigten die Leistungsfähigkeit deutscher U-Boote und deren Unverzichtbarkeit für die Seekriegführung. Zugleich bekräftigten sie die Forderung zahlreicher Militärs nach einer erneuten Konzentration der deutschen Kriegsanstrengungen zur See auf die Führung des Unterseehandelskrieges. Der Disput darüber erreichte am 4. März 1916 einen Höhepunkt und endete mit dem Rücktritt einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Marinegeschichte.

Gleich zu Beginn des Jahres 1916 flammte die kurzzeitig ausgesetzte Diskussion um den uneingeschränkten Handelskrieg mit U-Booten mit unverminderter Heftigkeit wieder auf. Die Marineführung trat fast geschlossen für dessen sofortige Wiederaufnahme ein, während Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Außen-Staatssekretär Gottlieb von Jagow vor Beschreiten dieses Weges einen Kriegseintritt der USA aufseiten der Entente unbedingt auf diplomatischem Wege zu verhindern suchten. Zudem wollten sie sich die Möglichkeit zur Führung annehmbarer Friedensverhandlungen offenhalten, die bei einer Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr bestanden hätte. Admiral Henning von Holtzendorff, der Chef des Admiralstabes, hielt den uneingeschränkten U-Boot-Krieg nur dann für sinnvoll, wenn der Bruch mit den USA ohnehin unvermeidbar gewesen wäre. Schließlich setzte der Kaiser der Diskussion am 11. Februar ein vorläufiges Ende, indem er es den U-Booten erlaubte, ab dem 29. Februar bewaffnete feindliche Handelsschiffe wie Kriegsschiffe zu behandeln und anzugreifen.

Die Forderung der Marineleitung nach einem von allen Fesseln befreiten U-Boot-Krieg wird in einer Denkschrift vom 12. Februar 1916 deutlich, in der nach einer ausführlichen Untersuchung der feindlichen Wirtschaftskraft und der Möglichkeiten des U-Boot-Krieges konstatiert wird, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg durch die zu erwartenden britischen Tonnage- und Frachtverluste mit Sicherheit nach längstens sechs Monaten dazu führen würde, dass sich Großbritannien aus wirtschaftlicher Not zum Friedensschluss gezwungen sähe. Die möglichen politischen Konsequenzen des von ihr propagierten militärischen Vorgehens ließ die Marine dabei fast vollkommen außer Acht.

Den in diesem Papier aufgestellten Berechnungen und zum Ausdruck gebrachten Erwartungen trat der Reichskanzler seinerseits am 29. Februar in einer Denkschrift, die der Historiker Gerhard Ritter als „eines der eindrucksvollsten Dokumente seiner Amtszeit“ bezeichnet, energisch entgegen. Er erklärte die von der Marineführung gemachten Prognosen und aufgezeigten Verfahrenswege für spekulativ und unzureichend und als Grundlage politischer Entscheidungen für ungeeignet. Weiter führte er aus, dass mit einem Nachgeben Großbritanniens nicht zu rechnen sei, da dies dem britischen Eingeständnis gleichkomme, die Seeherrschaft verloren zu haben. Bevor sich Großbritannien hierzu entschließen könne, würde es „den letzten Mann und den letzten Groschen opfern“.

Außerdem sah Bethmann Hollweg die außenpolitischen Folgen eines Bruches mit den Vereinigten Staaten mit großer Klarheit voraus, ohne deshalb die vollständige Aufgabe des U-Boot-Krieges zu fordern. Er schlug daher eine an einschränkende Regeln und Weisungen gebundene Führung des Unterseehandelskrieges vor und erklärte abschließend, dass ein unter diesen Umständen eintretendes Zerwürfnis zwischen beiden Staaten dann ein schicksalhaftes Ereignis sei. Die Tatsache, dass es nur ein Jahr später tatsächlich zu einem Bruch mit den USA kam und dass der uneingeschränkte Unterseehandelskrieg nicht zu dem von der Marineführung erwarteten Erfolg führte, zeigt, dass der originär nicht mit Fragen der Seekriegführung befasste Politiker Bethmannn Hollweg die Möglichkeiten und Gefahren des U-Bootkrieges wesentlich realistischer einzuschätzen und gegeneinander abzuwägen verstand als die Fachleute in der Marineleitung.



Bild: Archiv

Wollte den rücksichtslosen Einsatz der U-Boote: Alfred von Tirpitz

Während eines Vortrages vor dem Kaiser am 4. März 1916 erhielten die Kontrahenten Gelegenheit, ihre Meinungen darzulegen. Die Militärs sprachen sich angesichts der Seekriegslage und der von der Marineleitung aufgestellten günstigen Prognosen für eine sofortige und rücksichtslose Führung des U-Boot-Krieges aus. Der Reichskanzler dagegen, der sich in diesem Punkt plötzlich einer gemeinsamen Opposition von Heeres- und Marineleitung gegenüber sah, lehnte dies nachdrücklich ab und weigerte sich wegen der möglichen Gefahr eines Kriegseintritts der USA und der von ihm angezweifelten Effektivität des Unterseehandelskrieges, die politische Verantwortung für derartige militärische Maßnahmen zu übernehmen. Admiral Holtzendorff, der den von den Militärs geforderten Schritt grundsätzlich befürwortete, schlug schließlich als Mittelweg vor, unverzüglich alles zu unternehmen, um die amerikanische Regierung und die öffentliche Meinung in den USA von der Notwendigkeit und Legitimität des deutschen Vorgehens gegen Großbritannien zu überzeugen und so den USA einen Bruch mit dem Deutschen Reich aus politischen, juristischen und moralischen Gründen unmöglich zu machen oder zumindest für einige Zeit zu erschweren.

Schließlich entschied der Kaiser, dass die Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges vom 1. April an aus militärischen Gründen unerlässlich sei, da er allein einen vollen Erfolg in der Seekriegführung garantiere. Der Befehl dazu sollte allerdings erst gegeben werden, wenn es dem Reichskanzler bis dahin gelungen war, den Militärs durch geschickte diplomatische Vorbereitung freie Hand zu verschaffen.

Damit hatte Bethmann Hollweg mit Unterstützung des Admiralstabschefs einen Teilerfolg errungen, denn die endgültige Entscheidung über den zukünftigen Charakter des Handelskrieges mit U-Booten war verschoben worden. Den neuen Befehlen zufolge, die mit ausdrücklicher Billigung des Kaisers erlassen wurden, waren in dem schon früher bezeichneten Kriegsgebiet um die Britischen Inseln alle feindlichen Handelsschiffe ohne Warnung zu vernichten, während außerhalb des Kriegsgebietes nur bewaffnete Handelsschiffe versenkt werden sollten. Passagierschiffe durften unter keinen Umständen im Unterwasserangriff attackiert werden, unabhängig davon, ob sie bewaffnet waren oder nicht. Von einer Untersuchung der Schiffe war wegen der damit verbundenen Gefahren für U-Boot und Besatzung grundsätzlich abzusehen.

Einer, der sich diesmal aus dem Disput zwischen Militärs und Politikern herausgehalten hatte, war Großadmiral Alfred von Tirpitz, seit 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamtes im Ministerrang. Eigentlich im Schlachtflottendenken befangen, hatte er bereits nach wenigen Kriegsmonaten erkennen müssen, dass seine seestrategischen Vorstellungen angesichts der geostrategischen und militärischen Verhältnisse obsolet waren. So wurde aus dem führenden Protagonisten des Flottenbaus einer der entschiedensten Verfechter eines forcierten, von völkerrechtlichen und politischen Rücksichtnahmen befreiten Einsatzes der U-Boote, da nur dieser noch Erfolge im Seekrieg zu bringen versprach. Schon mehrfach hatte Tirpitz versucht, durch Rücktrittsdrohungen in dieser Hinsicht Druck auf die Reichsleitung und den Kaiser auszuüben, war damit aber gescheitert. Im Urteil Ritters waren diese ultimativ an den Monarchen gerichteten Abschiedsdrohungen einmalig in der Geschichte des deutschen Offizierkorps und zeigten, dass Tirpitz sein „militärisches Unternehmen zum Selbstzweck und zu einer reinen Prestigefrage“ geworden war.

Auf den für ihn unbefriedigenden Ausgang dieser erneuten Auseinandersetzung über die Führung des U-Boot-Krieges reagierte der gekränkte Tirpitz mit einem weiteren Rücktrittsgesuch. Anders als die Male zuvor gab der Kaiser dem statt, so dass Tirpitz am 15. März in den Ruhestand trat. Mit ihm schied ihr Schöpfer aus den Diensten der Kaiserlichen Marine, der mit seinem markanten Äußeren für Jahrzehnte in doppelter Hinsicht ihr Gesicht gewesen war.

Jan Heitmann

Als Winston Churchill vom »Eisernen Vorhang« sprach

Vor 70 Jahren hielt der britische Ex-Premier in Fulton eine Rede, an der manche den Beginn des Kalten Krieges festmachen

Anfang 1946 gab es in den Vereinigten Staaten noch zahlreiche Befürworter einer weiteren Kooperation mit der Sowjetunion. Hierzu zählten beispielsweise General Lucius D. Clay, seinerzeit stellvertretender Gouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, und Außenminister James F. Byrnes. Sie konnten sich dabei auf den im Vorjahr verstorbenen 32. Präsidenten Franklin D. Roosevelt berufen, der in seiner letzten Botschaft an den Kongress mit Blick auf die UdSSR gemahnt hatte: „Wir müssen die Verantwortung für die internationale Zusammenarbeit übernehmen, widrigenfalls würden wir Verantwortung für einen neuen globalen Konflikt tragen.“

Doch genau den gedachte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman zu riskieren, um die sowjetische Außenpolitik zu konterkarieren, die auf die massive Unterstützung der kommunistischen Bewegungen und die Schaffung moskauhöriger Satellitenstaaten in Ost- und Südeuropa hinauslief. Deshalb versuchte er, seinen Landsleuten zu vermitteln, dass man Josef Stalin nicht mehr länger als Verbündeten betrachten dürfe. Hierzu spannte Truman unter anderem den vormaligen britischen Premierminister Winston S. Churchill ein, dessen Popularität in den USA ungebrochen war, obwohl er seit der verlorenen Unterhauswahl vom Juli 1945 nur noch als Oppositionsführer fungierte. Insofern handelte es sich also um einen in jeder Hinsicht wohlkalkulierten und alles andere als spontanen Auftritt des angeblichen „Privatmannes“ Churchill, als dieser am 5. März 1946 im winzigen Westminster College in der ebenfalls völlig unbedeutenden Kleinstadt Fulton (Missouri) seine mittlerweile legendär gewordene Rede über „Die Kraft des Friedens“ hielt, deren Inhalt er zuvor im Nachtzug aus Washington mit dem US-Präsidenten abgestimmt hatte.

> Die im Hörfunk übertragene Rede war wohlkalkuliert, mit Truman abgesprochen und laut Churchill die wichtigste seiner Karriere

Der Ansprache folgten vor Ort neben Truman an die 350 Studenten des Colleges, einige lokale Honoratioren und diverse zusammengetrommelte Pressevertreter, aber sie war in den ganzen USA im Radio zu hören. In ihr kritisierte Churchill unter anderem die Exzesse bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Reiches. Das war natürlich starker Tobak, denn immerhin hatte er die sogenannten Massenausweisungen während seiner Amtszeit als Premierminister selbst mit initiiert. Allerdings erregten die folgenden Sätze noch wesentlich größeres Aufsehen: „Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein ‚Eiserner Vorhang‘ über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas: Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre und alle sind sie in dieser oder jener Form nicht nur dem sowjetrussischen Einfluss ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmendem Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen ... Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen.“ Das aber „ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben. Es ist nicht ein Europa, das die unerlässlichen Elemente eines dauernden Friedens enthält.“

Hiermit erklärte Churchill Sowjetrussland praktisch zum neuen Feind des Westens und der gesamten freien Welt – genau wie Truman dies wollte. Nach der Rede war der „Eiserne Vorhang“ plötzlich in aller Munde. Dabei war der Brite nicht der erste, der den bühnentechnischen Begriff für den in Theatern und Opernhäusern dem Brandschutz dienenden Schutzvorhang im politischen Kontext verwendete. Das hatten vor ihm schon die englische Schriftstellerin Violet Paget alias Vernon Lee und der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg zur Zeit des Ersten Weltkriegs getan. Ebenso brachten der russische Schriftsteller Wassilij Rosanow und der britische Botschafter in Deutschland, Edgar Vincent, diese Metapher 1918 beziehungsweise 1924 ins Spiel. Adolf Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels hatte das Bild sogar im selben Zusammenhang verwandt. Am 25. Februar 1945 schrieb er in der NS-Wochenzeitung „Das Reich“, wenn die Russen den Krieg gewännen, käme es zur Besetzung weiter Teile Europas sowie Deutschlands. Und dann „würde sich sofort ein eiserner Vorhang herunter senken, hinter dem dann die Massenabschlachtung der Völker, wahrscheinlich noch unter dem Beifall der Londoner und New Yorker Judenpresse, begänne.“

> Schon vor dem Kriegsende hatte Goebbels für einen russischen Sieg den Fall eines »eisernen Vorhangs« vorausgesagt

Bei allem Aufsehen, das Churchills Rede in Fulton, von der sich die britische Regierung sofort entschieden distanzierte, erregte, läutete sie jedoch nicht den Kalten Krieg ein. Daran ändert auch nichts, dass jenes landläufig behauptet wird. Zwar war Stalin wenig erbaut von den Worten seines früheren Verbündeten und polterte am 13. März in einem Interview mit der Parteizeitung „Prawda“ zurück, die Menschen in den Ländern im Osten und Süden Europas hätten ihr Blut für die „Rettung der Freiheit und Unabhängigkeit“ vergossen „und nicht, um die Herrschaft Hitlers mit der Churchills zu vertauschen“. Doch löste er damit noch keinen durchgreifenden Sinneswandel auf der anderen Seite des Atlantiks aus – genausowenig, wie dies dem britischen Ex-Premier mit dem von Truman veranlassten Auftritt in Fulton gelungen war. Wenn Churchill auch von der „wichtigsten Rede“ seiner Karriere sprach, brauchte es zum Umdenken in den USA weitere gravierende Differenzen mit Moskau, wie sie beispielsweise aus den Bemühungen der Sowjetunion resultierten, nun auch in Griechenland und der Türkei sowie dem Iran prosowjetische kommunistische Regierungen zu installieren. Erst diese ermutigten Truman am 12. März 1947, also ein Jahr nach Churchills Rede, vor dem US-Kongress zu fordern, dass es ab sofort die neue Staatsdoktrin der USA sein müsse, konsequent sämtlichen Völkern beizustehen, welche sich gegen die Expansionsbestrebungen und Einflussnahmeversuche des Kremls wehren – was den tatsächlichen Beginn des Kalten Krieges markiert.

Wolfgang Kaufmann

»Ein wahrer Hanswurst«

Die Lieblingstochter des Soldatenkönigs, Philippine Charlotte, wurde vor 300 Jahren geboren

Zur Festigung der Bande zwischen den beiden bedeutendsten protestantischen Häusern Norddeutschlands wählte Friedrich Wilhelm I. eine Doppelhochzeit zwischen Geschwistern. Er verheiratete nicht nur seinen Thronerben mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern, sondern auch seine Lieblingstochter mit Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel. Am 13. März 1716 kam die Schwester und Schwägerin Friedrichs des Großen in Berlin zur Welt.

Friedrich der Große hatte insgesamt 13 Geschwister, von denen vier, nämlich Friedrich Ludwig, Friedrich Wilhelm, Charlotte Albertine und Ludwig Karl Wilhelm, schon im frühen Kindesalter starben. Zu den restlichen drei Brüdern und sechs Schwestern entwickelte der Preußenkönig ein sehr unterschiedliches Verhältnis.

So machte er den zehn Jahre jüngeren August Wilhelm zwar zum offiziellen Thronfolger, entzog ihm aber 1757 nach der verlorenen Schlacht von Kolin das Vertrauen. Und auch der eitle Heinrich und der verwöhnte August Ferdinand waren Friedrich II. kaum ans Herz gewachsen, zumal sich letzterer auch noch als Spielernatur entpuppte und beide Unmengen von Schulden anhäuften. Ebenso wenig schätzte der König seine Schwestern Friederike Luise – er charakterisierte sie als „engelschön, aber launisch“ sowie „schlecht erzogen“ – und Luise Ulrike, die 1744 den schwedischen Kronprinzen heiratete und von Friedrich dem Großen durchaus zu Recht als „jähzornig, hochmütig und intrigant“ beschrieben wurde.

Dahingegen pflegte er zu seinen anderen vier Schwestern sehr enge und herzliche Beziehungen: Die zweieinhalb Jahre ältere Wilhelmine galt ihm als „der beste Freund der Welt“, an Sophie Dorothea Marie liebte er vor allem deren gütiges Wesen, und das etwas überspannte Nesthäkchen Anna Amalie, das zeitlebens unverheiratet blieb, stieg dann sogar ab 1758 zur engsten weiblichen Vertrauten des preußischen Herrschers auf.

Außerdem gab es da noch Philippine Charlotte, die am 13. März 1716 in Berlin geboren worden war. „Lotte“ avancierte bald zur Lieblingstochter ihres Vaters, des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., weil sie ihm vom Wesen her am meisten ähnelte. Das wiederum frustrierte Wilhelmine, die gerne im Mittelpunkt stand und Charlotte vorwarf, sie schmeichele sich allerorten ein und sei zutiefst falsch. Und tatsächlich konnte die Prinzessin auch durchaus intrigant auftreten, wie sie beispielsweise im März 1732 unter Beweis stellte, als Friedrichs Braut Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern das erste Mal in Berlin weilte. Damals ätzte Charlotte bei Tisch: „Ich wohnte eines Morgens ihrer Toilette bei, und mir verging der Atem, denn sie roch ganz erbärmlich, sie muss mindestens zehn oder zwölf Fisteln haben, anders lässt sich der Geruch nicht erklären. Ich bemerkte auch, dass sie schief gewachsen ist.“ Das jedoch war von vorne bis hinten erlogen.

Nichtsdestotrotz liebte Friedrich II., dem wenig an Elisabeth lag, Charlotte genauso sehr wie der Vater. So äußerte er wiederholt, ihm gefalle die Munterkeit und der Mutterwitz seiner Schwester – wenngleich sie manchmal „ein wahrer Hanswurst“ sei und Briefe voller Mutwillen schreibe.

> Einem ihrer 13 Kinder verdankt die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek ihren Namen

Mit letzterem spielte Friedrich der Große auf die Korrespondenz an, die sich entspann, nachdem Philippine Charlotte von Preußen Herzog Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel geheiratet hatte. Die Ehe, die am 2. Juli 1733 geschlossen worden war, diente ebenso wie Friedrichs parallele Vermählung mit der Schwester Karls dem Zweck, eine dauerhafte tragfähige Allianz zwischen den beiden wichtigsten norddeutschen protestantischen Herrscherhäusern zu schmieden, was auch gelang. Dies zeigte unter anderem der Siebenjährige Krieg, in dem der Braunschweiger mit unverbrüchlicher Treue an der Seite Preußens stand.

Charlottes Ehe mit Karl I. hielt 47 Jahre, obwohl ihr der Herzog geistig kaum ebenbürtig war und sich immer wieder Mätressen hielt. Das Paar bekam 13 Kinder. Die fünf Söhne, die das Erwachsenenalter erreichten, traten allesamt in die preußische Armee ein. Karl Wilhelm Ferdinand, einer der Fünf, brachte es dort bis zum Generalfeldmarschall, was seine Mutter sehr erfreute, hatte sie ihn doch 1756 mit folgenden Worten zum Militärdienst verabschiedet: „Ich verbiete Euch, wieder vor meine Augen zu kommen, wenn Ihr nicht Thaten getan haben werdet, die Eurer Geburt und Eurer Verwandtschaft würdig sind.“ Karl Wilhelm Ferdinands Brüder Friedrich August, Wilhelm Adolf und Maximilian Julius Leopold stiegen bis zum Rang eines Generals oder zumindest Generalmajors der Infanterie auf. Albrecht Heinrich fiel schon zu Beginn seiner Offizierskarriere im Gefecht.

Ebenso stolz war Philippine Charlotte auf ihre Tochter Anna Amalia, die 1756 Herzog Ernst August II. Constantin von Sachsen-Weimar-Eisenach geheiratet hatte und sich später durch den Ausbau der nach ihr benannten Bibliothek einen Namen machte. Denn Charlotte hegte gleichfalls vielerlei kulturelle Interessen. Dabei lag ihr besonders die Förderung der deutschen Literatur am Herzen. Hieraus resultierte unter anderem die Korrespondenz mit dem Schriftsteller und Sprachforscher Johann Christoph Gottsched und dem Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock. 1770 holte sie Gotthold Ephraim Lessing an die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel.



Die spätere Herzogin von Braunschweig-Wolfenbüttel: Prinzessin Philippine Charlotte von Preußen Bild: Archiv

Charlotte blieb stets eine Frohnatur und erfreute sich noch bis kurz vor ihrem Tode am 17. Februar 1801 einer relativ guten Gesundheit. Alle zwei Jahre reiste sie auf Einladung ihres Bruders Friedrich nach Potsdam. Dort haben die beiden dann auch oft über Charlottes Tochter Elisabeth Christine Ulrike gesprochen, die 1765 mit dem nunmehrigen Thronfolger Friedrich Wilhelm, dem ältesten Sohn ihres gemeinsamen Bruders August Wilhelm, vermählt worden war, jedoch anschließend aus der Ehe ausbrach, wie der König Charlotte Ende 1768 betrübt mitteilen musste: „Der Gatte, jung und sittenlos, einem ausschweifenden Leben hingegeben, übte täglich Untreue an seiner Gemahlin; die Prinzessin, die in der Blüte ihrer Schönheit stand, sah sich gröblich beleidigt durch die geringe Rücksicht, die man ihren Reizen zeigte. Ihre Lebhaftigkeit und die gute Meinung, die sie von sich selber hatte, brachten sie dazu, sich für das Unrecht zu rächen, das man ihr antat. Bald ergab sie sich Ausschweifungen, die denen ihres Gatten kaum nachstanden; die Katastrophe brach aus und wurde publik.“ Daraufhin erfolgte 1769 die Scheidung. Selbige beeinträchtigte die guten Beziehungen zwischen Friedrich und seiner Schwester in Braunschweig nicht. Sie bestanden fort, bis der Alte Fritz 1786 starb.

Wolfgang Kaufmann

Déjà-vu-Erlebnis in der Bildungspolitik

Vor 90 Jahren wurde in Preußen die seminaristische Lehrerbildung durch eine hochschulmäßige ersetzt

Im öffentlichen Dienst spielen Bildungsabschlüsse eine wichtigere Rolle als in der sogenannten freien Wirtschaft. Sie spielen nicht nur als Einstellungsvoraussetzung eine wichtige Rolle, sondern auch bei Bezahlung. Von daher war es klar, dass die Erzieher und deren Interessenvertreter mit Vehemenz eine Akademisierung des Berufes fordern würden, nachdem der Staat analog zur Beschulung auch die Kita-Versorgung sichergestellt hat.

Historikern kommt das bekannt vor, denn so wie jetzt Erzieher fordern, dass sie genauso akademisch ausgebildet (und entsprechend bezahlt) werden wie die Lehrer, haben vor rund 100 Jahren Volksschullehrer gefordert, dass sie sie genauso akademisch ausgebildet (und entsprechend bezahlt) werden wie die Gymnasiallehrer.

Besondere Unterstützung erfuhren sie dabei von der SPD. Die Partei gilt zwar traditionell als Arbeiterpartei, aber sie war genauso eine Volksschullehrerpartei. Zwei Gründe seien hier genannt. Zum einen handelte es sich beim Volksschullehrer um einen typischen Aufsteigerberuf. Zum anderen kannte kaum einer so sehr die Lebensverhältnisse – zumindest des jüngeren Teils – des einfachen Volkes.

Früh wurde die Forderung der Volksschullehrer nach einer akademischen Universitätsbildung in Hamburg verwirklicht. Das lag zum einen daran, dass die Hafenstadt mit ihren vielen Hafenarbeitern traditionell überdurchschnittlich rot ist. Das lag aber auch daran, dass der SPD in Hamburg ein ganz besonderes Druckmittel in die Hände fiel.



Preußens Kultusminister 1921 und 1925 bis 1930: Carl Heinrich Becker

Bereits in der Kaiserzeit kam in dem Stadtstaat der Wunsch nach einer eigenen Universität auf. Doch die staatstragende Bürgerschaft war gespalten. Es herrschte Skepsis. Der Akademiker mit Hochschulabschluss galt vielen hanseatischen Kaufleuten als praxisfern und eingebildet. Zudem sahen es viele Hamburger nicht ungern, dass die akademische Elite der Stadt wenigstens einmal in ihrem Leben – nämlich während des Studiums – außerhalb der Heimatstadt die Luft der weiten Welt geschnuppert und auswärtige Erfahrungen gesammelt hat. Nach dem Ersten Weltkrieg und damit ausgerechnet in einer Zeit, in der die Wirtschaft und die öffentliche Hand in Hamburg und Deutschland schwersten Belastungen ausgesetzt waren, wurde dann die Universität gegründet. Zwei Gründe seien hier genannt. Zum einen sollte studierwilligen und -fähigen Hamburger Kriegsheimkehrern ein teurer Studienaufenthalt fern der Heimat erspart werden. Zum anderen setzten die durch die Novemberrevolution und die Demokratisierung und Parlamentarisierung aufgewerteten Sozialdemokraten als Gegenleistung für ihre Zustimmung zur Universitätsgründung von 1919 durch, dass auch der Volksschullehrernachwuchs nun auf dieser Hochschule ausgebildet werden sollte.

Einer der Vorkämpfer der Hamburger Universität war neben Senator und Bürgermeister Werner von Melle, nach dem bis heute der Universitätscampus benannt ist, Carl Heinrich Becker. Nach der Gründung des Hamburgischen Kolonialinstituts, einer urhamburgischen Vorgängerinstitution der Universität Hamburg, im Jahre 1908 übernahm der 1876 in Amsterdam geborene Orientalist und Politiker den neugeschaffenen Lehrstuhl für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg holte ihn der Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium jedoch in preußische Dienste. Ab 1913 lehrte und forschte er an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, 1916 wechselte er an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin. Einmal in der Hauptstadt, wurde er noch im selben Jahr Referent im preußischen Kultusministerium.

> Wie heute die Erzieher, forderten vor 100 Jahren die Volksschullehrer eine akademische Berufsausbildung

Die Novemberrevolution förderte die politische Karriere des Parteilosen. Der sozialdemokratische Kultusminister Konrad Haenisch machte ihn 1919 zum Unterstaatssekretär. 1921 wurde der Hochschulreformer schließlich selbst Minister. Nach der Erweiterung der Regierungskoalition um die Deutsche Volkspartei räumte Becker seinen Posten für den DVP-Politiker Otto Boelitz, betätigte sich aber als Staatssekretär weiter in der preußischen Hochschulpolitik. Nach dem Ausscheiden der DVP aus der Großen Koalition und ihrer Minister aus der Regierung im Januar 1925 wurde Becker erneut Kultusminister, was er bis 1930 blieb.

Gemäß einem Ministerialerlass vom 6. Februar 1925 hörte zu Ostern 1926 in ganz Preußen die alte seminaristische Lehrerbildung auf und wurde durch die hochschulmäßige an Pädagogischen Akademien ersetzt. Im März 1926 verließen nach bestandener 1. Lehrerprüfung die Seminaristen der zwei letzten noch vorhandenen ostpreußischen Lehrerseminare in Lyck und Osterode ihre Ausbildungsstätten. Für Ostpreußen bedeutete der Abschied vom Seminar die Auflösung von zwölf Seminaren und das Ende einer 150-jährigen Bildungsgeschichte, hatte doch das älteste 1774 mit seiner Arbeit begonnen. Es wurden geschlossen die Seminare in Klein Dexen, Kreis Preußisch Eylau (1774), Königsberg-Waldau (1810), Braunsberg (1810), Karalene (1811), Angerburg (1829), Ortelsburg (1884), Hohenstein (1895), Osterode (1889), Memel (1902), Lyck (1902) und Insterburg (1912).

Der Weg der Lehrerbildung hatte vom Handwerker-Lehrer ohne berufsspezifische Ausbildung zum fachlich vorgebildeten Lehrer geführt, dem weitere Fortbildungsmöglichkeiten offenstanden. Mit dem „Vater der Volksschule", dem König Friedrich Wilhelm I., hatte er begonnen und war nun an einem Punkt stärker wissenschaftlich ausgerichteter Berufsvorbereitung angelangt.

Die bisherige sechsjährige Ausbildung in Präparandenanstalt und Seminar hatte den vorwiegend vom „Lande" stammenden und für Landschulen ausgebildeten Lehrern eine entsprechende Vorbildung vermittelt. Ihre Qualifikation war unbestritten und manches Lehrerhaus hat für seine Umgebung eine nicht weniger bedeutende Rolle gespielt als das evangelische Pfarrhaus. Die zwölf über die ganze Provinz verteilten Seminare waren eine Bereicherung des geistigen und künstlerischen Lebens sowohl für die einzelne Stadt als auch für die Provinz.

PAZ



Mutiger Saarländer

Zu: Ein Exponent der prodeutschen Christdemokratie (Nr. 4)

Zu dem Artikel erlaube ich mir einige ergänzende Hinweise, die ich zur Klarstellung und Abrundung der Darstellung für notwendig halte. In dem gegen den Industriellen Hermann Röchling durchgeführten Prozess vor dem internationalen Gericht in Saarlouis Anfang der 30er Jahre, in dem Dr. Hubert Ney diesen anwaltlich vertrat, ging es um das im Versailler Vertrag der französischen Regierung eingeräumte Recht, die Kinder der deutschen Hüttenarbeiter zum Besuch französischer Schulen, der sogenannten Dominalschulen, zu verpflichten. Als diese sich durch Streikmaßnahmen wehrten, übernahm Röchling die Verantwortung, um Repressalien der Besatzungsbehörden gegen seine Mitarbeiter zu verhindern. Der Prozess endete mit einem Freispruch.

Nicht unerwähnt soll auch sein Auftreten als in der Saarregion renommierter Strafverteidiger für französische Staatsbürger aus dem benachbarten Lothringen während der deutschen Besatzungszeit sein. Wegen seines allzu mutigen Auftretens für diese vor deutschen Gerichten (Sondergerichte, Volksgerichtshof) wurde ihm das Auftrittsrecht entzogen.

Im Zusammenhang mit den Differenzen zwischen ihm und der Bundes-CDU wegen der von dieser unterstützten „Rehabilitierung" des separatistischen Lagers (Fusion mit der profranzösischen CVP auf gleichberechtigter Basis) trat er als Vorsitzender der Saar-CDU zurück, verlor danach sein Ministerpräsidentenamt und gehörte dem unter Dr. Egon Reinert

Leistungen Hubert Neys nicht gewürdigt

(gestorben 1959) gebildeten zweiten Kabinett als Justizminister an.

Schließlich war Hubert Ney nach seinem Ausscheiden aus der CDU zu keiner Zeit – wie dies insbesondere auch aus den Reihen seiner Widersacher behauptet wird – Mitglied der NPD.

Dass ihm nach nunmehr fast 60 Jahren seit seinem erfolgreichen Eintreten für die Rückkehr des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland (1. Januar 1957) eine ehrenhafte Erinnerung verwehrt wird – wie dies unter anderem dem Führer des Separatismus zugestanden worden ist (Straßenbenennung beziehungsweise Platz in Saarlouis und Saarbrücken) – kennzeichnet nicht nur eine gewisse Geschichtsvergessenheit, sondern auch die Weigerung politisch verantwortlicher Zeitgenossen, die eindeutige Entscheidung der Saarbevölkerung am 23. Oktober 1955 zu akzeptieren. Letztlich hat diese Entscheidung einen bis dahin fortdauernden Streit zwischen Frankreich und Deutschland aus dem Weg geräumt und damit das deutsch-französische Verhältnis auf eine verlässliche Grundlage gestellt und bis heute gefestigt.

Auch gelang es in der „Kleinen Wiedervereinigung", die durch den Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 vollzogen wurde, den zwischen den Vertragsstaaten vereinbarten wirtschaftlichen und verwaltungsgemäßen Übergang besser zu gestalten, als dies unstreitig bei der erst 30 Jahre später folgenden größeren Wiedervereinigung der Fall war.

Wolfgang Ney, Kenn

Man muss nicht immer Flagge zeigen

Zu: Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus (Nr. 6)

Nach Ernest Renan gehört derjenige zur Nation, der dazugehören möchte. Es ist also eine subjektive Entscheidung. Die Sprache ist sicherlich ein wichtiges Element, aber nicht zwingend erforderlich. Wir können durchaus als Nation mehrsprachig sein. Da die Nation über das Bundesgebiet hinausgeht, muss es auch keine einheitliche Verkehrssprache geben. Sie kann auch nicht überall erworben werden. Dies soll kein Ausschlussgrund sein. Wir können froh sein, wenn sich gute Leute zur Nation bekennen.

Eine solche (vielleicht etwas amorphe) Nation braucht ein Symbol, ein Erkennungszeichen. Ich habe es bereits geschrieben: Die bundesdeutsche Flagge eignet sich dazu nicht. Zum einen bringt sie die Träger, zum Beispiel in Polen, in Loyalitätskonflikte mit ihrem Staat, den sie meist nicht ablehnen, zum anderen setzten sie sich unnötigen Aversionen aus.

Des Weiteren repräsentiert die Bundesrepublik diese Nation nur unvollständig. Bei der offiziellen Teilnahme Berliner Behörden ist das kein Problem. Sonst schon. Die gelebte Nation braucht im täglichen Leben die Staatsflagge und deren Farben nicht. Es sind auch zwei Paar Stiefel. Mir fällt jetzt auch nichts Alternatives ein, außer auf Regionalsymbole zurückzugreifen in Verbindung mit der Europaflagge.

Norbert Schadel, Gerhardshofen



Ab ins Museum damit: Kaum hat man sich an den Euro gewöhnt, soll er als Bargeld wieder abgeschafft werden? Bild: Colourbox

Erpresser-Politik

Zu: „Merkel trägt die Schuld" (Nr. 5)

Die zitierte Merkelschelte des Oxford-Professors und Migrationsforschers Paul Collier trifft nicht den Kern des Problems. Die amerikanische Dozentin Kelly M. Greenhill beschreibt in ihrem Buch „Massenmigration als Waffe" die seit Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit geübte migrationsgestützte Nötigung beziehungsweise erpresserische Zwangsmigration als Mittel asymmetrischer Staatskunst. Auf unsere Lage angewandt machen die Türkei und im Hintergrund die USA davon Gebrauch.

Die Kanzlerin hat immer wieder gegen eine vorzeitige Aufnahme der Türkei in die Europäische Union votiert. Die Vereinigten Staaten brauchen aber die Türkei aus strategischen Gründen als Verteidiger westlicher Positionen im nahen Osten, als Sperrriegel zur Eindämmung russischer Optionen im Mittelmeerraum und als Basis für eigene Operationen im mittleren Osten. Daher liegt eine Aufnahme der Türkei in die EU in ihrem Interesse. Die Kanzlerin wird also gerade erpresst und vom Rest Europas im Stich gelassen. Die Deutschen sind nicht in der Lage, solches auch nur zu erwägen. Sie gefallen sich in Diskussionen um Werte und Rechtsextremismus. Überlegungen zur Staatsraison, wie sie Hans-Peter Schwarz in „Die gezähmten Deutschen" erörtert hat, kommen den Deutschen nicht in den Sinn.

Reinhard Uhle-Wettler, Timmendorfer Strand

Die politisch gelenkte Macht über das Geld

Zu: Attacken auf das Bargeld (Nr. 5)

Soeben hat man ein Fass wiedereröffnet zur Freude aller Anhänger von George Orwell. Der freie Zahlungsverkehr (Bargeld) soll eingeschränkt werden auf maximal 5000 Euro. In Dänemark gehen die Forderungen sogar noch weiter, dort möchten gewisse Kreise ganz auf das Bargeld verzichten. Alles solle nur noch per Handy im Internet ablaufen.

Das hieße: alle Macht den Banken und damit noch mehr als sie ohnehin schon haben. Eine Macht, die sie in den vergangenen Zeiten stets zum Missbrauch genutzt haben, nachzulesen zum Beispiel im Geschäftsbericht der Deutschen Bank. Manipulationen zuhauf zulasten der Kunden haben in den letzten Jahren den Rest an Reputation schwinden lassen.

Die Macher der Deutschen Bank bitten seit Jahren um einen Vertrauensvorschuss, den sie nicht verdient haben. Da muss doch wohl irgendetwas nicht an den Aussagen der Herren Ackermann und Co. stimmen, wenn man wieder und wieder Rückstellungen in Milliardenhöhe bilden muss, um die Verfehlungen auszugleichen. Sinnbildlich dreht sich der arme Hermann Abs in einer immer schnelleren Rotation im Grab ob seines einst glänzend dastehenden Bankhauses, dem er in schwierigen Zeiten lange vorstand. Erst wollte man unbedingt die Postbank haben, nun will man sie wieder losschlagen, je schneller desto besser. Ein nachhaltiges Geschäftsmodell sieht wohl anders aus.

Nach der Euro-Bankenkrise von 2008 hat unsere hohe Politik es versäumt, sich mit der Commerzbank eine Staatsbank als Gegengewicht zur Deutschen Bank zuzulegen, die Gelegenheit war günstig, als die Commerzbank am Tropf der Bundesbank hing. Seit seligen Zeiten der „Kauri-Muscheln" oder der Kakao-Bohnen funktionierte das System mit dem Bargeld. Das soll auf einmal anders sein? Hab ich die Macht über das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung, habe ich die unumschränkte Macht. Ich kann per Mausklick Konten sperren und so Schicksal spielen im guten wie im schlechten Sinn. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Das wäre das Ende der Demokratie.

Rudi Armgardt, Viersen-Dülken

Gesetze links liegen gelassen

Zu: Merkel sitzt fest (Nr. 3)

„Ex oriente lux, ex occidente lex" hieß es einmal vor ein paar Jahrhunderten. Aus dem Orient kommt das Licht, wobei Licht auch für Dichtung, Weisheit, Kultur des nahen und fernen Ostens steht. Im christlichen Westen wurde das Kirchenschiff geostet (nach Osten ausgerichtet). Noch heute orientieren wir uns in oder an etwas oder verlieren die Orientierung. Die aus den Kriegsbieten des Ostens mehr oder weniger notgedrungen in Europa Schutz und Aufnahme Suchenden, bei denen ihre Religion unbedingt die richtige „Orientierung" für alle Fälle vorgibt, empfinden die heutige Gesellschaftsordnung im Westen als dekadent. Frauen ungehindert, wie, wo, und zu welcher Tages- und Nachtzeit frei herumlaufen oder Autofahren zu lassen, ist – unmöglich! Schwulen- und Lesbenehen den Segen geben – unmöglich!

Aus dem Orient kommt die Dunkelheit

Es ist nicht auszuschließen, dass diese Menschen versuchen werden, im Westen die Bilder wieder geradezuhängen oder, wenn das nicht geht, sobald wie möglich nach Hause gehen. Wenn das passiert, stehen wir dumm da und schauen bedröppelt auf all die leeren Arbeitsplätze, die dringend besetzt sein müssten, damit Handwerk, Industrie und überhaupt die gesamte Wirtschaft die stetig steigende Menge der Aufträge samt der dazugehörigen Bürokratie bewältigen könnten.

Unsere Bundeskanzlerin wird dann (sofern sie inzwischen nicht abgesetzt wurde) erneut ein Ereignis starten, um Menschen aus Kriegs- oder sonstigen Elendsgegenden nicht nur nach Deutschland, sondern diesmal – wenn nicht nach ganz Europa – mindestens in die komplette Europäische Union einzuladen.

Die Kampagne der „Willkommenskultur" wirkte wie eine behördliche Anordnung, und die meisten EU-Länder waren dafür nicht zu begeistern. Daher soll die neue Einladung poetischer im Stil der Zeit, als die Deutschen noch das Volk der Dichter und Denker genannt wurden, gehalten sein. Da war doch noch was mit dem „Ex occidente lex" – aus dem Westen kommt das Recht. Na ja, Gesetze kann man auch mal links liegen lassen, wenn sie bei der Schaffung hoher Herausforderungen hinderlich sind.

E. Wilms, Krefeld

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 9 – 4. März 2016

MELDUNGEN

Energie-Engpass befürchtet

Königsberg – Bürger im Königsberger Gebiet fürchten das dritte Energiepaket der EU, das die baltischen Länder von russischen Energielieferungen unabhängig machen soll. Für das Königsberger Heizkraftwerk TEZ-2 bedeutet das 30 Prozent weniger Stromexport. Die Gebietsbewohner müssen mit höheren Stromkosten rechnen. Auch bei der Gasversorgung drohen Engpässe, wenn Litauen den mit Gazprom geschlossenen Vertrag nicht erfüllen sollte, da dieser zwischen privaten Firmen geschlossen wurde. Die Versorgung über einen Abzweig der Nord-Stream-Pipeline wäre kostenaufwendig und langwierig. *MRK*

1000 Fluggäste in Schiemanen

Groß Schiemanen – Einen Monat seit der Eröffnung wurden auf dem Flughafen fast 1000 Passagiere abgefertigt. Flugverbindungen gibt es nach Berlin und Krakau. Darüber hinaus werden zurzeit Gespräche über Verbindungen nach München, London und Dublin geführt. Geplant sind auch Fluglinien nach Oslo, Eindhoven und Dortmund. Flüge nach Berlin und Krakau bedient die Firma SprintAir mit Flugzeugen des Typs Saab 340, die 33 Passagiere aufnehmen können. Die Auslastung der beiden Flugdestinationen betrug bisher 47 Prozent. Die Fluglinie nach Krakau ist im Moment nachgefragter. Ihre Flugzeuge sind durchschnittlich zu 53 Prozent, die nach Berlin bis 43 Prozent besetzt. Zwar wächst die Belegung von Woche zu Woche, doch reichen 1000 Passagiere nicht aus. 57 000 Fluggäste werden in diesem Jahr erwartet, bis 2025 sollen es 500 000 sein. Die Flughafenleitung hofft auf die Urlaubssaison in den Sommermonaten, die mehr Touristen ins südliche Ostpreußen bringen soll. Außerdem laufen derzeit Verhandlungen mit Billigfluggesellschaften. *E.G.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jęglownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Amerykа], Baustelle. Straße Nr. 57: Eichtal [Dabówko] – Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], J. Pawła II Straße, Erneuerung der Kanalisation. Straße Nr. 59: Sensburg [Mrągowo] – Peitschendorf [Piecki], Baustelle; Moythienen [Mojtyny], Umbau der Brücke. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Bau der Brücke. *E.G.*

Sportminister inspiziert Bauarbeiten

Baubeginn des WM-Stadions hat sich verzögert – Königsberg hofft auf Investoren nach 2018

Königsberg bereitet sich auf die Fußballweltmeisterschaft 2018 vor. Das war vor Kurzem auch auf dem Hansaplatz zu sehen: In großen Lettern war dort „Russland 2018“ zu lesen. Der Stadionbau schreitet voran, wenn auch mit Hindernissen.

Die Buchstaben sind stilistisch an die Werbeprodukte zur Fußballweltmeisterschaft angepasst. Sie wurden für die Aktion „1000 Tage bis zum Beginn der Fußball-WM 2018“ entworfen, und sie sollen bis zum kommenden Jahr auf dem Hansaplatz bleiben. Sturmböen spielten allerdings einen komischen Streich: einige der Buchstaben fielen um, sodass nur noch „USA 2018“ zu lesen war. Viele fotografierten sich davor gegenseitig und scherzten, der Wind wehe aus Amerika, währenddessen besuchte der russische Sportminister Vitalij Mutko mit einer Fachkommission die Region. Die Delegation aus Mos-kau inspizierte den Fortgang der Bauarbeiten. Es ging um Hotels und Sporteinrichtungen in Königsberg und eine Trainingsbasis in Rauschen. Ebenso wurde der Flughafen in Bezug auf Vorbereitungen zur Verlängerung der Start- und Landebahn sowie den Bau weiterer Parkplätze und eines neuen Passagier-Terminals besichtigt.

Das Einschlagen der Pfähle für das Stadion war sogar im Bereich des Hansaplatzes zu spüren gewesen. Mehr als 12 000 Pfähle wurden eingeschlagen. Die Arbeiten erfolgten fast rund um die Uhr. Um den Zeitplan einhalten zu können, wurden zusätzliche Arbeiter eingestellt, sodass insgesamt 650 Menschen auf der Baustelle arbeiten. Für sie wurden in der Nähe Wohnheime und eine Mensa eingerichtet. Um den Bauprozess zu beschleunigen, wurde dass Grundgerüst mit bereits vorgefertigten Betonteilen erstellt. Aus finanziellen Gründen wird auf eine Überdachung des Stadions verzichtet, stattdessen erhält es Tribünendächer. Mutko zeigte sich unzufrieden mit der Einhaltung des Zeitplans in Königsberg. In den Regionen Russlands, in denen Spiele der WM ausgetragen werden, seien die Stadien bereits zu 50 Prozent fertig, in Königsberg dagegen lediglich Pfähle eingerammt und das Fundament gegossen worden. Und das, obwohl bis Ende 2016 alle Stadien Dächer oder Vordächer haben sollen und bis Ende 2017 vollständig mit samt dazugehörigem Gelände fertiggestellt sein sollen.



Mitten auf dem Hansaplatz: Werbung für die Fußball-Weltmeisterschaft Bild: J.T.

Zur Verzögerung kam es wegen Unklarheiten beim Kostenplan. Bis zum 5. Dezember hatte die Regierung über die Finanzierung des Baus entscheiden. Jedoch wurde die Fertigstellung der Dokumente verzögert, weil die vom Ministerium festgestellten Mängel nicht beseitigt worden waren.

Verzicht auf Überdachung

Die Agentur für die Vorbereitung der WM 2018 hat bereits eine Liste der Zufahrtsstrecken bekannt gegeben, über die die Fans zum Veranstaltungsort der Spiele gelangen. Meist befinden sich dort noch „Chruschtschewki“ (Häuser, die in der Regierungszeit Chruschtschows gebaut wurden). Diese Häuser sollen „historisch“ anmutende Fassaden erhalten, um eine Vorkriegsstadt zu imitieren. In einer ersten Etappe sollen die Häuser vom Hansaplatz bis zum Hotel Kaliningrad verschönert werden, wobei zunächst die am Hansaplatz saniert werden. Die Bauarbeiten hatten bereits begonnen, und das Dach eines Hauses wurde abgedeckt. Doch dann stockten die Arbeiten. Nach heftigen Regenfällen lief das Wasser nach unten durch und überschwemmte mehr als zehn Wohnungen und den Eingang des Hauses. Die Bewohner erzählten, bei ihnen sei die Decke wegen des fahrlässigen Verhaltens der Bauarbeiter eingestürzt. Nach intensiven Beschwerden bei der zuständigen Behörde besuchte der Minister für Wohnungswesen und Kommunalwirtschaft des Königsberger Gebiets, Jewgenij Kobylin, das beschädigte Haus gemeinsam mit einem Assistenten. Er versprach, die Angelegenheit mit der Baufirma und der Stadtverwaltung zu klären.

Der stellvertretende Leiter der Regionalregierung, Alexander Rolbinow, kündigte indessen eine Erweiterung des Flughafens Powunden [Chrabrowo] an, der zur WM eine Kapazität von über fünf Millionen Passagieren jährlich erreichen soll. Auch die Grenzübergänge werden modernisiert. Am innerostpreußischen Heiligenbeiler Grenzübergang Mamonowo2 entstehen neue Zufahrten. An der russisch-litauischen Grenze wird in der Nähe von Tilsit ein neuer Grenzübergang eingerichtet. Auch neue Bürgersteige und Fußgängerzonen, die es bisher nicht gibt, sollen entstehen. Die Lage des Stadions ist laut Rolbinow sehr glück-lich gewählt im Hinblick auf die Entwicklung der Stadt und ihr kulturelles Erbe. Neben Fußgängerzonen sind Parkplätze und Parkwege geplant.

Das alles wird auch nach der WM bleiben. Die Regionalregierung hofft, dass nach 2018 neue Investoren ins Königsberger Gebiet kommen werden.

Jurij Tschernyschew

Keine Rettung für Straßenbahn-Linie 1

Wegen angeblicher Unrentabilität: Demontage der Schienen auf der Königsberger Herzog-Albrecht-Allee

Verlautbarungen von Politikern über den Erhalt der Straßenbahn ändern sich so schnell wie das Wetter an der Ostsee. Die Schienen der Straßenbahnlinie 1 entlang der Herzog-Albrecht-Allee [Thälmannstraße] werden nun doch demontiert. Seit fünf Jahren wurde darum gestritten. Immer, wenn die Stadt die Linie einstellen wollte, stellten sich Bürger mit Protest dagegen. Einen Höhepunkt erreichten die Diskussionen 2012, als Bürgermeister Alexander Jaroschuk bekannt gab, dass die Straßenbahn der Linie 1, die von der Herzog-Albrecht-Allee bis zum Oberteich führt, eingestellt werde. Er begründete dies damit, dass diese Linie zu wenig genutzt würde und nur Verlust bringe. Anatolij Muchomor, Chef des städtischen Unternehmens „Königsberger Stadtverkehr“, unterstützte ihn, indem er beteuerte, dass früher in den Villen der Herzog-Albrecht-Allee bis zu vier Familien wohnten, jetzt gebe es einzelne Eigentümer, deren Familienangehörige alle eigene Autos besäßen. Bei einem Treffen mit Verfechtern des kulturellen Erbes der Stadt änderte der Bürgermeister seine Meinung und sagte, die Linie 1 bleibe für Ausflugs-Straßenbahnen erhalten. Damals schlug eine Bürgerinitiative vor, auch einen Restaurant-Waggon für Touristen einzurichten. Eine Exkursions-Straßenbahn fuhr auf Initiative des Museums Friedländer Tor einmal wöchentlich an Sehenswürdigkeiten vorbei durch die Stadt. Der Ausflug dauerte 1,5 Stunden.



Angeblich marode: Straßenbahnschienen werden entfernt

Im Herbst 2015 zogen wieder dunkle Wolken auf. Jaroschuk sagte, es bestehe keine Notwendigkeit, die Linie zu erhalten, und kehrte zu seinem Lieblingsargument zurück: „Auf dieser Strecke ist überhaupt niemand gefahren, weil es dort zu viele Privateigentümer gibt, niemand braucht Ihre Straßenbahn. Wir haben uns die Entscheidung nicht einfach gemacht. 150 Millionen Rubel (1,8 Millionen Euro) sind nötig, um die Schienen zu verlegen.“ Auch beklagte der Bürgermeister, da die Straßenbahn auf der Herzog-Albrecht-Allee seit Jahren nicht regelmäßig genutzt worden sei, seien die Schienen verfallen und könnten nicht genutzt werden. Geld für die Verlegung neuer Schienen sei im Haushalt nicht vorgesehen.

Im vergangenen Sommer hatte Jaroschuk dagegen noch am feierlich begangenen 120. Jubiläum der Straßenbahn teilgenommen. Er übergab Urkunden und Dankesbriefe an Personen, die an der Entwicklung des Straßenbahnverkehrs in Königsberg beteiligt waren. Während der Feier hatte er emotional davon gesprochen, welchen wichtigen Platz die Straßenbahn im Stadtbild einnehme und welche Zukunft sie erwarte. Dabei hatte Jaroschuk mehrmals erklärt: „Wir behalten die Linie auf der Herzog-Albrecht-Allee. Ich möchte, dass bis zum Jahr 2018 ein Ring um das Zentrum entsteht. Zurzeit werden die Pläne erstellt, und im nächsten Jahr wird Geld dafür zur Verfügung gestellt.“

Doch jetzt hat sich die Meinung des Bürgermeisters ins Gegenteil verkehrt. Er betonte, dass es im Augenblick der Haushalt der Stadt nicht erlaube, Geld für neue Schienen auszugeben. Jedoch habe man sich von Plänen zur Entwicklung des Straßenbahn-Verkehrs in der Stadtverwaltung noch nicht verabschiedet. Die Straßenbahn werde in diesen Stadtteil zurückkehren, „wenn die Stadt reich wird und wenn diese Viertel ärmer werden“. Doch laut dem Stadtoberhaupt könnte dies erst in etwa fünf Jahren geschehen.

Jaroschuk sagte: „Wir haben die Schienen von dem ehemaligen Ring entfernt, weil sie untauglich geworden sind und nicht repariert werden können. Aber ich möchte allen Bürgern versichern, diesen Stadtteil heben wir uns für die Zukunft auf. Ich habe ein Bauverbot für diese Territorien angeordnet, damit wir in einigen Jahren hier wieder Schienen legen können.“ Im Augenblick ist daran jedoch schwer zu glauben. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manche Zuschriften bieten viele und oft recht unterschiedliche Informationen, sodass ich sie auf mehrere Folgen verteilen muss. Heute kommt noch einmal Herr **Georg Bendrien** aus Bad Oldesloe zu Wort, den die am 13. Februar ausgestrahlte NDR-Sendung „Klassik nach Wunsch“ so irritiert hatte, dass er glaubte, die darin ausgesprochenen Glückwünsche zu meinem 100. müssten eine Fehlmeldung sein. Waren sie ja nicht, und so brachte auch er seine Glückwünsche an, fügte aber noch seine eigenen Erfahrungen hinzu, die er mit unserer Ostpreußischen Familie gemacht hat, als er auf der Suche nach Informationen über seine Großeltern mütterlicherseits war. Zwar brachte unsere Veröffentlichung keine direkten Erkenntnisse – die kamen dann einige Monate später, als seine schon lange vorliegende Suchfrage beim DRK-Suchdienst nach einem erneuten Datenvergleich zu einem Ehepaar führte, von dem er mit fast 100-prozentiger Sicherheit annehmen konnte, dass es sich um seine Großeltern handeln müsste. Herr Bendrien schreibt: „Ich habe sie nun in meiner Ahnentafel adoptiert. Der Beitrag in der ‚Ostpreußischen Familie‘ hat aber viele Menschen zu Briefen und Anrufen motiviert, die zu meinem Namen etwas fragen oder sagen wollten. Es gab viele interessante Gespräche, die in einigen Fällen sogar zu wiederholten Kontakten führten. So habe ich auch erfahren dürfen, welche Ausstrahlungen Ihre Veröffentlichungen haben können. Und ich freue mich, dass ich zu dem Kreis derer gehöre, die diese Familienarbeit so direkt erleben und erfahren durften.“

Zu diesem gehört auch Frau **Liesbeth Olaechea**, die sogar einen Doppelerfolg verweisen kann, der uns überrascht und erfreut. Er beweist einmal wieder, dass es selbst nach Jahr und Tag möglich ist, ungelöste Schicksale zu klären. Im Mai 2003 brachten wir den Suchwunsch von Frau **Edith Müller** nach ihren Freunden aus Kindertagen in Goldap. Sie konnte ihre Namen nennen – **Lothar** und **Helga Gauer** –, wusste aber nichts über deren Verbleib nach Flucht und Vertreibung. Und nun – nach zwölf Jahren! – meldet sich Frau Olaechea und teilt uns mit, dass sie nicht nur Frau Müller informieren konnte, sondern auch Erfolge in ihrer Familiengeschichte melden kann. Sie schreibt:

„Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich dank einer Mail-Anfrage an Sie die Suchanzeige von Frau Müller fand, da ich selbst auf der Suche nach Nachfahren der Geschwister meines Großvaters Gauer aus Ostpreußen war. Ich konnte herausfinden, dass Lothar und Helga Gauer zu meiner Familie gehören und fand daraufhin auch weitere Großcousinen und -cousins. Die meisten sind nach dem Krieg in die USA ausgewandert. Es war für mich eine ganz besondere Freude, Frau Müller mitteilen zu können, dass ich ihre Freunde und Nachbarn aus Kindertagen ‚gefunden‘ habe. Lothar Gauer war jedoch schon sehr krank und ist kürzlich verstorben. Helga verstarb bereits vor einigen Jahren. Der jüngste Bruder lebt allerdings noch in Los Angeles, und er schickte mir Fotos von Lothar und Helga aus ihrer Kindheit und im erwachsenen Alter sowie von dem gemeinsamen Haus in Goldap. Frau Müller erhielt von jedem Bild einen Abzug. Sie können sich vorstellen, wie sie sich darüber gefreut hat, dass sie nun nach so langer Zeit eine Antwort auf ihre Suchfrage erhielt. Sie haben uns weitergeholfen, und dafür danken wir Ihnen herzlich!“



Hubert Giese als Fünftklässler mit der Tafel Bild: privat

Natürlich freuen wir uns mit, denn jede gelöste Suchfrage, wie sie auch sein mag, bringt Klarheit und befreit somit von Ungewissheit. Aber man ist doch versucht, mit dem Schicksal zu hadern: Warum erst jetzt? Nur ein paar Jahre früher, dann wäre noch eine persönliche Verbindung mit den Gesuchten zustande gekommen. Aber es wäre unfair, diesen für alle Beteiligten so erfreulichen Erfolg schmälern zu wollen. Erfreulich natürlich auch für unsere Ostpreußische Familie, die damit wieder einmal beweist, dass sie nicht nur auf dem Papier steht.

Noch weiter zurück geht der Suchwunsch von Frau **Ute Priebisch**, sehr weit sogar, bis in die Zeit, als es die Ostpreußische Familie noch gar nicht gab. Die wurde erst im Jahr 1972 durch den damaligen Chefredakteur des *Ostpreußenblattes*, **Hugo Wellems**, ins Leben gerufen und betraf die kleinen Wünsche und Fragen unserer Leserinnen und Leser. Die großen Suchanzeigen füllten damals ganze Seiten der Zeitung, denn man schrieb das Jahr 1963, und hunderttausende Flüchtlingsschicksale waren noch ungelöst. Wir Vertriebenen waren in alle Winde verstreut, aber das *Ostpreußenblatt* erwies sich als das große Bindeglied. Nun stieß Frau Priebisch auf der Suche nach ihren ostpreußischen Vorfahren durch Zufall auf eine Suchanzeige, die am 29. Juni 1963 im *Ostpreußenblatt* erschienen war. In dieser wurde nach **Ernst** und **Berta Hundsdörfer** geborene **Naujoks** aus Groß-Waldeck sowie ihren zwei Töchtern und ihrem Sohn gesucht. Frau Priebisch ist sich sicher, dass es sich bei dem Ehepaar um ihre Großeltern handelt. Leider sind sie schon lange verstorben, auch ihre Mutter und die beiden Geschwister leben nicht mehr. Umso wichtiger ist es für die Enkelin, etwas aus der Vergangenheit der Großeltern zu erfahren, von ihrem Leben in der Heimat und auf der Flucht. Bei dieser Suchfrage zeigen sich aber deutlich die Schwierigkeiten, die sich aus der langen Zeitspanne ergeben, denn die Verwandten oder Bekannten der Großeltern, die sie damals suchten und die sicher eine enge Verbindung zu der Familie Hundsdörfer hatten, dürften auch nicht mehr befragt werden können. Immerhin: Wir versuchen es, denn Frau Priebisch würde sich über jede Zuschrift freuen, mit der sie ihre Familiengeschichte etwas erhellen könnte.

Um ihre Familiengeschichte geht es auch Frau **Rabea Wölk** aus Braunschweig, die zwar unsere Zeitung bisher nicht kannte, aber viel von unserer Ostpreußischen Familie gehört hatte. Und so wendet sie sich nun an uns, denn sie hofft, dass wir ihr auch helfen können, Informationen über ihre Vorfahren zu erhalten und eventuell auch Verwandte zu finden. Ja, wir müssen schon weit in die Vergangenheit zurückgehen, denn es handelt sich um den Schneidermeister **Friedrich** Wölk und seine Ehefrau **Henriette** geborene **Pöttel** aus Birkenau, Kreis Heiligenbeil. Dort hat das Ehepaar jedenfalls im Jahr 1880 gewohnt, als ihr Sohn **Franz August** – Ururgroßvater von Frau Wölk – geboren wurde. Andere Ortsangaben und Daten sind nicht bekannt. Friedrich Wölk muss noch vor dem Jahr 1905 verstorben sein, denn dann heiratete die Witwe noch einmal und hieß von da an **Henriette Schönfeldt**. Sie lebte nach ihrer zweiten Hochzeit in Bregden und zuletzt in Wermten, Kreis Heiligenbeil. Ihr Sohn Franz August zog Anfang des 20. Jahrhunderts nach Braunschweig, ebenfalls seine vier Jahre jüngere Schwester **Emilie Minna** Wölk. Ob es noch weitere Geschwister gab, ist nicht bekannt. Kurz gefasst: Frau Rabea Wölk ist auf der Suche nach Informationen über die genannten Vorfahren und möchte gerne erfahren, ob noch Nachkommen aus dieser Linie leben. (Rabea Wölk, Telefon 0531/2396256, E-Mail: rabea.woelk@gmx.com)

Erfolge bekommen bekanntlich Kinder, und das bedeutet in unserem Falle: Eine gelöste Suchfrage veranlasst den Fragesteller, es noch einmal in einer anderen Angelegenheit zu versuchen. Und so vermittelt uns Frau **Edelgard Hesse** aus Crivitz als Riesenburgerin einen neuen Wunsch des aus dieser Stadt stammenden **Hubert Giese**. Der Name wird unseren Lesern nicht unbekannt vorkommen, denn der 77-Jährige suchte über uns seine Halbschwester – und fand die heute in Fürth Wohnende nach nunmehr 70 Jahren vergeblicher Suche wieder. Doch das ist eine eigene Geschichte und sie wird auch noch erzählt werden, aber sie hat Herrn Giese Mut gemacht, noch einmal nach einem Schicksal zu suchen, und diesmal ist es das seiner Mutter. Frau Hesse übermittelt uns sehr ausführlich sein Anliegen in einem an unsere Leserinnen und Leser gerichteten Brief aus dem wir alle wichtigen Angaben entnehmen:

Hubert Giese ist der Sohn des Sattlers und Polsterers **Willy** Giese und seiner Ehefrau **Johanna** geborene **Kubzik** aus Riesenburg. Aus der 1938 geschlossenen Ehe ging noch die 1940 geborene Tochter **Brigitte Johanna** hervor. Nach der Scheidung der Eltern heiratete der Vater erneut. Die 1942 geborene **Heide-Rose** stammt aus dieser Ehe und ist die von Hubert jetzt gefundene Halbschwester. Hubert Giese hat keine Erinnerungen an seine Mutter, sie ist für ihn irgendwie nicht greifbar, denn er besitzt nicht einmal ein Foto von ihr.

Nachdem die Eltern geschieden waren, wurden die beiden gemeinsamen Kinder, Hubert und Brigitte, von den Großeltern aufgenommen. Über das Schicksal der Mutter und der jüngsten Schwester war ihm seitdem nichts bekannt. So oft er auch die Großeltern, Tanten und den aus dem Krieg heimkehrenden Vater danach fragte, herrschte Schweigen. Warum sagten sie nichts, die eventuell etwas wissen konnten? Alle möglichen Informanten sind inzwischen verstorben. Seine nun gefundene Halbschwester sagt, dass sie auch nichts wisse. Hubert Giese hofft also wieder auf unsere große Lesergemeinschaft. Gibt es noch Riesenburger, die sich an Willy Giese und seine erste Ehefrau Johanna erinnern, die in der Seestraße 10, später in der Stadtgrabenstraße wohnten? Wer ist der Mutter, die als Krankenpflegerin tätig war, nach der Scheidung begegnet? Das könnte auch im Kreis Lyck gewesen sein, denn Johanna wurde 1912 in Leegen geboren und soll dort auch als Krankenpflegerin gearbeitet haben. Es ist anzunehmen, dass die Familie Kubzik aus diesem Ort stammt, und so ist es durchaus möglich, dass Johanna dorthin zurückgekehrt ist. Wie das Schicksal seiner Mutter weiter verlief, ob sie noch einmal geheiratet hat, ob sie geflohen ist, wo sie gelebt hat und verstorben ist – alles nur Fragezeichen. Hubert Giese lässt auch heute noch die Suche nach seiner Mutter keine Ruhe. Vielleicht kann ihm auch in dieser für ihn so wichtigen Angelegenheit jemand helfen, auch wenn es nur wenige Puzzleteilchen sind, die sich zu einem Teilmosaik zusammensetzen lassen. Einen besonderen Wunsch schließt er aber noch an: Hubert Giese hätte gerne ein Bild von sich und seinen Riesenburger Schulkameraden. Er weiß, dass seine Oma eine Aufnahme von seiner Einschulung im Jahr 1944 besaß – aber sie ging verloren wie alle anderen Bilder aus jenen Kindertagen. Sein einziges Klassenfoto zeigt ihn im fränkischen Cadolsburg, wo die Familie Giese nach zweijähriger Flucht landete. Der zehnjährige Hubert durfte die beschriftete Tafel halten – da wird er wohl als Flüchtlingskind sehr stolz gewesen sein. (Hubert Giese, Flugplatz 72 in 90768 Fürth, Telefon 0911/753235.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Bild: Pawlik

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der beliebteste Liegnitzer 2015 ist ein Deutscher

Jürgen Gretschel bei einer Internetabstimmung zum Sieger gekürt

Besucher der Liegnitzer Unterseite des polenweiten Internetportals Nasze Miasto [Unsere Stadt] hatten bis zum 19. Februar Gelegenheit den beliebtesten Prominenten ihrer Stadt zu wählen. Mit 13 301 Stimmen wurde dabei der Deutsche Jürgen Gretschel zum Sieger gekürt. Gretschel, seit vielen Jahren Vorsitzender der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Stadt, errang die Spitzenposition am Ende mit einem hauchdünnen 45-Stimmen-Vorsprung auf den Historiker und Autor Marcin Makauch. Mit deutlichem Abstand folgte auf dem dritten Platz mit 5114 Stimmen Radosław Rogiewicz, der Gründer des Wirtschaftsklubs Miedz Legnica [Kupfer Liegnitz]. Die Gewinner werden während einer Gala im Bad-Theater der Animation in Hirschberg [Jelenia Gora] geehrt.

Jürgen Gretschel ist als „bunter Hund“ in Liegnitz nicht erst seit der „Wende“ von 1989/90 bekannt und ein echtes Phänomen. Betritt der Kettenraucher mit sonorer Stimme eine Bühne, so füllt er diese sofort mit voller Präsenz und die Aufmerksamkeit ist ihm sicher. Während des Krieges in Liegnitz geboren, verlor er seine Eltern und blieb nach dem Krieg bei den Großeltern in Liegnitz. Die kuriose Situation der Stadt, die sich lange von allen anderen in Ostdeutschland unterschied, kann kein Zeitzeuge so anschaulich wie Jürgen Gretschel beschreiben: „Obwohl im Umland die deutsche Bevölkerung vertrieben wurde, wie es damals Mode war – denn man wollte Niederschlesien ja ‚besenrein‘ haben“, so Gretschel mit schelmischer Zunge, „blieben etwa 20 000 Deutsche. Und da die Russen hier ja ihr militärisches Hauptquartier nahmen, entwickelte sich die Innenstadt deutsch-russisch, während nur langsam von den Außenbezirken die Polen in die Stadt drangen.“ In den Russen hätten die Deutschen sogar ihre Beschützer gefunden. „Die Russen, die die Deutschen mit ihrem Sachverstand brauchten, nahmen sich die Viertel mit den schönsten Villen und ließen die Deutschen jeweils im Nachbarhaus wohnen. So waren die eleganten Teile der Verwaltungsstadt in russischer Hand und wir standen unter ihrem Schutz.“ Gretschel schafft es mit solch unerwarteten Inhalten auch polnisches Publikum zu fesseln. So erlangte er auch Bekanntheit als ebenso reflektierter wie überaus selbstbewusst dokumentierender Zeitzeuge in einer polnischen Fernsehdokumentation über die unmittelbare Nachkriegszeit.

Jürgen Gretschel Bild: Till Scholtz-Knobloch

Das deutsche Leben in Liegnitz, Schweidnitz [Swidnica] und auch Waldenburg [Walbrzych] blieb anders als in anderen Regionen lange erhalten. Bis zur großen Aussiedlungswelle von 1956, durch die der Anteil der Deutschen in Liegnitz dann von 3000 auf 100 Menschen einbrach, gab es sogar deutsche Schulen und Sportvereine, das deutsche Theater in Schweidnitz und sogar die sozialistische deutsche Tageszeitung „Arbeiterstimme“. „Als ich 20 Jahre später als einer der letzten Mohikaner für das neue Woiwodschaftsamt in Liegnitz nominiert wurde, schien es der Führung dann doch zu heikel – einer mit Ü im Namen konnte doch kein hohes Amt übernehmen“, blickt Gretschel zurück.

Der intelligente Deutsche, der 1959 einen Ausweis als Staatenloser und 1971 die polnische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, konnte trotz des Stigmas seiner Herkunft dennoch eine kleine Karriere machen und wurde zum Betriebsratsvorsitzenden des Liegnitzer Verkehrsbetriebs gewählt. Die zunächst touristische Auseinandersetzung mit seiner Heimat führte ihn in den staatlichen Polnischen Tourismusverband PTTK. In dieser Arbeit verstand er es geschickt, Verbindungen zu knüpfen und junge Menschen für die Flora und Fauna sowie zunehmend auch die Geschichte der Heimat zu sensibilisieren. Mit dem ethnografischen Museum Liegnitz hat er ein Lehrbuch für Regionalkunde der mit 101 000 Einwohnern kleinsten Großstadt der Republik Polen entwickelt. Hohe Akzeptanz findet Gretschel auch dadurch, dass er nie auf das deutsche Schicksal allein fokussiert war. Durch seine Ehefrau aus den sogenannten ostpolnischen Gebieten konnte er dies glaubwürdig verkörpern. In seiner Freizeit beschäftigt sich Gretschel mit Modellbau und der Schifffahrt auf der Oder. Auch diese Passion hat der Ausgezeichnete, der auf offiziellen Empfängen oder Festen stets in deutscher Tracht erscheint, mit Ausstellungen schon öfter in die Öffentlichkeit gezogen. *Edmund Pander*



ZUM 97. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bauch, Erna, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. März
Jelonnek, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 9. März
Jeziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 6. März
Schlick, Irmgard, geb. **Schipper**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Balszuweit, Herta, aus Lyck, am 5. März
Kröhnert, Bruno, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 4. März
Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Briese, Elisabeth, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März
Falke, Hanna geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. März
Haimburger, Sigrid, aus Kondehnen, Kreis Samland, am 5. März
Höllger, Kurt, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 7. März
Hopfeld, Elfriede, geb. **Jeromin**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März
Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März
Mews, Käthe, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. März
Meyer, Edith, geb. **Brandstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Pogodda, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März
Selleneit, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. März
Sulimma, Kurt, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. März
Wach, Hildegard, geb. **Sczuplinski**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 10. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 9. März
Bernecker, Gisela, geb. **Maetz**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 6. März
Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Brosch, Elfriede Lotte, geb. **Samorski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Brüggemann, Hildegard, geb. **Onischke**, aus Wehlau, am 6. März
Fligge, Heinz, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 4. März
Kensy, Helmut, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März
Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. **Fahrun**, aus Lyck, am 4. März
Lüdke, Herta, geb. **Naumann**, aus Bludau, Kreis Samland, am 6. März
Neumann, Marta, geb. **Babick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März
Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Preuschoff, Gertrud, geb. **Kather**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 8. März
Statnik, Margarethe, geb. **Riechert**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 6. März
Thiemicke, Martha, geb. **Kruppa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 10. März
Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alex, Siegfried, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 8. März
Bernhard, Rosemarie, geb. **Hermes**, aus Pillau, Kreis Samland, am 5. März
David, Charlotte, geb. **Sköries**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März
Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Samland, am 6. März
Lasota, Liesbeth, geb. **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März
Moissl, Hildegard, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 4. März
Naujek, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. März
Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März
Wolfram, Helene, geb. **Stach**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Waltraud, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 5. März
Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 8. März
Falk, Horst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 9. März
Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März
Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Merkel, Hildegard, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. März
Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 10. März
Semler, Anneliese, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März
Stellwagen, Ingeborg, aus Mogilno, Kreis Posen, am 5. März
Tienken, Gerda, geb. **Reschies**, aus Neudescherin, Kreis Elchniederung, am 8. März
Wenzel, Anneliese, aus Lyck, am 4. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boelter, Elfriede, geb. **Waschkewitz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März
Debes, Erika, geb. **Herrmann**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 4. März
De Groot, Edith, geb. **Kompa**, aus Ortelsburg, am 5. März
Dürselen, Wolfgang, am 7. März
Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März
Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März
Jankowsky, Kurt, aus Rudau, Kreis Samland, am 8. März
Keßler, Christel, geb. **Pelletier**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März
Rapelius, Hans-Joachim, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 9. März
Reiser, Reinhard, aus Blöcken, Kreis Labiau, am 4. März
Rogalla, Anna, geb. **Luka**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. März
Rollmann, Erika, geb. **Hein**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schneider, Helene, geb. **Bodem**, aus Schöntal, Kreis Goldap, und Wolfssee, Kreis Lötzen, am 7. März
Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 10. März
Steltz, Irmgard, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März
Zimmermann, Elfriede, geb. **Metzdorf**, aus Adlersdorf, am 6. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berft, Erika, geb. **Orgas**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 7. März
Berger, Käthe, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 8. März
Bessel, Hans, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 8. März
Birth, Horst, aus Seerappen, Kreis Samland, am 6. März
Bojahr, Herbert, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. März
Dudde, Günter, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. März
Endrullat, Edith, geb. **Labrenz**, aus Borkenwalde, Kreis Angerburg, und Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, und Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. März
Engelke, Anneliese, geb. **Witt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. März
Ewert, Ingrid, geb. **Hollweg**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 4. März
Fallik, Lotte, geb. **Lengemann**, am 10. März
Garrn, Margit, geb. **Zechlin**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. März
Goerke, Dietrich, aus Brasdorf, Kreis Samland, am 7. März
Hasenpusch, Ilse, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 6. März
Janz, Ulrich, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 9. März
Klasen, Christel, geb. **Jörgens**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 106, am 7. März
Labusch, Horst, am 8. März
Mai, Alma, geb. **Kuhnert**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 9. März
Poggenberg, Irmgard, geb. **Wiese**, aus Kolbnicken, Kreis Samland, am 6. März
Przygodda, Hedwig, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Raudschus, Erwin, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. März
Salmon, Edelgard, geb. **Sentek**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 6. März
Schiewe, Karl-Heinz, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 9. März
Stepputt, Hans-Werner, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 5. März
Stobbe, Walter, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Burandt, Hannelore, geb. **Schettler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. März
Cichy, Gerda, geb. **Littek**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. März
Duhrmann, Dorothea, geb. **Gaudßun**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 8. März
Gerlach, Erika, geb. **Eichenberger**, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 4. März
Glasenapp, Gertrud, geb. **Kowalski**, aus Kreis Neidenburg, am 5. März
Grontzki, Hans-Dieter, aus Neidenburg, am 6. März
Handt-Graumann, Dolores, geb. **Handt**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 10. März
Hartroth, Siegfried, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 8. März
Heick, Irmgard, geb. **Scheffler**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. März
Hellwich, Eva, geb. **Jegodowski**, aus Ortelsburg, am 5. März
Hentschel, Helga, geb. **Krebstekies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. März
Jachow, Helga, aus Königsdorf, Kreis Mohrungen, am 7. März
Klede, Erich, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 8. März
Klein, Bruno, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 9. März
Körner, Ursula, geb. **Znoyek**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 6. März
Krausse, Gerda, geb. **Wiborny**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 10. März
Krebs, Günter, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 6. März
Kueßner, Margret, geb. **Knöppke**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 5. März
Laupichler, Lothar, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. März
Mohr, Manfred, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Olk, Oswald, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Piest, Edith, geb. **Ackermann**, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, am 4. März
Pulinna, Werner, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. März
Quednau, Lislott, geb. **Klaus**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 7. März
Schöttke, Walther, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 5. März
Schulz, Irmgard, geb. **Itzek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Senff, Gustav, aus Kreis Neidenburg, am 4. März
Tarrach, Arnold, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Tinney, Erich, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 10. März
Unruh, Eckhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. März
Vermeersch, Waltraut, geb. **Nobars**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 6. März
Wehmeyer, Renate, geb. **Fathschild**, aus Königsberg, Claastraße 23a, am 5. März
Wiezorrek, Willi, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 5. März
Wittke, Günter, aus Germau, Kreis Samland, am 9. März
Wohlgemuth, Kurt, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. März
Wunsch, Inge, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 10. März
Zuncker, Waltraut, geb. **Kleist**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 8. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brand, Josef, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 4. März
Dittkrist, Otto, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 4. März
Fehrenz, Gerhard, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. März
Gradtke, Ingolf, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 6. März
Mackensen, Wilhelm, aus Kreis Neidenburg, am 6. März
Nienke, Reinhold, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 7. März
Ohnesorge, Ortrud, geb. **Gieseler**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 7. März
Rohde, Manfred, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Schuppe, Helga, geb. **Böhm**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 6. März
Szepannek, Günter, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Trunschel, Peter, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 8. März



Zastrau, Erich, aus Wittingen, Kreis Lyck, und Ehefrau Herta, geb. **Meyer**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 10. März

TERMINE DER LO

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 5. März, 11.30 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte: Hitlers Schloss in Schlesien.
SONNABEND, 5. März, 12.45 Uhr, Einsfestival: Hauptsache dagegen: Wie Proteste die Republik lahmlegen.
SONNABEND, 5. März, 13.15 Uhr, Tagesschau24: Geheimnisvolle Orte: Görings Ministerium.
SONNABEND, 5. März, 17.15 Uhr, Phoenix: Hitler & Stalin. Porträt einer Feindschaft. Dokumentation, D/I/GB/RUS 2008.
SONNABEND, 5. März, 18.45 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte: Das russische Potsdam.
SONNABEND, 5. März, 19.30 Uhr, Tagesschau24: Milliardenindustrie Flüchtlingshilfe.
SONNTAG, 6. März, 9.15 Uhr, Tagesschau24: Geheimnisvolle Orte: Der Aachener Dom.
SONNTAG, 6. März, 14.15 Uhr, ZDFinfo: Propagandaschlacht im Kalten Krieg. Dokumentation, CDN 2011.
SONNTAG, 6. März, 15.35 Uhr, ZDFneo: Das Diesel-Rätsel – Der Dieselmotor: Ein Antrieb für mehr Gerechtigkeit.
SONNTAG, 6. März, 20.15 Uhr, 3sat: Zwei rechnen ab. Western über die Schießerei am O. K. Corral, USA 1957.
SONNTAG, 6. März, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Geh voran, Pionier! – Die DDR und ihre Kinder.
SONNTAG, 6. März, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Freundschaft! – Die Freie Deutsche Jugend. Dokumentation, D 2009.
SONNTAG, 6. März, 22.15 Uhr, 3sat: Tombstone. Western über die Schießerei am O. K. Corral, USA 1993.
MONTAG, 7. März, 23.30 Uhr, Das Erste: Der Kyffhäuser.
DIENSTAG, 8. März, 15.15 Uhr, NDR: Ostpreußens Norden (1/2): Von Königsberg bis zur Memel. Dokumentation, D 2008.
DIENSTAG, 8. März, 20.15 Uhr, RBB: Luise – Königin der Herzen. Dokumentation, D 2009.
DIENSTAG, 8. März, 20.45 Uhr, MDR: Die Festung Königstein: August der Starke kehrt zurück.
DIENSTAG, 8. März, 22.40 Uhr, 3sat: Rosa Luxemburg. Biografie, D 1986.
MITTWOCH, 9. März, 15.15 Uhr, NDR: Ostpreußens Norden (2/2): Von Tilsit nach Trakehnen. Dokumentation, D 2008.
MITTWOCH, 9. März, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Abzocke in Deutschland – Kartelle auf Kosten der Kunden.
MITTWOCH, 9. März, 2.15 Uhr, ZDFneo: Queen Victoria – Eine königliche Familiensaga, GB 2013.
DONNERSTAG, 10. März, 13.50 Uhr, Arte: Der letzte Kaiser. Monumentalepos über Aisin Gioro Puyi, GB/VRC 1987..
FREITAG, 11. März, 20.15 Uhr, WDR: Geheimnis Möhnetalsperre. Dokumentation, D 2014.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN





BADEN-WÜRTTEMBERG

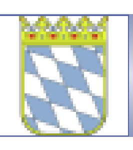
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 5. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Stuttgart: Ostermarkt unter Beteiligung vieler Landsmannschaften mit ihren Spezialitäten und kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Bärenfang, Schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, Ostpreußische Raderkuchen, Machandel und vieles mehr. Dazu stellen die Landsmannschaften ihre vielfältige handwerkliche Kunst aus wie Bunzlauer Tippel, Trachten nebst Zubehör, musikalische Raritäten, antiquarische und moderne Literatur. Die Ostpreußen sind zusammen mit der Landesgruppe durch den Stand „Textile Volkskunst aus Ostpreußen" vertreten. Zu finden sind dort unter anderem Bernsteinschmuck, Jostenbänder, Doppelstrick- und Kreuzsticharbeiten sowie Schlaufenhandschuhe. Wie jedes Jahr findet wieder eine Tombola statt.

Frauengruppe – Dienstag, 15. März, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Uta Lüttich trifft sich mit der Frauengruppe. Thema des Nachmittags ist „Ostern damals und heute". Was hat sich von unseren vielfältigen Osterbräuchen bis in die heutige Zeit erhalten? Dazu werden Frühlingslieder gesungen, Gedichte und Geschichten vorgetragen. Auch die Herren der Kreisgruppe, Gäste und die Westpreußen sind herzlich willkommen.

Ludwigsburg – Donnerstag, 17. März, 15 Uhr, Kronenstube, Kronenstraße 2: Frühlingsfest.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 12. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

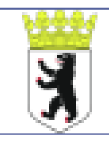
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach –Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Orangerie: Frühlingssingen, Geschichten und Gedichte aus dem Nordosten.

Bamberg – Mittwoch, 16. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über „Christliche Ikonographie in Ostpreußen"

Landshut– Dienstag, 14. März, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel": Frühlingssingen mit Gitarrespieler.

München – Sonnabend, 5. März, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, gemeinsamer Kaffeetafel und Filmvorführung. – Freitag, 11. März, Haus des deutschen Ostens: Treffen der Frauengruppe.

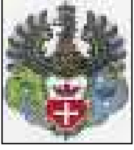


BERLIN

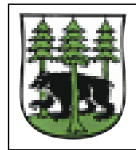
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



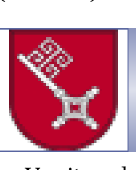
Frauengruppe – Mittwoch, 9. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen unter dem Motto „Langsam kommt der Frühling". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Donnerstag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Tel: 494 44 04



Rastenburg – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

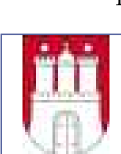


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Auch das Bremer Archiv der Ostpreußen und Westpreußen hat einen Beitrag zugesteuert: Bis zum 13. März ist im Schuppen Eins die Ausstellung „Mobilität im Wandel" zu sehen. Bremens Archive präsentieren Dokumente und Fotografien rund um die Geschichte des Fahrrads, des Automobils, der öffentlichen Verkehrsmittel und der Luftfahrt. „Wir als Landsmannschaft denken beim Thema Mobilität an die den Vertriebenen 1945 aufgezwungene Mobilität, nämlich Flucht und Vertreibung aus der Heimat. Mit sehr aussagekräftigen Archivalien, die uns von Mitgliedern übereignet wurden, wollen wir die Besucher an diese schlimme Zeit erinnern und versuchen, Mitgefühl für die Menschen zu erzeugen, die dieses Inferno bestehen mussten", erläutert Heinrich Lohmann, Vorsitzender der Bremer Ostpreußen, den eigenen Ausstellungsbeitrag.

Die Ausstellung ist Montag bis Freitag zwischen 12 und 18 Uhr, sowie Sonnabend und Sonntag zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. Adresse: Schuppen Eins, Zentrum für Automobilkultur und Mobilität, Konsul-Smidt-Straße 20–26, 28217 Bremen. Internet: www.schuppeneins.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Mittwoch, 31. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg.

KREISGRUPPEN



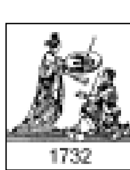
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPEN

Bergedorf – Freitag 11. März, 12 Uhr, Bahnhof Lohbrügge: Fischessen der Frauengruppe. Vom Bahnhof Lohbrügge geht es in einer Fahrgemeinschaft zum Restaurant Lüttenburg am Kirchwerder Elbdeich.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

SALZBURGER VEREIN

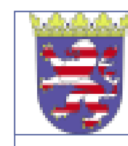


Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen – Sonnabend, 5. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41, Hamburg: Treffen des Salzburger Vereines (SV) mit folgendem Programm:

1) Vortrag zum Thema „Goldegg im Pongau – Chronik der Gemeinde. Emigration 1732 und Jahrestreffen 2016

2) Vorführung des Filmes „Ostpreußen – Biografie einer Provinz" (H. Pölking 2015)

Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

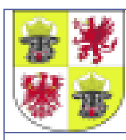
Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Wiesbaden – Dienstag, 8. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag unter dem Motto „Im Märzen der Bauer". Gäste sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 12. März, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Anmeldungen bis spätestens 4. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

– Ankündigung –

Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung. Die dreijährige Amtszeit des derzeitigen Vorstandes und des Kassenprüfer endet am 19. März, so dass in beiden Fällen Neuwahlen erforderlich sind. Die Tagesordnung: 1) Abstimmung über die Tagesordnung, 2) Feststellung der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3) Geschäftsbericht des Vorstandes, 4) Berichte von Schatzmeister und Kassenprüfer, 5) Aussprache zu den Tagesordnungs-Punkten drei und vier, 6) Entlastung des Vorstandes, 7) Wahl des Wahlleiters, 8) Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer, 9) Verschiedenes

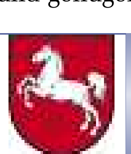
Nach dem offiziellen Teil ist ein Vortrag mit Bildern vorgesehen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 12. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Baustraße / Nähe Markt: Großes Heimattreffen. Zu diesem besonderen Anlass sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Erwartet wird Wilhelm von Gottberg, der am 9. März 1991 an der Wiege des Verbandes stand. Schon damals kamen mehr als 500 Landsleute ins Theater Anklam – seitdem haben die Besucherzahlen nicht nachgelassen. Das Programm wird von der Blasmusik Redefin umrahmt. Liebe Gäste aus Ostpreußen reisen extra zum Jubiläum nach Anklam an, so der russische „Kant-Chor Gumbinnen" aus dem Königsberger Gebiet, der Heimatchor „Warmia" aus Heilsberg und die Jugendtanzgruppe „Saga" aus Bartenstein. Weitere Ehrengäste sind Heinrich Hoch und Barbara Ruzewicz vom deutschen Dachverband in Ermland-Masuren sowie Magdalene und Arnold Piklaps vom Deutschen Verband im Memelland. Wie immer ist ausreichend für Mittagessen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend Parkplätze gesorgt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall: Jahresversammlung mit Wahlen

Osnabrück – Dienstag, 8. März, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg: Kegeln. – Sonnabend, 12. März, 11 Uhr, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum Dienstag, 1. März, bei Else Tober, Telefon 13993614, oder Barbara Kleine, Telefon 74282. – Freitag, 18. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld einen Vortrag zum Thema „Hansestadt Danzig – Stadtkultur und Backsteingotik" halten. Mit dem Schiller-Zitat „.... und neues Leben blüht aus den Ruinen" könnte man den Wiederaufbau der alten deutschen Ostseemetropole an der Mottlau, einem Mündungsarm der Weichsel, umschreiben. Im Mittelpunkt des Vortrags steht die Entwicklung Danzigs von den Anfängen um das Jahr 1000 über die Erlangung des Magdeburger Stadtrechtes im Jahr 1295 bis zur gegenwärtigen Situation. Der Einfluss des Deutschen Ritterordens und der Hanse wird ebenfalls gewürdigt werden. Mit zahlreichen Bildern aus alter und neuer Zeit wird Professor Schürmann seinen Vortrag illustrieren. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de. Internet: www.myheimat.de/2740161



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Dortmund – Montag, 21. März, Heimatstube, 14.30 Uhr, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 8, März, 19 Uhr, Raum 311, GHH: „Mythos Czernowitz. Nur ein Ort der Literatur?“ – Vortrag mit Helmut Braun. – Mittwoch, 9. März, 19 Uhr, GHH: „M – eine Stadt sucht einen Mörder“ – Filmvorführung.– Donnerstag, 10. März, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 11. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's: Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Sonnabend, 12. März, 15 Uhr, Konferenzraum, GHH: Frühling in Schlesien. – Dienstag, 15. März, 19 Uhr, GHH; „Es war einmal Masuren“ – Vortrag und Filmvorführung zum 20. Todestag von Wolfgang Koeppen und Peter Goedel. – Sonnabend, 19. März, 12 Uhr, GHH: Vortrag „Das evangelische Pfarrhaus – 300 Jahre Glaube, Geist und Macht“:

Gütersloh – Sonntag, 6. März, 15 Uhr, Brauhaus Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Anträge bitte bis zum 1. März an den Vorsitzenden Ekkard Jagalla. – Donnerstag, 24. März, Café im Wohnpark Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Osterfeier am Gründonnerstag, Anmeldung bis spät. 20.03. bei den Mitgliederbetreuerinnen oder bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919.

Witten – Montag, 21. März, 15 Uhr. Evangelisches Gemeindehaus (EG): Filmbeitrag über Ostern in Ostpreußen.

– Termine –

Weitere Veranstaltungen für 2016 zum Vormerken:

Montag, 18. April, 15 Uhr, EG: Beiträge in ostpreußischer Mundart

Montag, 23. Mai, 15 Uhr, EG: Deutsche Lieder und Wanderlieder

Montag, 20. Juni, 15 Uhr, EG: Ostpreußische Kaffeetafel mit humorvollen Beiträgen

Juli, 14 Uhr: Schifffahrt und Kaffeetrinken auf der Schwalbe;

Montag, 15. August, 15 Uhr, EG: Berichte über Reisen nach Ost- und Westpreußen

Montag, 19. September, 15 Uhr, EG: Gemeinsames Essen

Montag, 17. Oktober, 15 Uhr, EG: Fragen und Wissen über ostdeutsche Kulturgüter

Montag, 21. November, 15 Uhr, EG: Film über die Rominter Heide

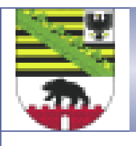
Montag, 19. Dezember, 15 Uhr, EG: Weihnachtsfeier mit Singen und Musizieren



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 5. März, 15 Uhr, Mundus Residenz Mainz, Große Bleiche 44: „Ein Sommer in Masuren“ – Filmvorführung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 18. März, 14 Uhr: Besuch und Vorstellung der neu gewählten Bürgermeisterin von Gardelegen

Magdeburg – Freitag, 11. März, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 13. März, 14 Uhr: Frühlingsanfang mit einem Überraschungsgast. – Dienstag, 15. März, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 10. März, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Das erste Monatstreffen der Landsmannschaft nach dem Fleckessen im Januar und dem Winterfest im Februar beginnt mit der Jahreshauptversammlung. Nach dem Procedere wartet ein interessanter Vortrag von Egon Milbrod auf die Mitglieder und Gäste. Diesmal kein Reisebericht, sondern er kommt als Hörgeräteakustiker, um mit seinem Referat „Gut hören – aber wie?“ Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, die dem einen oder anderen helfen könnten.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Am Donnerstag, 21. April – gleicher Ort und gleiche Zeit - folgt dann das Monatstreffen mit Dr. Gie Vandehult, einer Fachärztin für plastische Chirurgie in Bad Schwartau. Über ihr ehrenamtliches Engagement zusammen mit dem Orthopädiemeister Alfred Klindwort auf Madagaskar und über die Unterstützung medizinischer Hilfseinsätze wollen beide mit einem interessanten und spannenden Filmvortrag berichten. – Zwei Termine, die man sich nicht entgehen lassen sollte!

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Gerda Maschmann aus Neustadt. berichtet über „Die positiven Seiten des Älterwerdens“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Dienstag, 15. März, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldungen nur bei Herrn Wolfgang, Telefon (0461) 64847. – Donnerstag 17. März, 15 Uhr TSB-Gaststätte: Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften mit Kaffeetafel.

Neumünster – Mittwoch, 9. März, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen. Anschließend noch „en Krepsch voll Humor und Plachandern unter Heimatfreunden“.

Pinneberg – Sonntag, 20. März, 16 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70d: Jahreshauptversammlung mit Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden, Kassenprüfers und Beisitzers. Anschließend gemeinsames Abendessen.

Uetersen – Freitag, 18. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7, Uetersen: Edmund Ferner war mit einer Ostpreußengruppe auf Kuba und hält einen Dia-Vortrag darüber.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Beim Neujahrsempfang von Allenstein-Land (v.l.): Herbert Monkowski, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft, Malgorzata Chyziak, Allensteiner Landrätin, Anna Wagner, Partnerschaftsbeauftragte für den Landkreis Allenstein, Michael Lübbersmann, Osnabrücker Landrat und Hans-Peter Blasche, Kreisvertreter Bild: Artur Korczak

ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Vorstandssitzung

Der aus fünf Mitgliedern bestehende geschäftsführende Vorstand kam zusammen mit zwei aus seinen Reihen hervorgegangenen Ehrenmitgliedern in der ersten Januarhälfte am Sitz des Paten in Hagen a.T.W. zur Beratung zusammen. An Hand von zwölf Tagungsordnungspunkten wurde Rückschau auf das Vereinsgeschehen 2015 gehalten und Vorausschau auf 2016 genommen. Breiten Raum nahm das neue, rund 300 Seiten starke „Heimatjahrbuch Weihnachten 2015“, seine Bewertung und die hierauf eingegangenen Spenden ein. Der Vorstand, einschließlich seines Schatzmeisters, zeigte sich sehr zufrieden und dankte den Redakteuren, die hiermit den Dank an die einzelnen Autoren weiter geben. Weiterhin wurden erste Vorbereitungen für die am 16. April um 11 Uhr im Rathaus zu Hagen a.T.W. stattfindende Jahreshauptversammlung und für das zusammen mit der Stadtgemeinschaft Allenstein am 9. / 10. September im Schloss Horst in Gelsenkirchen auszurichtende Heimattreffen unternommen. Es ist beabsichtigt, zum Thema „deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1948“ die dänische Buchautorin deutscher Abstammung, Annette Foth-Jakobsen, mit ihrem bekannten Bildvortrag zu Wort kommen zu lassen, zumal viele Flüchtlinge aus Stadt und Land Allenstein in Dänemark interniert waren, auch am Wohnsitz der Referentin auf dem Militärflugplatz in Gammel Rye, Jütland.

Das Archiv unserer Kreisgemeinschaft, das jahrelang Klaus Schwittay führte, wurde wegen seiner anhaltenden Erkrankung und des Verkaufs seines Hauses in Kierspe in diesen Tagen von den Vorstandsmitgliedern in die Heimatstube nach Hagen a.T.W. verbracht, wo es zumindest vorübergehend gelagert wird.

Neujahrsempfang

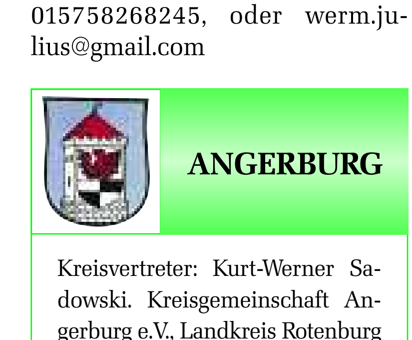
Im Anschluss an die Vorstandssitzung fand vor Ort der schon zur Tradition gewordene Neujahrsempfang der Kreisgemeinschaft statt. Kreisvertreter Hans-Peter Blasche begrüßte als Vertreter unseres Paten, dem Landkreis Osnabrück, Landrat Michael Lübbersmann, seine Vertreterin Susanne Brewe und den Partnerschaftsbeauftragten Karl-Heinz Finkemeyer sowie mit dem früheren langjährigen Landrat Manfred Hugo und den ehemaligen Osnabrücker Bundestagsabgeordneten Georg Schirmbeck zwei Ehrenmitglieder unserer Kreisgemeinschaft. Willkommen geheißen wurden von unserem Paten aus der Gemeinde Hagen a.T.W. Bürgermeister Peter Gausmann, seine Vertreterin sowie Altbürgermeister Hubert Große Kracht, ebenfalls Ehrenmitglied. Ein besonderer Gruß galt der angereisten neuen Allensteiner Landrätin Malgorzata Chyziak und ihrer Begleitung, der Vorsitzenden des Allensteiner Kreistages Alicja Wasik sowie der polnischen Partnerschaftsbeauftragten und Dolmetscherin Anna Wagner und des Allensteiner Reiseschriftstellers Wojciech Kujawski. In seiner Begrüßungsrede ging der Kreisvertreter auf die zahlreichen Paten-schafts- und Partnerschaftsverträge unter den Beteiligten ein, auf die wegen der hohen Jubiläumsjahre mit Stolz zurückgeschaut werden kann. Er sicherte zu, die bestehenden Kontakte im Interesse von Völkerverständigung und Versöhnung auch weiterhin zu pflegen.

Große Freude bereitete die Allensteiner Landrätin den deutschen Gästen dadurch, dass sie den Reiseschriftsteller W. Kujawski zu Wort kommen ließ, der in ihrem Namen die von ihm jüngst in polnischer sowie deutscher Sprache herausgebrachten Reiseführer, geordnet nach Flussläufen, und reich mit historischen und neuzeitlichen Bildern versehen, den deutschen Teilnehmern zum Geschenk machte.

Altbürgermeister Hubert Große Kracht, der am Vortage sein 91. Lebensjahr vollenden konnte, wurde von den Allensteinern für sein seit 1990 anhaltendes Unterstützen in der kommunalen Neuordnung in Polen besonders ausgezeichnet. Horst Tuguntke

Kirchspieltreffen Braunswalde

Nach den unglücklichen Ereignissen im Mai 2015, die das Durchführen des traditionellen Heimattreffens der Braunswalder Gemeinde verhindert haben, wurde das nächste Heimattreffen auf den 16. und 17. April festgelegt, der Ort wie schon die Jahre zuvor in Münster-Handorf, Petronillaplatz 9 im Hotel und Restaurant „Eyncks“. Der Höhepunkt ist für Sonnabend, den 16 April, ab 15 Uhr mit Live-Musik vorgesehen. Alle anreisenden Gäste werden dringend gebeten möglichst schnell ihre Zimmerreservierungen unter der Telefonnummer (0251) 932090 oder Fax (0251) 9320944 vorzunehmen und bereits für Freitag den 15 April zu sichern. Rückfragen bei Julius Wermter unter der Nummer 015758268245, oder werm.julius@gmail.com



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Günther Kuhn zum 80. Geburtstag

Günther Kuhn vollendet am 13. März sein 80. Lebensjahr. Er wurde als Sohn des Kreisoberinspektors Paul Hugo Kuhn in Angerburg geboren und hat nach dem Tode seines Vaters im Jahr 1941 bis zur Flucht im Januar 1945 mit seiner Mutter bei seinen Großeltern in Angerburg gelebt.

In Hannover hat Günther Kuhn seine schulische Ausbildung abgeschlossen und anschließend eine dreijährige Ausbildung zum Industriekaufmann absolviert. Von 1953 bis zu seinem Eintritt in die Bundeswehr im Jahr 1959 betätigte er sich in der Christlichen Pfadfinderschaft. Am 1. Oktober 1953 trat er als Freiwilliger in die Bundeswehr ein und versah dort bis zum 31. März 1993 seinen Dienst, zuletzt als logistischer Stabsoffizier im Stab eines Luftwaffenversorgungsregiments mit dem Dienstgrad eines Oberstleutnants.

Erst nach seiner Pensionierung im Jahr 1993 konnte er in die Ostblockstaaten reisen. Bereits seine erste Reise führte ihn in seinen Heimatkreis Angerburg. Dort traf er mit dem langjährigen Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg, Friedrich-Karl Milthaler, zusammen, der ihn für eine Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft gewinnen konnte. Mit voller Kraft nahm Günther Kuhn seine Arbeit in der Kreisgemeinschaft auf und erstellte eine EDV gestützte Kreisdatei mit 27000 Eintragungen. Ferner hat er in mühevoller Arbeit die von Bernd Braumüller in 24 Jahren gesammelten Informationen über Angerburg und seine Menschen von 1994 bis 2002 zur Druckreife gebracht.

Angerburg von A-Z ist ein Nachschlagewerk und enthält auf 828 Seiten Wissenswertes über

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Socken und Co.

Eine Handarbeits-Ausstellung in Kiel

Am Sonnabend, den 12, und Sonntag, den 13. März, feiert die Arbeitsgemeinschaft »Hilfe für Euch“ ihr 33-jähriges Bestehen und lädt zu einer Jubiläumsausstellung ins Kieler Gemeindehaus Vicelin, Paul-Flemming-Straße 2, ein. In Ostpreußen gefertigte Handarbeiten werden zum Verkauf angeboten. Die Ausstellung wird mit einem Festakt am Sonnabend um 15 Uhr eröffnet. Den musikalischen Rahmen gestalten die Weißrussin Lena Buko (Hakbrett), Thomas Walther (Klavier), Kirsten Redlin (Mezzosopran) und Tilman Schmidt (Bass). Der Festakt klingt mit einem Umtrunk und ostpreußischen Häppchen aus. Danach ist die Ausstellung bis 19 Uhr geöffnet sowie am Sonntag zwischen 11 und 17 Uhr.

Unter dem Thema „Frühlingsläuten“ werden an beiden Tagen Accessoires für Wohnzimmer, Küche, Garten und Bad angeboten. Da es im März und April noch einmal frostig werden kann, gibt es auch Socken und Handschuhe. Diejenigen, die sich etwas Süßes gönnen oder verschenken möchten, können handgemachtes Konfekt, Honig, Bärenfang oder hausgemachte Konfitüren kaufen. Die beliebten Rezeptbüchlein, Fotokarten, Scherenschnitte und andere – auch österliche – Geschenkartikel sind ebenfalls zu erwerben.

Der Erlös der Ausstellung geht einerseits an die Frauen in Ostpreußen, die die Handarbeiten zur Ergänzung ihrer kargen Renten hergestellt haben, und an weitere etwa 300 Bedürftigen, die von der Arbeitsgemeinschaft betreut werden.

Ulrike Madeya



Jubiläumsveranstaltung von „Hilfe für euch“: Für einen guten Zweck werden Socken, Hausschuhe, Taschen und andere Handarbeiten verkauft Bild: Madeya

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Land und Leute, Geschichte und Kultur. Die erste Auflage erschien im Jahr 2002. Günther Kuhn gehört seit 1994 der Angerburger Kreisvertretung und seit 2002 mit kurzer Unterbrechung auch dem Vorstand an. Von der väterlichen Seite stammt die Familie Kuhn aus dem Elbinger Raum. Sie lebte nachweislich seit 1596 in Lenzen, dem größten Kirchdorf auf der Elbinger Höhe. 2001 wurde Günther Kuhn zum stellvertretenden Heimatkreisvertreter von Elbing-Land und ab 2003 auch zum Heimatkreisvertreter sowie 2008 auch zum Heimatkreisvertreter von Elbing-Stadt gewählt.

Es ist ihm gelungen die beiden Heimatkreisgemeinschaften zu aktivieren und auch die Patenschaft mit der Stadt Bremerhaven wieder zu beleben. Aber auch im Vorstand der Ost- und Westpreußen in der Stadt Bremen arbeitet Günther Kuhn aktiv mit. Die ehrenamtliche Heimatarbeit nimmt ihn voll in Anspruch. Für sein ehrenamtliches Engagement in der Kreisgemeinschaft Angerburg wurde Günther Kuhn im Jahr 2002 mit dem „Silbernen Ehrenzeichen“ der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Mit der Verleihung der „Goldenen Ehrennadel“ des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2015 wurde sein außerordentlicher Einsatz in der Heimatarbeit gewürdigt. Vorstand und Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerburg gratulieren Günther Kuhn ganz herzlich zu seinem 80. Geburtstag und wünschen ihm für das neue Lebensjahrzehnt alles Gute, insbesondere Gesundheit und Freude an der Heimatarbeit.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter

Heimatpolitische Tagung

Eine Rednerin mit einem klangvollen Namen hatten die Organisatoren der diesjährigen Heimatpolitischen Tagung nach Rotenburg (Wümme) geholt. Tatjana Gräfin von Dönhoff las aus Ihrem Buch „Die Gustloff“ und berichtete von der Katastrophe, die sich am 30. Januar 1945 in der Ostsee abspielte und zum größten Unglück der Seefahrtsgeschichte werden sollte.

Eingeladen zur 58. Heimatpolitischen Tagung hatten die Kreisgemeinschaft Angerburg zusammen mit dem Landkreis. Drei Vorträge, die sich mit der Geschichte der Region und der Bewohner Ostpreußens befassten, standen auf dem Programm. Kurt-Werner Sadowski, der Kreisvertreter der Angerburger, eröffnete am Sonnabend die Veranstaltung in der Mensa der Theodor-Heuss-Schule in Rotenburg (Wümme). Viele Vertreter Ostpreußens und Freunde der Angerburger waren gekommen. Landrat Hermann Luttmann und Bürgermeister Andreas Weber sprachen zu Beginn ein Grußwort.

Im Anschluss stellte Tatjana Gräfin von Dönhoff ihr Buch „Die Gustloff“ vor. Gräfin von Dönhoff arbeitet als Journalistin und Autorin. Sie ist die Großnichte von Marion Gräfin Dönhoff.

Sie berichtete zunächst, wie sie überhaupt auf das Thema der Gustloff kam. Als Autorin hatte sie bereits das Buch zu dem erfolgreichen Fernsehzweiteiler „Die Flucht“ mit Maria Furtwängler geschrieben. So sei auch die Bitte an sie herangetragen worden, zu dem Film „Die Gustloff“ das Buch zu verfassen. Ein halbes Jahr recherchierte die Hamburgerin, die ihre Wurzeln in Ostpreußen und in Westphalen hat. Durch das Lernen der damaligen Marinesprache, dem Studium der Originalbaupläne und dem Sammeln von Informationen über das Schwesternschiff, wollte sie das Ziel größtmöglicher historischer Genauigkeit erreichen. Zudem war es für die Erstellung des Buches notwendig, mit vielen Überlebenden und Angehörigen der Opfer dieser Katastrophe zu sprechen.

In Ihrer Lesung beschrieb sie dann das Chaos an Bord, nachdem drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S-13 die Bordwand durchschlugen. Damit war die Hoffnung vieler Passagiere zunichtegemacht, sich vor der in Ostpreußen eingefallenen Roten Armee in Sicherheit zu bringen. Zirka. 9000 Menschen starben in den eiskalten Fluten der Ostsee.

In einer zweiten Lesung berichtete Hubertus Hilgendorff, der unter anderem das Amt des Stiftungsratsvorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung innehat, über die sich momentan vollziehende Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Damit ist es möglich, die Abteilung der Deutsch-Balten in einem größeren Rahmen zu präsentieren.

Hilgendorff machte deutlich, dass es für die Verantwortlichen des Museums nicht einfach war, die nötigen Zuschüsse zu bekommen. Durch die Regelungen des Bundesvertriebenengesetzes, das die Kulturpflege der Heimatvertriebenen als gemeinsame Aufgabe von Bund und Länder sieht, muss nicht nur der Staatskulturminister in Berlin, sondern auch das zuständige Ministerium in Hannover entsprechende Mittel bereitstellen. Diese Situation ist für Antragsteller sehr schwierig, da oft die Gegenfinanzierung von einer Seite fehlt.

Am Abend endete der erste Tag mit dem traditionellen Elchbratessen. Sonntag blickte Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens in seinem Vortrag weit in die Vergangenheit zurück und berichtete über die Spuren der Wikinger in Ostpreußen. Damit endete die 58. Heimatpolitische Tagung.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Auf nach Gera

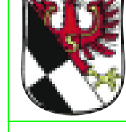
In diesem Jahr findet wieder ein Treffen der drei Nachbarkreise Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt statt. Es wird am Sonnabend, dem 23. April in Gera ausgetragen. Ausrichter ist die Stadtgemeinschaft Tilsit. Gemeinsam wollen wir unserer Heimat am Memelstrom gedenken. Mit einem Festvortrag von Manuela Rosenthal-Kappi (*PAZ*) und einer Lesung zum Thema „Störche kennen keine Grenzen“ und viel Plachandern soll der Tag zu einem eindrucksvollen Erlebnis werden.

Die Veranstaltung findet im Penta-Hotel in Gera, Gutenbergstraße 2a, statt; Einlass ist ab 9 Uhr, Beginn 10 Uhr, Ende 17 Uhr. Für preiswerte Speisen ist gesorgt. In der Gutenbergstraße befindet sich auch ein Parkhaus. Bahnreisende erreichen den Veranstaltungsort in wenigen Minuten Fußweg vom Bahnhof.

Liebe Landsleute, sofern sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, geben sie sich einen Ruck und fahren sie nach Gera – wer weiß, ob es Ihnen in naher Zukunft noch möglich ist.



Kreisgemeinschaft Angerburg: Kurt-Werner Sadowski und Tatjana Gräfin von Dönhoff beantworten während der Heimatpolitischen Tagung Fragen aus dem Publikum Bild: Landkreis Rotenburg



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Regionaltreffen in Essen

Stephan Grigat wird über Aktuelles aus der Kreisgemeinschaft und der Landsmannschaft Ostpreußen berichten. Ein visueller Rundgang zeigt die neue Ausstellung des Goldaper Museums. Rainer Palsherm, seit 25 Jahren mit den Rad in Ostpreußen unterwegs, wird die Anwesenden in einem Lichtbildvortrag auf seine außergewöhnlichen Touren mitnehmen. – Das sind nur einige Programmpunkte des Regionaltreffens der Kreisgemeinschaft Goldap am Sonntag, den 6. März, im Essener Pfarrzentrum St. Elisabeth in der Dollendorfstraße 51.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr. Nach den Vorträgen wartet ein gemeinsames Mittagessen mit anschließendem gemütlichem Beisammensein auf die Teilnehmer. Ein Sortiment von Heimatartikeln wird bereitgehalten. Vorbestellungen sind möglich. Ansprechpartner bei Fragen zur Veranstaltung ist Manfred Gawrisch, Schimmelsfeld 44, 45139 Essen, Telefon (0201) 287988.



GUMBINNEN

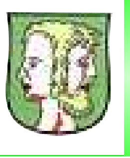
Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gesamtdeutsches Heimattreffen

Zum 47. Gesamtdeutschen Heimattreffen am Sonnabend, dem 12. März, das in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Spornitzer „Landhotel“ stattfinden wird, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein. Wissenswertes über Ostpreußen wird vorgetragen. Auch ein Film über die Heimat wird sie wieder ganz gegenwärtig werden lassen.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Autobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt Glewe oder mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck, Telefon (03872) 688460 vereinbart werden. Weitere Auskünfte erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckmann-Straße 14 b, Parchim, Telefon/Anrufbeantworter/Fax: (03871) 226238. *Friedrich Hahn*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

August statt September

Nicht – wie in der letzten Ausgabe fälschlich gemeldet – im September, sondern natürlich im August findet die elftägige Busreise des Heimatkreises Lyck nach Ostpreußen statt. Die Redaktion entschuldigt sich für das Versehen. Hier das Programm noch einmal im Einzelnen;

Donnerstag, 4. August: Hannover ZOB – Stettin zur Zwischenübernachtung. Abfahrtszeiten und Zustiegsorte werden noch festgelegt. In Stettin kurze Rundfahrt durch die reizvoll gelegene Hafenstadt.

Freitag, 5. August: Stettin – Elbing. Die Fahrt verläuft durch Hinterpommern über Köslin und Stolp durch die Kaschubische Schweiz nach Danzig; hier kurze Altstadtbesichtigung. Weiterfahrt nach Elbing, Ankunft gegen 18 Uhr.

Sonnabend, 6. August: Von Elbing aus Busausflug nach Frauenburg, wo wir die Kathedrale mit dem Grabmal von Nikolaus Kopernikus besichtigen; dann gehen wir zu dem Gedenkstein für die Flüchtlinge aus Ostpreußen. Anschließend geht es mit dem Schiff über das Frische Haff auf die Frische Nehrung nach Kahlberg (Badeort an der Ostsee). Nach längerem Aufenthalt in Kahlberg fahren wir über Stegen und Tiegenhof nach Elbing zurück. Am Abend Altstadtbesichtigung.

Sonntag, 7. August: Elbing – Lyck. Von Elbing fahren wir mit dem Schiff auf dem Oberlandkanal über die fünf „Schiefen Ebenen“ (Rollberge) nach Buchwalde. Weiterfahrt mit dem Bus über Osterode nach Lyck zum Hotel Rydzewski (zwischen Kirche und Bahnhof gelegen).

Montag, 8. August: Vormittags zur freien Verfügung; gegebenenfalls Besuch der Heimatorte. Gegen 12.15 Uhr mit dem Bus zum Masurenhof in Sareiken. Mittagessen auf dem Masurenhof (Kosten etwa 10 Euro), dann Besuch des Ehrenmals Bunelka in Sarken. Von dort sehr schöne Aussicht auf Lyck, Umgebung und Seen. Rückfahrt zum Masurenhof (Kaffee und Kuchen). Anschließend Busfahrt zum Soldatenfriedhof Bartossen. Danach Rückfahrt nach Lyck.

Dienstag, 9. August: Fahrt durch den südlichen Teil Masurens nach Krutinnen und Nikolaiken. Staken auf dem romantischen Fluß „Krutinna“ (nur etwa ein Meter tief, sehr klares Wasser) und Schifffahrt auf den großen masurischen Seen (auch Spirdingsee). Extrakosten für das Staken etwa sieben Euro, Schifffahrt etwa 15 Euro. In Nikolaiken Bummeln durch den interessanten Touristenort und Segelhafen. Wer nicht mit dem Schiff mitfahren, oder nicht am Staken teilnehmen möchte, kann im Bus mitfahren und seine Freizeit auf eigene Initiative gestalten.

Mittwoch, 10. August: Vormittags Besichtigung des Kleinbahnmuseums Lyck. Danach Fahrt mit der Kleinbahn nach Vierbrücken (wenn möglich mit einer Dampflok). Dort gegebenenfalls Würstchenbraten am Stock (Extrakosten etwa sechs Euro). Rückfahrt mit Kleinbahn nach Lyck. Um 13.30 Uhr Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm in Lyck. Dort Mittagessen eventuell auch Kaffee und Kuchen (Extrakosten). Besichtigung des Wasserturmes.

Donnerstag, 11. August: Tag zur freien Verfügung. Für Teilnehmer, die den freien Tag nicht benötigen: Tagesfahrt nach Lötzen am Löwentinsee.

Freitag, 12. August: Vormittags Fahrt durch die Heimatorte, in denen wir noch nicht gewesen sind. Nachmittag zur freien Verfügung. Abends: Grillpartie des Hotels am romantisch gelegenen Ramecksfelder See.

Sonnabend, 13. August: Rückfahrt Lyck – Posen zur letzten Übernachtung. Unterwegs Bummel durch die Altstadt in Thorn. Am Abend besichtigen wir die Altstadt von Posen.

Sonnabend, 14. August, Posen – Frankfurt (Oder) – Hannover.

Unterwegs in Schwiebus (Swiebodzien) Besichtigung der größten Christusstatue.

Reiseanmeldungen bis zum 15. März an Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen. Für die Reise ist ein gültiger Personalausweis oder Reisepass nötig, ebenso ist eine Krankenversicherungskarte nötig. Preis pro Person im Doppelzimmer: 755 Euro. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 145 Euro.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: dz.tilsit@t-online.de.

Heimattreffen in Gera

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zum nächsten Heimattreffen am 23. April 2016 in Gera ein. Einer guten Tradition folgend wird das Treffen gemeinsam mit den beiden Nachbarn, den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung veranstaltet. Gera, anmutig gelegen im thüringischen Hügelland, hat knapp 100 000 Einwohner und verfügt über zahlreiche Kulturstätten. Nur wenige Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt befindet sich direkt neben der Orangerie mit seiner prächtigen Parkanlage und dem Stadttheater das Penta-Hotel, welches der Austragungsort des Heimattreffens sein wird.

Das Treffen findet am Sonnabend, dem 23. April von 9 bis 17 Uhr statt. Die Besucher erwartet ein interessantes Programm. Nach den Grußansprachen der drei Kreisvertreter Hans Dzieran (Tilsit-Stadt), Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) sowie dem geistlichen Wort, gesprochen von Pfarrer Martin Loseries wird die Redakteurin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Manuela Rosenthal-Kappi den Festvortrag zum Thema „Land an der Memel – Erbe und Auftrag“ halten. Umrahmt wird das Treffen von kulturellen Darbietungen. Die Schauspielerin Monica Grabs liest aus Werken von Johannes Bobrowski und der bekannte Männerchor aus Gera wird einen bunten musikalischen Strauß von Heimatliedern darbieten.

Wenn Ostpreußen zusammenkommen, wird ausgiebig plachandert. Dafür wird ein geselliges Beisammensein genügend Zeit bieten. Übrigens findet auch schon am Vorabend die traditionelle Tilsiter Runde im Penta-Hotel statt.

Das Penta-Hotel verfügt über genügend Zimmer. Unter dem Stichwort „Tilsit“ können sie zum günstigen Übernachtungspreis von 65 Euro (Einzelzimmer) und 79 Euro (Doppelzimmer) einschließlich Frühstück bis spätestens 2. April individuell gebucht werden. Danach geht das reservierte Abrufkontingent in die Verfügbarkeit des Hotels zurück. Alle Zimmer sind mit Dusche, SKY-TV sowie einer kostenfreien Flasche Mineralwasser ausgestattet. Die Nutzung des Wellnessbereiches mit Saunen und Fitnessbereich ist im Zimmerpreis enthalten. Die Buchung ist unter Telefon (0365) 29090 möglich. Für PKW stehen 85 hoteleigene Plätze in der Tiefgarage zum Preis von 7,50 Euro pro Tag zur Verfügung. Die Hotelanschrift lautet: Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2A, 07548 Gera. Am Hauptbahnhof Gera kommen Züge aus verschiedenen Richtungen und mehrere Fernbuslinien an. Von hier kann man die Straßenbahnlinien 1 in Richtung „Untermhaus“ benutzen und zwei Haltestellen bis Friedrich-Naumann-Platz fahren. Man kann aber von der Bahn-Unterführung das Hotel auch in etwa ach5t Minuten zu Fuß erreichen. PKW-Fahrer erreichen Gera auf der A4, Abfahrt 58b Gera.

Liebe Tilsiter, Tilsit-Ragniter und Elchniederunger! Kommt nach Gera, solange Ihr noch ge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

sundheitlich dazu in der Lage seid. Wir wissen, dass es mit jedem Jahr schwerer wird, lange Reisen zu machen, doch umso mehr gilt es, sich aufzuraffen, ehe es zu spät ist. Lasst uns zusammenkommen, um in geselliger Runde, bei Gesprächen und Begegnungen die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. In einer Zeit, wo man die Erinnerung an Ostpreußen zu tilgen versucht, dürfen wir das Land der dunklen Wälder nicht in Vergessenheit geraten lassen. Auf Wiedersehen in Gera

Musizieren zu Pfingsten

Zu Pfingsten, vom 13. bis 16. Mai 2016, veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen zusammen mit dem Arbeitskreis für Nordostdeutsche Musik ein „Ostpreußisches Musikwochenende“. Die dreitägige Veranstaltung findet in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Karin Petersen (Singkreis), Benjamin Mausolf (Singkreis), Roland Funck (Gitarrengruppe) und Brigitte Schulze (Tanz). Die Seminargebühr beträgt 100 Euro. Schüler und Studenten zahlen 50 Euro. Unter-

Singen, Tanzen, Gitarrespielen

kunft und Vollverpflegung sind frei. Die Unterbringung erfolgt in Zweibettzimmern mit Dusche und WC. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 8 Euro pro Nacht zu entrichten. Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen erhalten Sie beim Veranstalter: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400823, Fax: (040) 41400819, E-Mail: info@ostpreussen.de.

Eros und Liebschaften

Maja Schulze-Lackners Ostpreußen Romane sind ungewöhnlich erfolgreich – Gerade ist ihr jüngster erschienen



Die Münchner Autorin Maja Schulze-Lackner bleibt bei ihrem Erfolgsmodell der melodramatischen Ostpreußenromane und hat davon nun schon ihren fünften veröffentlicht. Unter dem Titel „Was Liebe vermag. Ein Familienschicksal in Ostpreußen“ erzählt sie die Geschichte einer bei Insterburg ansässigen adeligen Gutsbesitzerfamilie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihren bisher größten Erfolg erzielte die Schriftstellerin mit ihrem ersten Ostpreußenroman „Und Wunder gibt es doch“. Das 2002 erschienene Buch liegt mittlerweile in der zwölften Auflage vor. Über die Güteklasse dieser Bücher besteht kein Zweifel. Es handelt sich um leichte Unterhaltungsliteratur, die sich allerdings durch das innewohnende ostpreußische Lokalkolorit und den charmanten Plauderton der Autorin von dem üblichen Einerlei der Herz- und Schmerz-Massenware abhebt.

Zum Erfolgsrezept gehört aber sicherlich auch, dass die Autorin eine enge persönliche Verbindung zum Land zwischen Memel und Weichsel vorzuweisen hat: Maja Schulze-Lackner, die ihr Geburtsdatum nicht verrät, wurde zwar in Berlin geboren, aber ihr Vater war der aus Insterburg stammende Berufssoldat Walter Lackner. Ein preußischer Offizier, der es im Zweiten Weltkrieg bis zum Generalleutnant der Luftwaffe brachte. Schulze-Lackners Vorfahren wanderten 1732 als österreichische Hugenotten nach Ostpreußen ein. Bis auf ihren Großvater, der Jurist wurde, waren alle Bauern und Hofbesitzer in der Gegend von Insterburg.

Vom Schicksal ihrer Urgroßeltern, die im Jahr 1900 durch eine Kohlenmonoxidvergiftung umkamen, sowie von deren Nachkommen handelt ihr erster Roman, dessen anhaltender Erfolg auf dem Büchermarkt in der Tat eine außergewöhnliche Erscheinung ist. Der vorliegende Roman zeichnet das Leben einer gutsherrlichen Adelsfamilie zwischen 1858 und 1890 nach. Schauplätze sind Gut Haffingen nahe Insterburg und Königsberg. Den Kontrast zu den Protagonisten aus adeligen und bürgerlichen Gutsbesitzerkreisen sowie städtischen Honoratioren bilden einige Bedienstete auf Gut Haffingen, die teilweise Vertrauensstellungen bekleiden. Sie sprechen durchweg in ostpreußischer Mundart, die literarisch verwendet wird, was sich nett liest. Die unterschiedliche Sprache verdeutlicht zudem den gesellschaftlichen Abstand zwischen den gebildeten Grundbesitzern und ihrem Dienstpersonal, das klischeehaft als treuherzig und anhänglich ihrer Herrschaft gegenüber beschrieben wird.

Politische Ereignisse und die ersten Weltwirtschaftskrisen kommen nur in den Blick, wenn ein Zeitsprung über einige Jahre hinweg ansteht. Doch Geschichte ist nicht Schulze-Lackners Spezialgebiet. Auch die Land- und Forstwirtschaft als Erwerbsgrundlage für den teuren Lebensstil der oberen Zehntausend bleibt ausgespart. Eros und Liebschaften sind dagegen ein weidlich gut bestelltes Feld. Viel ist von außerehelichen Verhältnissen die Rede, welche sich gräfliche ebenso wie großbürgerliche Herrschaften leisten. In der weitaus überwiegenden Zahl sind es die Ehemänner. Aus geschäftlichen Gründen müssen sie oft hin und her pendeln, was dem Betrug Vorschub leistet.

Skandal: Die Tochter liebt den Hauslehrer

Dem Besitzer von Gut Haffingen, Hubertus von Ehrenberg, hat die Autorin eine langjährige Beziehung zu einer sympathischen Hutmacherin in Königsberg angedichtet, was dieser geschickt vor aller Welt geheim zu halten vermag. Lena ist seine große Liebe, doch aus Gründen der gesellschaftlichen Konvention hatte sich Hubertus von Ehrenberg vor Jahren dem Wunsch seiner Eltern gebeugt und eine Hamburger Kaufmannstochter geheiratet, zu deren Familie man geschäftliche Beziehungen unterhielt. Damit der Baron in den Augen der Leserinnen und Leser dennoch als „guter“ Protagonist und damit im



Blickt selbst auf ein bewegtes Leben zurück: Autorin Maja Schulze-Lackner Bild: Bastei-Lübbe

rechten Licht erscheint, wurde seiner Gattin Anneliese eine unliebsame Rolle zugeteilt, die so manches am Verhalten des Barons als gerechtfertigt erscheinen lässt. Aus Enttäuschung über ihre unglückliche Ehe und die häufige Abwesenheit ihres Mannes vernachlässigt Anneliese ihr Äußeres sträflich. Auch macht sie kaum einen Hehl aus ihrer Ablehnung der gemeinsamen Tochter Josefine, die von ihrem Vater abgöttisch geliebt wird. Und so werden die Empfindungen der Leserinnen trotz mancher Fährnisse in die „richtige“ Bahn gelenkt.

Dort einmal angekommen, nimmt die Geschichte zügig an Fahrt auf und führt wendungsreich durch das ereignisreiche Leben ihrer Protagonisten. Los geht's im Jahre 1866: Josefine von Ehrenberg soll mit einem rauschenden Fest im nächsten Jahr standesgemäß verheiratet werden. Als sie zur Anprobe ihres Brautkleides nach Königsberg fährt, trifft sie ihren früheren Hauslehrer wieder. Er ist der Mann, den sie liebt. Ohne Rücksicht auf einen Skandal verlässt sie heimlich ihr Elternhaus und lässt sich auf eine ungewisse Zukunft ein. Glückliche Jahre folgen. Erst als ihr Sohn in ein Komplott gerät, ist sie gezwungen, ihre Mutter, Baronin Ehrenberg, um Hilfe zu bitten.

„Ein Liebesroman mit Dramatik, totalem Ruin, Familienstreitigkeiten und schließlich einem gutem Ende“, berichtet die Münchener Boulevard Zeitung „TZ“, die der Autorin einen großen, wohlwollenden Artikel widmete. Kein Wunder, Maja Schulze-Lackner ist in der Münchener Schickeria gut vernetzt: Nach einer kurzen Karriere als Mannequin zog sie mit ihrem Mann Klaus-Peter Schulze-Lackner in die bayerische Landeshauptstadt, wo sie 1966 mit ihrer ersten selbst entworfenen Kollektion das Modegeschäft „Maja of Munich“ eröffnete. Der Kleiderladen avancierte zur Edelboutique, was ihrer Inhaberin prominente Kundschaft aus Film, Fernsehen und der Modebranche eintrug. Unter anderem begrüßte sie Liz Taylor und Veruschka Gräfin Lehndorf in ihren Laden. Schulze-Lackner selbst gehörte zeitweilig zum Schwabinger Jet-Set.

Neben ihrer Tätigkeit als Designerin und Geschäftsführerin schrieb sie Artikel für „Die Welt“ und für verschiedene Publikumszeitschriften. 1995 nach Aufgabe ihres Geschäfts widmete sie sich dem Bücherschreiben. Mit Erfolg veröffentlichte sie drei praktische Ratgeber, suchte dann aber ein anderes literarisches Genre. Das fand sie durch die nähere Erforschung ihrer Familiengeschichte. 'Was Liebe vermag' soll nun – vorerst zumindest – ihr letzte Roman bleiben, teilet die Autorin der „BZ“ mit. „Ich muss jetzt erst einmal frische Luft schnappen und mein Golf-Handicap verbessern. Ich habe immerhin gerade 478 Seiten zustande gebracht“, erklärte sie. *Dagmar Jestrzemski*

Maja Schulze-Lackner: „Was Liebe vermag. Ein Familienschikksal in Ostpreußen“, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2015, broschiert, 444 Seiten, 9,99 Euro

Speisemuschel; franz. unbestimmter Artikel; Sterndeuter; Weinstock; balgen, raufen; schwerer Sturm; Schnuller; den Inhalt entnehmen; nagender Kummer; Sache, Gegenstand; Gong; Becken; Raubfisch; Fluss der Schweiz u. Frankreichs; nordische Münze; deutscher Schriftsteller (Wilhelm); Verkehrsteilnehmer; liebkosen, umarmen; Geldinstitut; Mannschaftssportart, Ballspiel; griechischer Buchstabe; südeuropäisches Volk; Alb, quälendes Nachtgespenst; Gewinner; böse, schlimm; kochen; peinlich genau, sorgsam; haltbar; gediegen; Kalifenname; amerik. Filmlegende (James); ausreichen; Baldriangewächs; sizilianischer Vulkan; Absicht, Vorhaben; fläm. Maler (Peter Paul); hochgewachsen, groß; span. Stadt in Andalusien; elektr. Stromstärkemaß; Muster, Entwurf; Hauptstadt von Angola; Bestandteil von Düngemitteln; Furche, Kerbe; tiefes Bedauern; hügelig, holprig; Rasenfläche um das Loch beim Golf; systematische Untersuchung; selten, knapp; das menschliche Leben; Blüten-, Fruchtstandsform; ugs.: Mähre, Klepper; Titulierung; Teil des Bruches (Mathematik); sehr großer Mann; Anpflanzung; Bratraum im Herd; Oper von Richard Strauss; Abschiedsgruß (franz.); leere Redensart; ein Planet; Hülsenfrucht; vergangen, verstrichen; Cousin; Feuerkröte; einer der Erzengel; Besucher; Prachtstraße; Schmetterling; ein Quiz lösen; letzter Wortteil; kleines hirschartiges Waldtier; Verfasser; slaw. Herrschertitel; begrifflich, nur gedacht; Ausbildungszeit (Beruf); Rauchfang, Schornstein; hochbegabter Mensch; Aufschlag für geliehenes Geld; ägyptische Göttin; kostspielig; Popmusikstil Jamaikas; unverfälscht; Heldengedicht; Bergwerk; weiblicher Wassergeist; veraltet: Predigt, Strafpredigt; Fremdwortteil: neu (griech.); Puppenspielfigur; Abk. für Langspielplatte; Kfz-Zeichen Speyer; Klemme; Schmuckstück; eine Europäerin; Nachkomme; chem. Zeichen für Xenon; psychisch; klein karierter Gewebe; Raumtonverfahren (Kzw.)

PAZ16_09

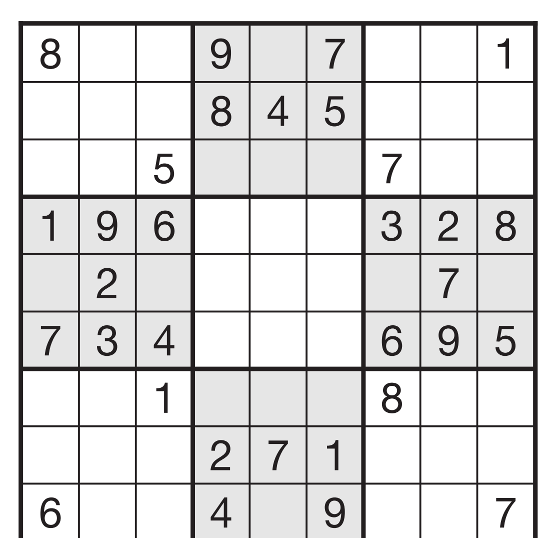
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Ausruf, 2. Impuls, 3. Zweier, 4. Theiss, 5. Egoist, 6. Empore – Ameise, Fliege

Kreiskette: 1. Auster, 2. Manier, 3. Anhang, 4. Strand, 5. nisten – Steingarten

Sudoku:

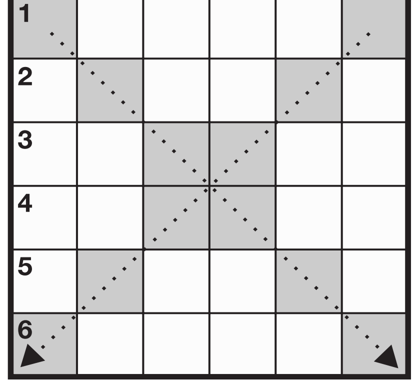
Sudoku



8			9		7			1
			8	4	5			
		5				7		
1	9	6				3	2	8
	2						7	
7	3	4				6	9	5
		1				8		
			2	7	1			
6			4		9			7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



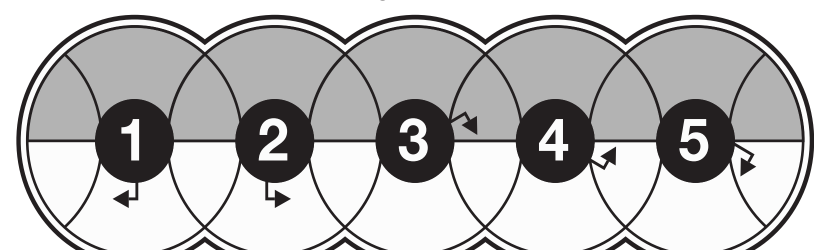
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten.

1 kurzer Schrei
2 Anstoß, Anregung
3 Sportruderboot
4 linker Nebenfluss der Donau
5 selbstsüchtiger Mensch
6 Kirchengalerie

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine spezielle Art der Zierpflanzenanlage.

1 Speisemuschel, 2 Art und Weise, 3 schriftlicher Zusatz; Begleitung (ugs.), 4 Uferstreifen zum Baden, 5 Eier legen und ausbrüten



Ausstellungen in Bremen

Bundesweit haben beide Ausstellungen schon viel Beachtung gefunden: „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ heißt die eine, „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ die andere. In Bremen werden sie jetzt vom 9. bis 24. März gemeinsam zu besichtigen sein. Der BdV-Landesvorsitzenden Jutta Malla ist es gelungen, die „Untere Rathaushalle“ als Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Die Ausstellung „Erzwungene Wege“ durchmisst zeitlich und räumlich das Europa des 20. Jahrhunderts. Mehr als 30 Völker durchlitten in diesem Zeitraum Flucht, Vertreibung und Genozid. Am allerschlimmsten traf es Deutsche. 15 Millionen wurden gezwungen, ihre Heimat am Ende des Zeiten Weltkrieges zu verlassen. Ihrem Schicksal widmet sich die Ausstellung „Angekommen“.

»Erzwungene Wege« und »Angekommen«

Sie zeigt den Weg der Vertriebenen von der Ankunft über die ersten Jahre durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart. Der Anfang war nicht nur wegen der allierten Zuzugsverbote in die zerstörten Großstädte schwer. Nur langsam konnten Konflikte und Ressentiments zwischen Angekommenen und Alteingesessenen aus dem Weg geräumt werden. Der gemeinsame Schulbesuch, untereinander geschlossene Ehen und der wirtschaftliche Aufschwung bauten Spannungen langsam ab.

Die Doppelausstellung ist von montags bis sonnabends zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet und sonntags zwischen 11 und 16 Uhr. Am Freitag, 11, März, werden ab 15 Uhr Zeitzeugen zu Wort kommen. Am Dienstag, 15. März wird Rudi Geisler aus seinem Buch „Tränen am Korbfeld“ lesen. Der 75-jährige ehemalige Leiter der Landesbildstelle in Bremen schildert darin die Flucht seiner Familie aus Niederschlesien und den schwierigen Neuanfang im niedersächsischen Dorf Syke. Die Lesung beginnt um 11 Uhr. Weitere Informationen: Bund der Vertriebenen (BdV), Rembertiring 19/33, 28195 Bremen, E-Mail: jutta_malla_bdv@yahoo.de.

Mit Staunen und Dankbarkeit

Ute Eichler vom Lötzener Heimatmuseum über Tassenfunde, Burgen und unkomplizierte Künstler

In Neumünster, Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lötzen, gibt es verschiedene Einrichtungen für Menschen mit wenig Geld. So bin ich seit Jahren oft Kundin im „Findus“, der Gebrauchtbuchhandlung am Großflecken, um dort gezielt Ausschau zu halten nach Literatur über Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Gelegentlich entdecke ich dort ebenfalls gute Bücher über das Baltikum oder die Länder Skandinaviens, eben die Regionen, die mich besonders interessieren. Vielleicht zwei-, dreimal im Jahr komme ich auch in das Sozialkaufhaus gegenüber der Anscharkirche. Dort stört mich nicht, dass jeder angebotene Artikel zwei Preise hat; der niedrigere gilt für Menschen mit Sozialkarte, den etwas höheren zahlen Menschen ohne.

Zuletzt war ich im Oktober vergangenen Jahres in Neumünsters Sozialkaufhaus. Ich suchte ein oder zwei schlichte Blumenübertöpfe. Ich fand etwas, das ich nicht suchte: Eine zierliche Mokkatasse, die im Tassengrund eine Ansicht der Marienburg zeigt. Mit feiner Schrift steht unter der ovalen Abbildung, die die charakteristische Ansicht auf das Hochschloß und einen Teil der Befestigungsanlage mit den Türmen zum Nogatufer wiedergibt: „Marienburg Wpr.“ Das Tässchen scheint nur selten benutzt worden zu sein. Selbst der Goldrand zeigt kaum Abnutzung. Das feine Porzellan kann in den 20er Jahren, eventuell auch schon vor dem Ersten Weltkrieg hergestellt worden sein.

Feines Porzellan statt Übertöpfe

Vor zwei Jahrzehnten hätte ich einen Gegenstand wie diesen noch naserümpfend als Kitsch abgetan. Inzwischen habe ich dazugelernt und weiß Erinnerungsporzellan zu schätzen. Nicht nur aus dem Wissen, dass es ein Sammelgebiet ist, sondern weil diese Dinge Geschichten aus der Geschichte erzählen. Wie mag die Tasse nach Neumünster gelangt sein? Hat ein Reisender sie als Andenken mitgebracht? Hat ein Besucher sie vor Jahrzehnten als Geschenk hiergelassen? War sie vielleicht sogar in einem Fluchtgepäck?

Jetzt habe ich sie gefunden, freue mich darüber und erinnere mich, dass die erste Sonderausstellung, die ich im Lötzener Hei-



Die Ordensburg Liebemühl im Kreis Osterode

matmuseum vor acht Jahren zeigen konnte, eine zum Thema „Die Marienburg früher und heute“ war. Als ich mit meinem Tassenfund zu Hause bin, ist sie der Anstoß, noch einmal die Broschüre zur Hand zu nehmen, die ich vom Ostpreußentreffen Ende September mitgebracht habe. Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen hatte im Foyer der Sport- und Kongreßhalle Schwerin einen Informationsstand aufgebaut. Der dort auch anwesende Direktor des Kulturzentrums, Wolfgang Freyberg, machte mich auf das Begleitheft zur in Ellingen gezeigten Ausstellung „Auf den Spuren des Deutschen Ordens in Deutschland und Europa“ aufmerksam. Und beinah ein wenig nebenbei sagte er: „Diese Ausstellung wäre auch etwas für sie in Neumünster. Mit dem Künstler ist es ganz unkompliziert.“

Die Tasse auf dem Tisch, die Abbildungen der von Reinhard Bergmann geschaffenen Gemälde vor Augen – darunter gibt es auch eine Ansicht der Marienburg im Panoramaformat – beginne ich zu überlegen: Was für eine Ausstellung kann ich im zweiten Halbjahr 2016 in Neumünster zeigen? Soll ich den in Weißenfels lebenden Künstler fragen, was unter welchen Bedingungen möglich ist? Fragen kostet nichts. Und

»Soll ich das Lötzener Schloss malen?«

ganz rasch erhalte ich von Reinhard Bergmann eine klare Antwort. Ja, er würde gern seine Bilder in Neumünster ausstellen. Er wird mir Informationen zuschicken, wie auch ich ihn mit etwas Material versorge über die Ausstellungen der letzten zwei Jahre und die Räumlichkeit, die wir dafür nutzen können.

Wenige Wochen später hat das Vorhaben inhaltlich deutlich Form angenommen. Wir werden die Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“ nennen, mit dem Schwerpunkt Preußen. Reinhard Bergmann arbeitet am Entwurf für das Ausstellungsplakat und für ein Faltblatt. Die Eröffnung der Ausstellung wird am Sonnabend, den 20. August 2016, stattfinden. Und was mich noch immer staunen und voller Dankbarkeit sein lässt – dieses Ausstellungsvorhaben wird uns, die Kreisgemeinschaft Lötzen, nichts kosten. Ja, es machte mich fast sprachlos, als Reinhard Bergmann am Telefon sagte: „Und ich male auch noch das Lötzener Schloß für sie. Das gehört doch historisch dazu!“

Wertvoller als Dinge aufzuspüren, ist es, Menschen zu finden, mit denen gemeinsam sich Vorhaben verwirklichen lassen. In diesem besonderen „Bergmann-Fall“ verbunden mit der Hoffnung, dass die Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“ viele Menschen in unserer Patenstadt Neumünster und darüber hinaus ansprechen, ihnen etwas bedeuten wird.



Auch ab 20. August im Lötzener Heimatmuseum zu bewundern: Die Marienburg als Gemälde im Panoramaformat

Bild (2): Reinhard Bergmann

Vollkommen richtig versalzen

Einmal tief Luftholen in künstlichen Salzgrotten – Der Gesundheit tut diese Atemübung in jedem Fall gut

Für die Gesundheit werden manche Menschen wieder zu Grottenbewohnern. Jedenfalls für eine gewisse Zeit kann man sich in Salzgrotten verwöhnen lassen. Aus den Wellness-Anwendungen hat sich ein spezieller Markt entwickelt mit Tendenz nach oben.

Salz ist ein langbewährtes Hausmittel. Das weiße Gold, wie Salz auch genannt wird, spielt eine zentrale Rolle im menschlichen Körper. Zum Beispiel wird die für den Zellstoffwechsel wichtige Osmose über die Salzkonzentration gesteuert und beeinflusst die Regulierung von Blutdruck, Wasser- und Nährstoffhaushalt. Kein Wunder also, dass die Wellness-Industrie das Thema Salz aufgreift. Der Trend zielt jedoch nicht nur auf die rein physische Wirkung. Spezielle Anwendungen, die auf Salz setzen, schaffen etwas, das heute dringender als jemals zuvor benötigt wird: Entspannung.

Mehr als 320 Salzgrotten gibt es bislang in Deutschland, Tendenz stark steigend. Der Begriff Salzgrotte ist dabei irreführend. In der Regel sind die sogenannten Salzgrotten in einem beliebigen Raum untergebracht, oft im Keller. Die Wände sind mit Salzsteinen verkleidet, Salzgranulat bedeckt den Boden, und auch die Decke wird meist mit Salz bestückt. Rund sieben bis 20 Tonnen Salz werden je nach Größe des Raums für eine Gestaltung verbaut.

In der Kombination mit der Temperatur von rund 22 Grad und einer Luftfeuchtigkeit von bis zu 50 Prozent entsteht in einem solchen Raum ein Klima mit stark salzaerosolhaltiger Luft – wohltuend für die Atemwege und darüber hinaus lindernd bei Allergien und Hauterkrankungen. Eine Sitzung von 45 Minuten in der Salzgrotte soll eine Wirkung haben wie ein Aufenthalt am Meer. Wer sich für den Besuch in einer Salzgrotte entscheidet und es sich in einem der Liegestühle bequem macht, kann nach einiger Zeit besser durchatmen, sich aber zusätzlich über einen anderen Effekt freuen: Das Gefühl einer tiefen Entspannung.

Die Krankenkassen unterstützen den Besuch einer Salzgrotte noch nicht. Kritisiert wird in der Regel, dass der Gehalt an Mineralstoffen in der Raumluft nicht hoch genug sei, um heilende Wirkung zeigen zu können.

Viele Salzgrotten bieten einen separaten, sehr kleinen Raum, in dem Sole vernebelt wird und auf diese Weise für eine besonders intensive Einatmung sorgt. Sie vermag zu bewirken, dass Schleimhäute abschwellen und soll entzündungshemmend wirken. Das ist ideal für Menschen mit Atemwegsproblemen wie Allergien, doch muss der Besuch regelmäßig stattfinden, um eine dauerhafte Linderung zu erzielen.

Beim sogenannten Floating, was auf Deutsch so viel wie „Treiben" heißt wird die Eigenschaft von hoch konzentriertem Salzwasser genutzt, der Köper treibt dabei ähnlich schwerelos an der Wasseroberfläche wie beim Baden im Toten Meer. Das Wasser ist dabei mit 34 bis 35 Grad Celsius in etwa der äußeren Körpertemperatur angepasst. Die Wirkungen des Floating bewirkt eine Tiefenentspannung von Muskeln, Gelenken und Geist.



Bunte Entspannung: In Salzgrotten, wie dieser in Göttingen von der Firma Hobra errichtete Wohlfühloase, sollte man mal so richtig tief durchatmen Bild: Salzgrottenbau HoBra

Die Methode wurde von dem amerikanischen Neurophysiologen John Lilly gezielt als Forschungs-Modul entwickelt und zunächst fast 20 Jahre lang ausschließlich in der Forschung eingesetzt, bevor die ersten öffentlich zugänglichen Floating-Tanks in Amerika entstanden. Während der wissenschaftlichen Nutzung wurde bereits festgestellt, dass mit dem Floating sehr zuverlässig eine physische und mentale Tiefenentspannung erzielt werden kann. Die positive Auswirkung wird heute gerne bei Stress, Anspannung und Depression eingesetzt, aber auch bei Burnout. Zudem kann das Verfahren unterstützend in der Schmerztherapie, Orthopädie und Sportmedizin zum Einsatz kommen.

Entspannung, die in der Folge von Kontakt mit salz- und mineralstoffhaltiger Luft empfunden wird, ist eine Wohltat, wie jede tief empfundene Entspannung. Auch die rein physisch verbesserte, tiefere und entspanntere Atmung kann zu einem Gefühl der Entspannung beitragen. Die Lunge ist ein passives Organ und wird mit Hilfe des Zwerchfells und der Atemmuskulatur bewegt. Einatmen bedeutet Anspannung, Ausatmung Entspannung. Die Atmung kann, sofern nur der oberste Bereich der Lunge genutzt wird, ineffizient sein und unangemessen viel Energie verbrauchen. Ist die Atemmuskulatur verspannt, fällt es schwer loszulassen.

Angestrengte oder eingeschränkte Atmung, die durch sitzende Tätigkeiten begünstigt wird, steht sogar im Ruf psychische Belastungen wie Angst oder Depression auslösen zu können. Umgekehrt bewirken angespannte psychische Situationen, wie zum Beispiel beruflicher Stress, dass wir flacher atmen, wobei die und die Atemmuskulatur verspannt. So bedingen sich physische und geistige Zustände gegenseitig. Im Alltag ist es oft schwer aus dem Teufelskreis auszubrechen. *Stephanie Sieckmann*

Post verschicken mit Sanssouci

Seit Anfang März kann man Briefe und Pakete mit der Sonderbriefmarke „Schloss Sanssouci" bekleben. Mit der 85-Cent-Marke wird das einzigartige Ensemble von Schloss und Park, das seit 1990 zum Unesco-Welterbe gehört, philatelistisch gewürdigt.

Zusätzlich zu der Sonderbriefmarke, die von der Grafik-Designerin Nicole Elsenbach gestaltet wurde, hat die Deutsche Post einen besonderen Sanssouci-Stempel sowie einen eigenen Briefumschlag zur Erstausgabe aufgelegt. Er erscheint in einer Auflage von 1000 Exemplaren.

Am 1. März, dem Erstausgabetag der neuen Briefmarke, hatte das Besucherzentrum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zum „Sonderpostamt für einen Tag" gela-



85 Cent wert: Sanssouci-Briefmarke Bild: Deutsche Post DHL Group

den: Im Besucherzentrum an der Historischen Mühle, unweit des Schlosses Sanssouci, gab es die Sonderbriefmarke, den Sonderumschlag mit Stempel (2 Euro) sowie weitere philatelistische Extras.

Wer keine Gelegenheit hatte, an dem Tag nach Potsdam zu fahren, kann den Stempelabdruck trotzdem noch erwerben. Innerhalb von 28 Tagen nach der ersten Verwendung des Stempels kann man seinen Stempelwunsch schriftlich richten an die Deutsche Post AG, Niederlassung Privatkunden/Filialen, Sonderstempelstelle, 92627 Weiden (für Briefe) oder Franz-Zebisch-Straße 15, 92637 Weiden (für Pakete). *tws*

Leser boykottieren Odenthal

Flut an Reaktionen nach einem Bericht über den Altenberger Dom

Unter der Überschrift „Kirchenrettung dank der Preußen" erschien in der *PAZ*-Ausgabe vom 12. Februar an dieser Stelle ein Artikel über den Altenberger Dom von Odenthal bei Köln. Statt eines Fotos erschien ein Kastentext, der die Begründung wiedergab, mit welcher uns der Tourismusbeauftragte für die Region, Sven B., eine Bildanfrage abschlägig beantwortete: Er lege keinen Wert darauf, „dass in einer dem rechten Rand zuzuordnenden Zeitung ein Artikel über Altenberg erscheint". Die *PAZ* empfahl daraufhin ihren Lesern, sich direkt an **Odenthals Bürgermeister Robert Lennerts** zu wenden, um ihm ihre Meinung dazu zu sagen. Ein Teil der Briefe ging als Kopie in unserer Redaktion ein. Hier eine kleine Auswahl:

„Ich persönlich halte dieses Verhalten ... für ehrabschneidend und vollkommen undemokratisch. Mir ist nicht bekannt, ob Ihr Mitarbeiter Beamter der Gemeinde Odenthal ist oder im Angestelltenverhältnis steht. Wenn er Beamter sein sollte, hat er erheblich gegen seinen Amtseid verstoßen ... Die persönliche Meinung Ihres städtischen Bediensteten hat gegenüber einer sich vollkommen zur Demokratie und bürgerlichen Freiheit bekennenden Wochenzeitung absolut unberücksichtigt zu bleiben!" **(Wolfgang P., Emmerich am Rhein)**.

„Unabhängig davon, dass er eine Erklärung darüber schuldig bleibt, wie der ‚rechte Rand' zu verorten ist, gehört die *PAZ* sicher nicht zu diesem von Ihrem Herrn B. damit gemeinten Spektrum. Im Übrigen steht es einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes unabhängig von der Ebene und dem Status seiner Tätigkeit, Beamter oder Angestellter, nicht zu, derartige Selektionen im Hinblick auf presserechtlich relevante Vorgänge vorzunehmen. Ich erwarte, dass Sie das



Foto aufgetaucht: So sieht der Altenberger Dom aus Bild: Rüdig

Verhalten Ihres Herrn B. disziplinar- beziehungsweise arbeitsrechtlich nachhaltig würdigen!" **(Hilmar N., Magdeburg)**.

„Die Verweigerung von Bildmaterial durch ... Sven B. halte ich für schädlich für ihre Gemeinde und gegen seinen Amtsauftrag gerichtet. Eine Ermahnung oder besser Abmahnung wäre geeignet, ihn an seine Dienstpflichten zu erinnern." **(M. T., per Mail)**.

„Zukünftige Besuche in Odenthal werde ich vermeiden. Leider, denn Odenthal war eigentlich immer einen Besuch wert" **(Helmut M., Lägerdorf)**. „Ich lese die *PAZ* seit Jahren, schätze sie sehr und werde wegen dieser Verunglimpfung Odenthal, von einem eventuellen Besuch des Doms absehen, mieden. Eines steht für mich fest, ich werde dann nicht in Odenthal übernachten, dort nicht einmal eine Tasse Kaffee trinken" **(Manfred W., per Mail)**. Was Sven B. getan habe, „zeigt ... keine Professionalität in seinem Job. Wo solche Leute das Sagen haben sollte man lieber vorbeisegeln" **(Erich L., per Mail)**. „Vielleicht sollte Ihr Kollege Geschichtsunterricht nehmen, ehe er derart dumme, nichtssagende, nicht zutreffende Meinungen kundtut! Ich finde den Artikel sehr erfrischend und geschichtlich wohltuend, wie auch lehrreich! Sie sollten Herrn Sven B. zurechtweisen" **(Peter B., Köln)**. „Diese Begründung der Verweigerung einer neutralen Bildanfrage beweist jedoch, dass die Tourismusförderung in Odenthal krass fehlbesetzt ist. Ob Sie es trotzdem dabei belassen, entscheiden natürlich Sie. Unsere große Familie, die bisher mehrfach im Jahr in Odenthal wandern und essen war, wird diesen Ort in Zukunft jedenfalls meiden" **(Friedrich M., per Mail)**.

Die *PAZ* bedankt sich bei allen Briefeschreibern für deren Unterstützung. Das ermutigt uns, weiter unbeirrt unsere Arbeit zu tun. *tws*

Aus dem Sumpf gezogen

Nach Harburg gepilgert – Eine Ausgrabung im südlichen Hamburg

Spektakuläre archäologische Funde und neue Ergebnisse zur Siedlungsgeschichte Harburgs präsentiert das Archäologische Museum Hamburg im Stadtteil Harburg noch bis zum 10. April in einer Sonderausstellung mit dem Titel „Ausgegraben. Harburg archäologisch". Schwerpunktmäßig wird Harburgs Bedeutung als Grenzfestung, früher Handelsplatz und Verkehrsknotenpunkt dargestellt. Zu Recht sind die Erwartungen hoch, da die Schau auf der Auswertung einer der größten Stadtkerngrabungen beruht, die in Deutschland bisher durchgeführt wurden.

Der im Süden der Süderelbe gelegene Stadtteil Harburg hat eine eigene, von der weiter nördlich gelegenen Hafen- und Hansestadt Hamburg unabhängige Orts- und Siedlungsgeschichte. Bis 1866 gehörte Harburg zum Königreich Hannover. Erst 1937 wurde der industriell geprägte Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg nach Hamburg eingemeindet.

In den Jahren 2012 bis 2014 untersuchten Archäologen im heutigen Harburger Binnenhafengebiet rund um die Schloßstraße ein ausgedehntes Areal im Bereich des alten Stadtkerns. Der geschichtsträchtige Ort gab seine letzten Geheimnisse preis, bevor dort ein neues Wohnviertel als Bauprojekt der 2013 zu Ende gegangenen Internationalen Bauausstellung entsteht. Seit dem Mittelalter hatte sich der Straßenverlauf nicht verändert, weshalb die Wissenschaftler bei ihren Untersuchungen beste Voraussetzungen vorfanden, um die vielfältigen Befunde einzuordnen.

Der Ort Harburg geht auf die Horeburg („Sumpfburg") zurück, eine im 10. Jahrhundert angelegte Grenzbefestigung auf einer Sandinsel in der Süderelbe. Die Burg war durch einen Damm mit dem Südufer der Elbe verbunden. In der sumpfigen, bis dahin unbewohnten Elbniederung siedelten sich beiderseits des Weges (heute Schloßstraße), der zur Burg führte, Bauern, Burgmannen, Handwerker sowie bald auch Schiffer und Fischer an. Bei der Grabung fanden sich in vier Metern Tiefe Überreste der mittelalterlichen Siedlung, die 1297 vom Celler Herzog Stadtrechte erhielt. Bei einer Unterwassergrabung im Lotsekanal wurde außerdem ein Konstruktionsteil aus Eichenholz geborgen, das wohl zur Brücke gehörte, die früher die Schloßstraße mit der Schlossinsel verband.



Bild: Archäologisches Museum Hamburg

Im Schlamm gebuddelt: Ausgrabung in Harburg

Im feuchten Boden der Elbeniederung sind die zahlreichen, bis zu 800 Jahre alten Funde außergewöhnlich gut konserviert worden. Mannigfaltige Gegenstände des alltäglichen Lebens kamen zum Vorschein, darunter Raritäten wie eine hölzerne Schalmei oder Pilgerabzeichen. Insbesondere wird die jahrhundertelange militärische Geschichte Harburgs durch das Fundspektrum reflektiert. Davon zeugen große Mengen an Waffen wie Armbrustbolzen, Pfeilspitzen, Äxte, Speere, Lanzen, Gewehr- und Pistolenkugeln, Musketengabeln und Artilleriegeschosse.

Handwerksberufe wie Goldschmied, Schuster, Bäcker und Schiffbauer sind nachgewiesen, und ebenso sind weitreichende Handelsbeziehungen durch Importfunde aus Spanien und den Niederlanden belegt. In einer Abfallgrube des 17./18. Jahrhunderts stieß man auf ein vollständiges Service hochwertigen Tafelgeschirrs. *D. Jestrzemski*

Harburger Rathausplatz 5, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Eintritt: 6 Euro. www.amh.de



Faszination Seereise

Schriftsteller erzählen

Seereisen sind eine beliebte Urlaubsart. Inzwischen kann sich fast jeder eine Kreuzfahrt leisten. Das Verweilen auf dem Meer hat eine Faszination, die auch Schriftsteller in ihren Bann gezogen hat. Dabei waren die ersten Seereisen gefährlich und das Leben an Bord eines Dampfers anfangs alles andere als komfortabel. Karsten Eichner stellt unter dem Zitat des Dichters Heinrich Heine „Ich liebe das Meer wie meine Seele" die Erlebnisse auf See von vierzehn verschiedenen Schriftstellern in einem Zeitraum von über 160 Jahren vor.

Erst mit der Dampfschifffahrt wurde es möglich, verlässliche fahrplanmäßige Verbindungen aufzubauen. Charles Dickens reiste bereits 1842 mit einem Cunard-Postdampfer zu einer Lesereise in die USA. Die Verhältnisse an Bord behagten ihm nicht, er wurde seekrank. Seine Schilderung fiel demzufolge sehr kritisch aus. Von New York aus nahm Mark Twain 1867 an einer Gesellschaftsreise nach Europa teil, die per Raddampfer zu verschiedenen Stätten rund um das Mittelmeer führte und fünfeinhalb Monate dauerte. Er verarbeitete seine Reiseeindrükke und die Freuden des Bordlebens zu einem Buch, das über eine Millionen Mal verkauft wurde. Arthur Conan Doyle finanzierte sich sein Medizinstudium auf sehr ungewöhnliche Art, indem er 1880 als Schiffsarzt auf einem Grönland-Walfänger anheuerte. Viele Beobachtungen flossen später in seine Sherlock-Holmes-Geschichten ein. Seine Reisetagebücher wurden von der British Library kürzlich als Faksimile herausgegeben.

Die Reederei Hapag ermöglichte Johann Kinau alias Gorch Fock 1913 die Teilnahme an einer Nordlandreise auf der Vergnügungsyacht „Meteor". Das daraus resultierende Romanprojekt blieb tragischerweise unveröffentlicht, da Kinau als Soldat eingezogen wurde und 1916 beim Untergang des Kleinen Kreuzers „Wiesbaden" ums Leben kam. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, die den Luxus an Bord schilderten, beschrieb der „rasende Reporter" Egon Erwin Kisch 1914 die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Heizer, die die Kessel des Riesendampfers „Vaterland" auf der Atlantiküberquerung mit Kohle fütterten. 1934 brach er zu einer Seereise nach Australien auf, auch hier blickte er an Bord hinter die Kulissen und prangerte in seinem Reisebericht die gesellschaftlichen Ungleichheiten an. Thomas Mann überquerte mehrfach auf verschiedenen großen Passagierschiffen den Nordatlantik und notierte akribisch das Verhalten seiner Mitreisenden, woraus später das Buch „Meerfahrt" entstand.

Blick hinter die Kulissen verewigt

Eichner führt die Autoren und ihre Werke in einzelnen Kapiteln chronologisch auf. Die Gründe für die Reisen waren durchaus unterschiedlich, einige wurden bewusst unternommen, um sie später als Reiseberichte zu veröffentlichen, andere fließen aus dem Erlebnisumfeld der Schriftsteller in ihre Werke ein. Eichner charakterisiert kurz jeden einzelnen und beschreibt die Situationen an Bord, in die er dann die originalen Zitate einfügt, so dass die Schriftsteller selbst „zu Wort" kommen. Außerdem schildert er das Schicksal der Schiffe, welche die Schauplätze der Geschichten sind. Jeder Autor ist auf einem Foto abgebildet, und im Literaturverzeichnis sind die entsprechenden Bücher aufgeführt. Die verschiedenen Blickwinkel über das Bordleben und die Auswirkungen auf die literarischen Werke sind sehr informativ und abwechslungsreich geschrieben. Diese ungewöhnliche Kombination von Seefahrt und Literatur ist sehr lesenswert und macht neugierig auf die originalen Texte.

Britta Heitmann

Karsten Eichner: „Ich liebe das Meer wie meine Seele. Berühmte Schriftsteller und ihre Seereisen". *Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2015, broschiert, 144 Seiten, 19,95 Euro*



Vereint, aber nicht eins

Diskussionen über die Frage der Einheit Deutschlands

Die vor rund 25 Jahren vollzogene Teil-Wiedervereinigung unseres Landes ist für viele Menschen zur Normalität geworden; in der Ex-DDR tun sich nicht wenige schwer daran, obwohl sie es waren, die sie bewirkten. Ein echter Dialog zwischen Deutschen dies- und jenseits der einstigen Zonengrenze ist selten, allzu oft werden Gespräche von Vorurteilen und auch von Nichtwissen geprägt. So hat der Autor 14 kompetente Gesprächspartner aus beiden deutschen Teilen zu einer Diskussion zusammengeführt, die über die unterschiedlichsten Themenkomplexe ihre Ansichten darlegen. Der Leser vermisst dabei einen Disput zwischen einem „Ossi" und einem „Wessi", die jeweils den Untergang der DDR-Diktatur erlebten; äußerst bedauerlich ist gerade auch, dass eine solche Begegnung zwischen einem früheren politischen Häftling der DDR mit einem Stasi-Mitglied fehlt. Vielleicht aber wäre das auch äußerst schwer gewesen, erfordert nach einem ost-Berliner Philosophen ein solches Gespräch gegenseitigen Respekt und echte Bereitschaft, wirklich zuzuhören. Seiner Meinung zufolge wäre das generell nicht einfach, gab es doch 1990 keine echte Wiedervereinigung, sondern nur einen Anschluss des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates".

Diese verlangte politische, ökonomische und juristische Anpassung an den Westteil Deutschlands, obwohl die Wiedervereinigung der Bevölkerung im Osten mehr abverlangte als der im Westen, wo „sich nur die Postleitzahlen änderten". Bedingt durch jahrzehntelange Teilung würden Differenzen noch Jahrzehnte weiterwirken. Von jungen Damen hört der Leser, sie hätten ihre DDR-Kindheit in positiver Erinnerung, konnten sie damals doch noch nicht das Negative des SED-System erkennen, andererseits habe es für Frauen eine bessere Regelung bei Abtreibungen gehabt, die sich nach der Wende verschlechterte – doch darüber werde heutzutage nicht geredet.

In dem Meinungsaustausch mit dem Ministerpräsidenten Baden-Württembergs betont sein Amtskollege aus Sachsen-Anhalt, die Menschen der einstigen DDR würden noch viele Jahre „nicht Bittende, aber vom (Finanz-) Ausgleich Abhängige sein". Zugleich verweist er auf die Tatsache, die Einnahmen aus dem „Soli" flössen mittlerweile indirekt zu großen Teilen in den Westen zurück. Der Südwestdeutsche bejaht den innerdeutschen Finanzausgleich, der angesichts des Sanierungsbedarfs in der alten Bundesrepublik nicht nur für den Ost-Teil Deutschlands gelten sollte. Dass Baden-Württemberg engere Beziehungen zur Schweiz und Österreich habe als zum Norden oder gar Osten Deutschlands habe entsprechende historische Wurzeln.

Bürger rechneten nicht mit Härten

Hohes Niveau ist ebenfalls dem Wortwechsel zweier führender Journalisten zu bescheinigen. Nach beider Ansicht sind die jetzigen Generationen letztlich vom Osten oder vom Westen vorgeprägt und hätten somit auch in bestimmten Fragen einen unterschiedlichen Blickwinkel. Im Westen Deutschlands habe „der große Irrtum" geherrscht, man müsse im Zuge der Vereinigung die zwei Teile unseres Landes nur noch zusammenfügen, man hätte dabei mehr Rücksicht auf die Bevölkerung „drüben" nehmen müssen. Ebenfalls räumt der Kollege vom Rhein ein, viele seiner Landsleute seien „dort aufgetreten wie die neuen Besatzungsherren". Nach Ansicht seines östlichen Gegenübers kamen nach 1990 sehr anständige und engagierte Helfer aus dem Westen, „aber viele erstklassige Jobs im Osten waren mit drittklassigen Leuten aus dem Westen besetzt". Nach einer häufig geäußerten Meinung war es kein schlechtes Ziel des SED-Regimes, eine gerechtere Welt zu schaffen – doch aus welchem Grunde wurde dies nicht erreicht? War die Idee falsch? Oder die Ausführung?

Die DDR-Armee wurde nicht von der Bundeswehr übernommen, sondern lediglich auf entsprechenden Antrag des Einzelnen. War der Unterschied der beiden Streitkräfte doch zu groß: Sah man in der alten Bundesrepublik im Soldaten „den Bürger in Uniform", war im Osten das Idol der funktionierende Untertan.

Laut der Ost-Beauftragten der Bundesregierung wollte die DDR-Bevölkerung die nationale Einheit, war aber nicht auf die zahlreichen Härten eines solchen Umbruchs vorbereitet. Immerhin betrachten 77 Prozent der Menschen dort die Wiedervereinigung als Gewinn, im Westen sind es lediglich 62 Prozent – dort herrsche sehr häufig ein ausgeprägtes Desinteresse am Leben „drüben". Übereinstimmend, auch unter zwei ausländischen Journalistinnen, glaubt man, der Unterschied besonders in der materiellen Situation werde trotz der gigantischen Transferleistungen West-Deutschlands noch lange Jahre andauern. Bei allem sollten wir letztlich stolz sein: Wie vieles bereits erreicht wurde! Wie sagte die polnische Journalistin? „Diese Vereinigung war einmalig in der Welt."

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Markus Decker: „Was ich dir schon immer mal sagen wollte", *Ch. Links-Verlag, Berlin 2015, broschiert, 288 Seiten, 18 Euro*



In acht Kapiteln um die Welt

Jürgen Sarnowsky beschreibt die Reisen der großen Entdecker

Der wie Papyrus wirkende Einband hat etwas von einer Schatzkarte. Darauf antike rote und schwarze Lettern, die von der „Erkundung der Welt" künden. Jürgen Sarnowsky berichtet von den Entdeckungsreisen von Marco Polo bis Humboldt. Was trieb die großen Entdecker an, die seit dem 13. Jahrhundert die Welt umsegelten? Reiseberichte aus fünf Jahrhunderten zieht der Professor für Mittelalterliche Geschichte heran, um vom Wettlauf der Eroberer um Land und Reichtum zu berichten. Er gibt dem Leser zu Beginn eine Leseanleitung. Reiseberichte seien als Quelle mit größter Vorsicht zu benutzen, entpuppten sie sich doch bei genauerer Forschung oft als Plagiate. Keiner der Reisenden habe ungefiltert das wiedergegeben, was ihm unterwegs begegnet sei.

In acht Kapiteln lässt der Autor den Leser mit den Entdeckern um die Welt reisen. Zu den Reichtümern und Wundern Asiens, weiter an die Küsten Afrikas, mit Vasco da Gama nach Kalikut, auf dem westlichen Seeweg nach Indien mit Christoph Kolumbus und den spanischen Konquistadoren. Unterwegs auf den Weltmeeren mit Magellan und James Cook bis hin zu Alexander von Humboldts wissenschaftlicher Erschließung der Südhalbkugel. Deutlich wird in den Berichten, dass sich die Motive der Entdecker im Laufe der Jahrhunderte wandelten. Waren es zunächst frühe Missionare und Pilger, Ausschau haltend nach der Christianisierungsfähigkeit der Menschen in unbekannten Ländern, wurden die Reisen zu kolonialistisch-wirtschaftlichen Exkursionen. Zunächst ohne Rücksicht auf Leib und Leben anderer Völker. Im 18. Jahrhundert gab es eine Art Einbruch in der europäischen Expansion, als sich ein mehr wissenschaftlicher Blick auf fremde Kulturen entwickelte.

Bei all den Eroberungsfahrten waren die Meeresüberquerer vielen Irrtümern unterworfen. So wurden geografische Missverständnisse zum Teil noch aus der Antike weitergegeben, Entfernungen unterschätzt oder falsche Gebietsvorstellungen angenommen. So glaubte Henry Hudson sich schon am Pazifik, als er noch im Norden Kanadas unterwegs war. Dennoch sind im Laufe der Jahrhunderte alle großen weißen Flecken auf den Landkarten verschwunden. Ein detaillierter Einblick in die Geschichte der Entdeckungen rund um den Erdball.

Silvia Friedrich

Jürgen Sarnowsky: „Die Erkundung der Welt. Die großen Entdeckungsreisen von Marco Polo bis Humboldt". *C.H. Beck Verlag, München 2015, gebunden, 240 Seiten, 19,95 Euro*



Türkische Journalistin rechnet mit Erdogan ab

»Ihr tötet Kinder, und wir sollen die Klappe halten« – Ece Temelkuran klagt denkfaule Bequemlichkeit der Bürger an

Die Türkin Ece Temelkuran, geboren 1973, erinnert sich, sie sei „mehrere Jahre in Folge zur meistgelesenen Kolumnistin gewählt" worden. Sie war Ende 2011 aber „erstes Opfer von Lynchjustiz in der digitalen Welt" – entlassen wegen eines bitterbösen Artikels gegen das Erdogan-Regime („Ihr tötet Kinder, und wir sollen die Klappe halten"), der im Buch nachgedruckt ist. Eigentlich ist sie Juristin, aber als junge selbstbewusste Frau, die in Leggings joggt, hat sie im zunehmend totalitären Rechtssystem noch weniger Chancen als Frauen in der Türkei ohnehin haben: „An Frauen verübte Morde stiegen in den vergangenen Jahren um 1400 Prozent." Da wurde sie lieber Schriftstellerin und Journalistin mit internationaler Resonanz. Das verschaffte ihr Sicherheit und ersparte ihr, zu den Millionen Menschen zu gehören, die von Erdogans totalitärer AKP existenziell ganz oder größtenteils abhängig sind.

Jetzt liegt ihr Buch vor, das der Verlag wohl „mit heißer Nadel" gestrickt hat: Zu viele Wiederholungen, ein überflüssiges, weil larmoyantes Geschichtskapitel und andere Mängel mehr, aber dafür bestens „getimet": Ende Oktober hielt die EU einen kritischen „Fortschrittsbericht" zur Türkei zurück, um die dortigen Wahlen vom 1. November nicht zu stören. Dabei konnte der Bericht nicht annähernd so kritisch sein wie Temelkurans vernichtendes Urteil über das von Erdogan schwerstbelastete Land, in dem „unendlicher Hass" herrsche und dessen Einwohner „eine im Kindesalter stekken gebliebene Nation" seien. Denkfaule Bequemlichkeit sei erste Bürgerpflicht, wie sie Ex-Premier Demirel 2003 programmatisch vorschrieb: Gestern vergessen, Heute abhaken, Morgen abwarten. Das von Erdogan proklamierte „große Denken" als urtürkische Eigenschaft konkretisiere sich in „Vergessen und Verdrängen", in allgemeinem „Gedächtnisverlust", der allen gelte, die „fortgingen", also die früher vertriebenen oder ermordeten Armenier, Griechen, Christen, Juden und heute verfolgten Kurden, Aleviten, Roma. Übrig blieben „nivellierte Einheitsmenschen", wie sie Erdogan gefielen: „Ich will eine Jugend, die an ihrer Religion festhält und an ihrem Hass", verlangte er 2012.

Unter ihm werde die Türkei ein Land mit „reaktionärer, gleichgeschalteter Bildung", „offener Feindschaft gegen das Wissen", politisierter, bürokratischer Justiz und eskalierender Verrohung zwischenmenschlichen Verhaltens: Die Türkei, die Kinder in Gefängnissen quäle und vor der Intellektuelle wie die Autorin Tezer Özlü, 1986 in Zürich verstorben, schon früh nackte Angst empfanden: „Dieses Land gehört nicht uns, sondern denen, die uns töten wollen."

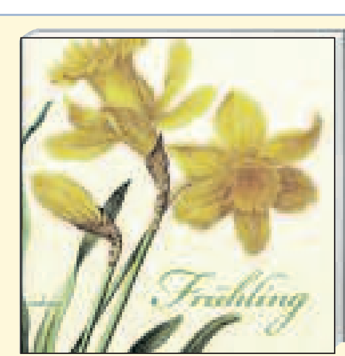
Das wissen gewiss auch jene aus Brüssel und Berlin, die wegen Nahost- und Flüchtlingskrise nicht auf die Türkei verzichten wollen und darum deren langes Sündenregister vergessen: Seit 1952 ist sie Nato-Mitglied, was im September 1955 nicht das Istanbuler „Pogrom gegen Angehörige religiöser Minderheiten" verhindert, auch nicht die Putsche von 1971 und 1980. Die Autorin teilt seitenlang deren Verlustbilanz mit, die auch die heutigen Machthaber hinterlassen könnten, nachdem bereits 2011 über 9000 Verfahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen sie anhängig waren. „Motivation entsteht in diesem Land nur unter Bedrohung", zitiert Temelkuran einen Psychiater und rekapituliert die Versuche Erdogans, „die politische Macht auf seine Person zu konzentrieren". Sie hofft darauf, dass die „tragikomischsten Wahlen in der türkischen Geschichte" ein Ende des „Ein-Mann-Regimes" des „rachsüchtigen Tigers" Erdogan bringen. Das mutmaßte Temelkuran zwei Wochen vor den Wahlen, lag aber völlig falsch. Mit über 50 Prozent holte Erdogan die absolute Mehrheit, die Agonie unter dem „Sultan" geht weiter.

Wolf Oschlies

Ece Temelkuran: „Euphorie und Wehmut – Die Türkei auf der Suche nach sich selbst", *Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 240 Seiten, 20 Euro*



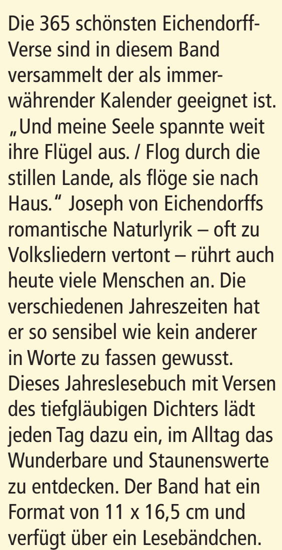
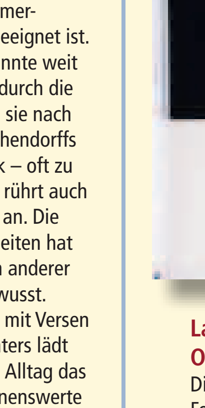
Ein Osterspaziergang für die Seele
Geschichten und Gedanken für die Frühlingszeit
Beliebte klassische und romantische Frühlingstexte illustriert mit farbenfrohen Bildern von Frühlingsblumen. Maria Sibylla Merian überrascht in ihren farbenfrohen Bildern mit einem ungewohnten Detailreichtum: jeder Tautropfen, jede Struktur der Blütenblätter ist zu sehen. Die Texte stammen von Autoren wie Jean Paul, Adelbert von Chamisso, Emanuel Geibel, Friedrich Gottlieb Klopstock, Dietrich Bonhoeffer und vielen mehr. Format 10,5 x 15,5 cm, durchgehend farbig gestaltet, mit zahlreichen Illsutrationen. 128 Seiten
Nr. P A1003 **Gebunden** **7,95 €**



Frühling
Frühlingsboten werden heiß ersehnt - wer dieses Buch verschenkt, bringt Kunde von zartem Blumenduft und den ersten lauen Tagen. Von Märzsonne, Verliebtseín und Vogelgesang. Günter Berg hat die schönsten Frühlingstexte zusammengetragen. Goethe, Rilke, Heine und andere - Lyrik und Prosa vereinen sich zu einer poetischen Blütenlese. Zauberhafte botanische Zeichnungen von Sibylla Merian und anderen Meistern der Aquarellkunst machen dieses romantische Poesiealbum zu einer Augenweide. 64 Seiten
Nr. P A0580 **Gebunden** **8,99 €**



Joseph von Eichendorff
Wem Gott will rechte Gunst erweisen
Ein Jahreslesebuch
380 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1004 **5,00 €**

Die 365 schönsten Eichendorff-Verse sind in diesem Band versammelt der als immerwährender Kalender geeignet ist. „Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus. / Flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus." Joseph von Eichendorffs romantische Naturlyrik – oft zu Volksliedern vertont – rührt auch heute viele Menschen an. Die verschiedenen Jahreszeiten hat er so sensibel wie kein anderer in Worte zu fassen gewusst. Dieses Jahreslesebuch mit Versen des tiefgläubigen Dichters lädt jeden Tag dazu ein, im Alltag das Wunderbare und Staunenswerte zu entdecken. Der Band hat ein Format von 11 x 16,5 cm und verfügt über ein Lesebändchen.

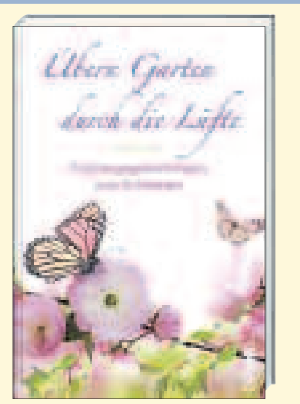


Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 **Fahne** **12,50 €**



Sonderpreis € 7,50

4 Porzellan-Ostereier für die österliche Dekoration zu Hause
Nr. P A0711 **Porzellan-Ostereier** **7,50 €**



Joseph von Eichendorff
Wem Gott will rechte Gunst erweisen
Ein Jahreslesebuch
128 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1005 **6,95 €**

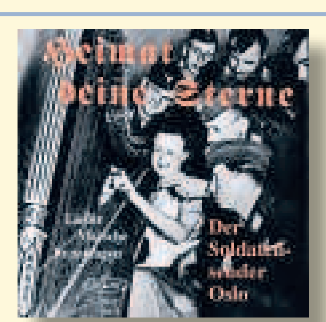
Wenn es zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge grünt und blüht, zeigt sich Schlesien von seiner schönsten Seite.
Die farbenfrohen Naturfotografien in dem Buch „Übern Garten durch die Lüfte" sind der beste Beweis dafür. Bekannte schlesische Autoren vermitteln in Geschichten und Gedichten die besondere Stimmung ihrer Heimat zur Frühlingszeit. Darunter sind bekannte Dichter wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag oder Jochen Klepper. Der Band hat ein Fromat 10,5 x 15,5 cm ist durchgehend farbig gestaltet und enthält zahlreiche Fotos.



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 **Fahne** **12,50 €**



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
Nr. P A0737 **CD** **12,95 €**



Heimat deine Sterne
Der Soldatensender Oslo
Lieder, Märsche und Reportagen
Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Südseegeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
Nr. P 9269 **CD** **12,95 €**



Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 **Bernsteinkette** **49,90 €**



Neil MacGregor
Deutschland
Erinnerungen einer Nation
„Deutschlands Geschichte ist stärker zersplittert als die der meisten anderen europäischen Länder. Seine Grenzen waren oft in Bewegung, und die längste Zeit der letzten 500 Jahre bestand es aus einem bunten Mosaik von politischen Gebilden. Doch es gibt auch Erinnerungen, die allen Deutschen gemeinsam sind." Neil MacGregor stellt sie uns vor in einem Buch über Deutschland, wie es noch nie eines gab. Seine augenöffnende Reise durch die deutsche Geschichte beginnt mit dem Brandenburger Tor, und sie endet mit der Reichstagskuppel und Gerhard Richter. Unterwegs begegnen wir einem faszinierenden Ensemble, darunter Gutenbergs Buchdruck, Porzellan aus Dresden, deutsches Bier und deutsche Wurst, Goethe, Schneewittchen und Mutter Courage, die Krone Karls des Großen und ein Tauchanzug made in Ostdeutschland. Wie es Neil MacGregor gelingt, all diese Objekte zum Sprechen zu bringen und sie von deutscher Geschichte erzählen zu lassen und damit den Reichtum der deutschen Geschichte begeistert und begeisternd vor dem Leser zu entfalten – das ist so intelligent, so bravourös und so unterhaltsam zugleich, dass man es einfach gelesen haben muss. 640 Seiten.
Nr. P A0935 **Gebunden mit Schutzumschlag** **39,95 €**



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 **12,95 €**

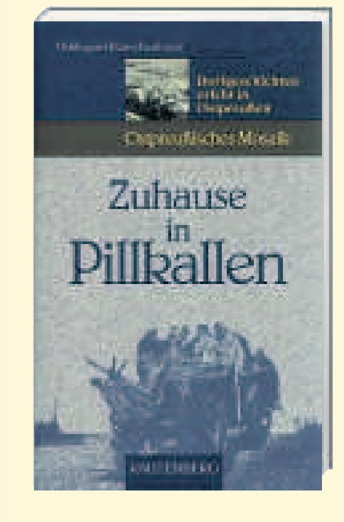


Sonderpreis € 7,99

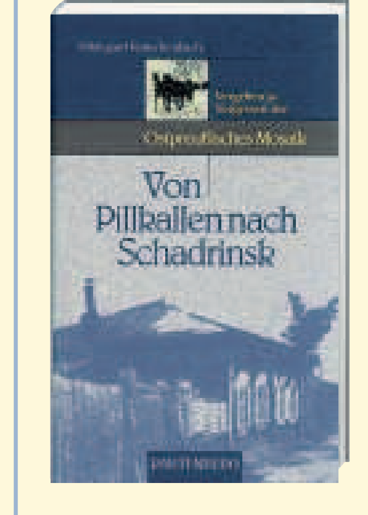
Michael Prinz von Preußen (Herausgeber)
Friedrich der Große
Aufgeklärter Monarch, Feldherr und Philosoph zugleich – Friedrich II. steht wie kein anderer für die Faszination des Hauses Preußen. Berühmt sind die illustren Tafelrunden in Sanssouci ebenso wie das „Mirakel des Hauses Brandenburg" und der damit verbundene Aufstieg Preußens zu einer Großmacht. In Sanssouci, im Neuen Palais und den königlichen Gärten in Potsdam kann man noch heute den Spuren Friedrichs des Großen folgen. Michael Prinz von Preußen gewährt Einblicke in Kindheit und Jugend Friedrich II., der unter der strengen Erziehung seines Vaters litt, und schildert das Leben am Hofe und das dortige literarische, philosophische und künstlerische Treiben. Den Widersprüchen seines Königtums – getrieben vom Idealismus einer gerechten Politik und Preußens Erfolg in der europäischen Machtpolitik – geht der Herausgeber in besonderer Weise nach. Ein differenziertes Porträt einer großen Persönlichkeit. „Seine Pflicht erkennen und tun, das ist die Hauptsache." Großformat-Band 24 x 30 cm. 128 Seiten
Nr. P A0927 **Gebunden mit Schutzumschlag** **7,99 €**

Sonderpreis € 7,99

Michael Prinz von Preußen (Herausgeber)
Zu Gast bei Preußens Königen
Geschichten und Anekdoten von Friedrich I. bis Wilhelm II.
Als Urenkel des letzten deutschen Kaisers, lädt Michael Prinz von Preußen zu einer ganz besonderen Zeitreise durch das höfische Leben der Hohenzollern-Dynastie ein. Er gewährt einen intimen Einblick in das Leben bei Hofe und berichtet mit geistreichen und amüsanten Geschichten von Preußens Königen. Ein anschauliches Panorama der preußischen Monarchie im Wandel der Zeiten. Großformat-Band 24 x 30 cm.
143 Seiten mit 131 meist farbigen Abbildungen und einem Literaturverzeichnis.
Nr. P A0655 **Gebunden** **7,99 €**



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden.
184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1049 **12,95 €**



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich.
192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 **12,95 €**

Hildegard Rauschenbach
Marjellchen wird Berlinerin
Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
In „Marjellchen wird Berlinerin" beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 1366 **12,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Letzte Kirche wird geräumt

Istanbul – Die letzte christliche Kirche im westtürkischen Bursa soll auf Anweisung der Behörden geräumt werden. Dies teilt die katholische Nachrichtenagentur „kath.net“ mit. Die Anweisung sei völlig überraschend und telefonisch erfolgt, so ein örtlicher Pfarrer. Das Haus war zuletzt von mehr als 100 Gläubigen regelmäßig genutzt worden. Errichtet wurde die Kirche im 19. Jahrhundert, als noch die Mehrheit in der Stadt aus Christen bestand. *H.H.*

Gericht ist überlastet

Frankfurt am Main – Wegen Überlastung hat das Landgericht Frankfurt am Main den Haftbefehl gegen einen Syrer ausgesetzt, der 2014 festgenommen worden war wegen des Verdachts, eine „schwere staatsgefährdende Gewalttat“ vorzubereiten. Um der U-Haft zu entgehen, musste er sich dreimal wöchentlich melden, was er auch getan habe. Derzeit, so eine Sprecherin, sei das Gericht zu sehr mit anderem beschäftigt, um eine Hauptverhandlung zu veranlassen. *H.H.*

ZUR PERSON

Frau mit langem Atem

Eine linke Sozialdemokratin wird zur Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe ernannt. Das wäre eigentlich keiner weiteren Erwähnung wert, wäre da nicht der Amtsvorgänger, genauer, wäre da nicht die Begründung für dessen Rücktritt. Der hatte nämlich aus Protest gegen die Verschärfung des Asylrechts (Asylpaket 2) hingeschmissen. Die bayerische Bundestagsabgeordnete **Bärbel Kofler** bietet der Bundesregierung offenbar die Gewähr dafür, dass aus dieser Richtung keine Kritik mehr kommt. Das erstaunt, denn die ausgewiesene Entwicklungspolitikerin gilt in Flüchtlingsfragen nicht gerade als bequeme Gesprächspartnerin. Und noch viel weniger ist sie bisher als Verfechterin einer restriktiven Asylpolitik aufgefallen.

Der 1967 in Freilassing geborenen Bankkauffrau, studierten Informatikerin und promovierten Sprachwissenschaftlerin, die unter anderem Russisch spricht, ist jedoch zuzutrauen, ihr neues Amt mehr oder minder ideologiefrei auszuüben. Sie hat angekündigt, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland „in der Flüchtlingskrise ein humanitäres Gesicht“ behält. Konkret geht es Kofler um das große Ganze, nämlich „um eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Ursachen von Migration“. So lautet ihr Credo: „Wir können nur helfen, wenn wir die Herkunftsländer unterstützen, damit sie den Menschen wieder Schutz, Arbeit und eine Zukunft bieten können.“ Ihr ist aber auch klar, dass es dazu, „einen langen Atem braucht“. Amnesty International kritisiert, dass es dem beim Auswärtigen Amt angesiedelten, aber unabhängigen Posten „an Rang und Kompetenz“ fehle und der Menschenrechtsbeauftragte lediglich „folgenlose Rhetorik“ betreibe. Unter Kofler könnte sich das ändern. *J.H.*



Nicht doch, Herr Faymann!

Nichts weggenommen

Woher Schäuble seinen »Überschuss« wohl hat, warum nur einer in Europa recht hat, und wie sich die Fachkräfte einleben / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Deutschen sind ein gutmütiges Volk. Sie glauben ihren Politikern und Medienleuten so ziemlich alles. So waren wir richtig entzückt, als wir die Meldung hörten, dass „Deutschland“ im vergangenen Jahr einen Überschuss von fast 20 Milliarden Euro erwirtschaftet habe.

In den Medien wurde der Erfolg ordentlich gefeiert und als Beleg dafür genommen, wie „reich“ Deutschland sei. Finanzminister Schäuble war ebenfalls sichtlich stolz auf die großen schwarzen Zahlen, und wir erst!

Niemanden schien es allerdings zu interessieren, woher „Deutschland“ diesen Überschuss eigentlich hat. Die Volksweisheit sagt: Geld verschwindet nicht wirklich. Wenn es weg ist, hat es nur ein anderer. Dann muss das Geld, das jetzt Schäuble hat, ja bei irgendwem zuvor „verschwunden“ sein. Und bei wem?

Nicht böse werden: bei Ihnen! Und bei mir und allen anderen Steuerzahlern. Ein kluger Rechner hat das mal durchkalkuliert und herausgefunden, dass jedem Beschäftigten in diesem Land vergangenes Jahr 450 Euro mehr aus der Tasche gezogen worden sind, als der Staat für die Erledigung seiner Aufgaben ausgegeben hat.

Nun könnte man doch meinen, dass uns „Deutschland“, also die Regierung, das überschüssige Geld zurückzahlt! Schließlich ist unsere Steuer- und Abgabenquote die höchste unter allen großen Industriestaaten. Fast 50 Prozent des eigentlichen Einkommens gehen über Steuern und Abgaben an die weit ausgebreiteten öffentlichen Hände. Wäre das nicht die Gelegenheit, diese traurige Spitzenreiterposition unter den Blutsaugern ein wenig zurückzufahren?

Nichts da: Schäuble hatte die Zahl kaum rausgehauen, da schlugen sie den abgezockten Bürgern auch schon auf die Finger. „Angesichts der Herausforderungen im Bereich Migration brauchen wir jeden Cent zur Deckung der Kosten von Flucht und Einwanderung“, verscheucht der Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, Ralph Brinkhaus, schon vorsorglich alle Deutschen, die darum betteln sollten, wenigstens ein kleines Stückchen von ihrem eigenen Geld zurückzuerhalten.

So war das also gemeint, als man uns fest versprochen hat, dass „niemandem etwas weggenommen wird für die Flüchtlinge“: Sie müssen uns gar nichts wegnehmen, weil sie's uns längst abgeknöpft haben!

Das heißt, wenn das denn reicht. Bad Honnef wird die Grundsteuer für bebaute Grundstücke nächstes Jahr um satte 40 Prozent anheben, um für die Zuwanderer genug Geld zu haben. In anderen Gemeinden ist ähnliches geplant oder schon umgesetzt.

Damit keiner auf den falschen Gedanken kommt, er sei als Mieter davon nicht betroffen, weil es ja nur die „reichen“ Immobilienbesitzer trifft: Die Grundsteuer kann grundsätzlich auf die Miete oder Pacht umgelegt werden. Wir sind also alle mit im Boot der Gerupften.

> Angela Merkel bei »Anne Will«: Wenn zuckersüße Harmonie alle heiklen Fragen umschifft

SPD-Chef Sigmar Gabriel macht die Entwicklung ein wenig nervös. Viele Deutsche hätten das Gefühl, für Asylbewerber stelle die Politik jede erdenkliche Summe bereit, während er die Einheimischen nur schröpfe und im Regen stehen lasse. In der Tat dürfte es Eltern komisch vorkommen, wenn plötzlich Geld da ist für eine funkelnagelneue Asylunterkunft, während sie sich an der Schule ihrer Kleinen als Putz- und Renovierungskolonne verdingen müssen, weil für diese Verrichtungen keine Mittel mehr aufzubringen waren – „wegen der äußerst knappen Kassen“.

Das könnte für Unmut sorgen, wittert Gabriel, und fordert ein Sozialpaket für Deutsche. Dafür wird sicherlich auch „niemandem etwas weggenommen“, gell?

Eine rein spekulative Frage, denn Gabriels Forderung wird den Abend des 13. März sowieso nicht überleben. Dann sind die Landtagswahlen gewesen und der SPD-Chef braucht nicht mehr auf „Anwalt der kleinen Leute“ zu machen. Es handelt sich um einen typischen Wahlkampf-Witz. Solches Zeug streuen kurz vor dem Urnengang alle unters Volk. Gabriel sticht nur dadurch hervor, dass bei ihm diese Tricks immer ganz besonders durchschaubar sind – so wie ihn ganz allgemein die Aura eines unseriösen Hausierers umgibt, der dem Kunden alles erzählt, was er vermeintlich hören will. Und wenn es so nicht klappt, auch umgehend das Gegenteil vom eben Gesagten.

Nun ja, bleiben wir bitte überparteilich. Merkel macht es doch auch nicht anders.

Sicher, aber die kann das wenigstens! Beim Gabriel riecht man den Betrug sofort. Wer dagegen von politischem Überblick nicht sonderlich angekränkelt ist, der musste nach einer Stunde „Anne Will“ unweigerlich zum Merkel-Fan werden.

Die Kanzlerin lieferte eine mitreißende Mischung aus Herzensgüte und Standfestigkeit. Eine perfekte Show, die allerdings nur derjenige gänzlich genießen konnte, der auch vom Wesen und Verwesen der staatlichen Medien noch nicht viel mitbekommen hat.

Die zuckersüße Harmonie zwischen den beiden Damen war reinstes Wohlfühlkino. Man wunderte sich fast, dass wir im Abspann nicht den Hinweis lesen konnten: „Buch und Regie: Rosamunde Pilcher“. Einer wie der böszüngige Henryk M. Broder oder Roger Köppel, Chef der Schweizer „Weltwoche“, hätte die Kanzlerin auseinandergenommen – so wie richtige Journalisten das schlimmerweise zu tun pflegen, wenn ihnen ein derartiges Potpourri an Allgemeinplätzen dargeboten wird, wie Merkel es am Sonntagabend bei Frau Will unhinterfragt ausbreiten durfte.

Die Botschaft der CDU-Chefin war recht simpel: Ich habe recht, alle anderen europäischen Regierungen, ihre Völker und die Mehrheit der Deutschen haben unrecht. Die müssen das jetzt nur noch einsehen, und fertig ist der Lack.

Eine derart eindeutige Vorstellung davon, wie europäische Einheit herzustellen sei, hatten in der Geschichte nur wenige Staatsmänner, Napoleon vielleicht (um nicht schon wieder den „böhmischen Gefreiten“ zu bemühen, dessen Erwähnung die Debatte stets unnötig vergiftet).

Ganz wichtig ist es natürlich, die Zuwanderer jetzt möglichst schnell zu integrieren. Da sind sich alle einig. Allerdings werden die Politiker-Ansprachen zur Integration und den „Chancen, die sich für Deutschland durch den Zuzug so vieler junger Menschen bieten“, immer leiser. Zunächst war noch von den „dringend benötigten Fachkräften“ die Rede und davon, wie sehr Deutschland profitiere. Dadurch würden sich auch die horrenden Kosten relativieren, schließlich handele es sich um eine „Investition in die Zukunft, die sich auszahlt“.

Davon ist kaum noch zu was hören. Stattdessen enthüllt die „Frankfurter Allgemeine“ in einem Beitrag über ein Projekt für unbegleitete minderjährige Asylbewerber in Rosenheim, wie all die würzigen Prognosen und Versprechungen in der Grütze einer sehr, sehr faden Realität versackt sind.

Die Jugendlichen schafften es nicht einmal, zwei Tage in der Woche acht Stunden Praktikum zu machen. „Die wissen gar nicht, wie Arbeit läuft“, so eine Verantwortliche der Initiative „Junge Arbeit“, die vor allem minderjährige Somalier, Eritreer und Afghanen betreut. Ein anderer stellt fest, dass selbst ein einigermaßen angemessenes Sprachniveau für die meisten „intellektuell nicht erreichbar“ sei. Manche seien irgendwo ein paar Jahre zur Schule gegangen und wollten nun studieren. Die komplexe deutsche Welt könne man denen gar nicht beibringen.

Kurz und gut: Was da hereingelassen wurde, steht vor einer lebenslangen Karriere als Sozialhilfe-Empfänger auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Die Kosten werden alle Vorstellungen sprengen. Nicht bloß die Bürger von Bad Honnef sollten sich also auf weitere Steuererhöhungen einstellen. Wie sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt: „Deutschland verändert sich, und ich freue mich darauf!“

MEINUNGEN

***Manfred Haferburg** rechnet auf der „Achse des Guten“ (25. Februar) mit der **Debattenkultur in Deutschland** beim Thema Asyl ab:*

„Das ist keine Demokratie mehr, das ist milde gesagt, Volksverarschung. Das Gelaber, Worthülsen, Schraubensätze, Halbwahrheiten und Schuldzuweisungen rieselt aus allen Informationskanälen. Alle wissen genau, was nicht geht. Andere sind ständig über irgendwelche Schande empört, haben aber keine Lösung. Andere haben zwar keinen Plan, reden aber viel darüber. Wiederum andere kennen die Wahrheit, gehen aber mit Halbwahrheiten oder blankem Unsinn an die Öffentlichkeit. Informationen werden lieber verschwiegen, es könnte die Bürger verunsichern.“

*Der Psychologe und Politikwissenschaftler **Thomas Kliche** sieht in der „Mitteldeutschen Zeitung“ (24. Februar) die **Demokratie verrotten**:*

„Die Forschung spricht schon von einer Spät- oder Untergangsphase der Demokratie, weil die Leute lieber dreimal im Jahr Urlaub machen oder Dschungelcamp schauen, als sich auch nur mit den einfachsten Grundlagen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu beschäftigen. Kollektive Bequemlichkeitsverblödung fällt aber jeder Gesellschaft irgendwann auf die Füße.“

*Schleswig-Holsteins FDP-Fraktionschef **Wolfgang Kubicki** beschreibt gegenüber dem „Focus“ (27. Januar), wie die **Übergriffe von Asylbewerbern** auf Frauen in Kiel die Stimmung in der Stadt verändern:*

„Ich merke bereits jetzt, wie das die Stimmungslage in der Stadt verändert. Meine Mitarbeiterinnen oder meine Frau fragen sich, ob sie nun nicht einmal mehr unbeschwert shoppen gehen können. Und ich bekomme mit, dass manche Eltern ihre Kinder nur noch in Begleitung in die Stadt lassen wollen. Da dreht sich etwas.“

*Der Chef des Auswärtigen Ausschusses im türkischen Parlament, **Taha Özhan**, warnt in der „FAZ“ (29. Februar) vor einem **Massenansturm aus weiteren arabischen Ländern**:*

„Man darf nicht die Augen davor verschließen, dass die alte politische Ordnung der arabischen Welt zerfällt. In Ägypten wird die Lage täglich schlimmer. Wenn die Katastrophe in diesem Land mit 90 Millionen Einwohnern andauert, wird sich zeigen, was eine Flüchtlings- und Migrationskrise im Mittelmeer für Europa bedeutet.“

*In einem „notwendigen Manifest zur endgültigen Abschaffung Deutschlands“ lässt **Philip Meinhold** in der linken „taz“ (27. Januar) seinem **Hass auf Deutschland** freien Lauf:*

„Man fragt sich unweigerlich, warum die Alliierten ihr im Februar 1945 in Dresden so vielversprechend begonnenes Projekt der Entnazifizierung nicht einfach auf ganz Deutschland ausgeweitet haben? ... Und so bleibt nur die Hoffnung, dass der von Biedermeiern und Brandstiftern angesichts der weltweiten Flüchtlingszahlen herbeifantasierte Volkstod tatsächlich eintritt und hierzulande in zwei, drei Generationen etwas Anderes, Schönes, Gutes entstehen möge.“